Montag, 2. Juli 1984 - D * * * ●

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 152 - 27.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Koalition: Die FDP sei ein „willkommener Koalitionspartner", erklärt der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Waigel. Um aber jedes Risiko auszuschalten, daß es nach der nächsten Bundestagswahl zu einer rot-grünen Koalition auf Bundesebene kommt, müßten CDU und CSU 1987 „stärker sein als SPD und Grüne". (WELT-Interview S. 4)

Honecker: Der „DDR"-Staatsratsvorsitzende macht seinen geplanten Besuch in der Bundesrepublik Deutschland jetzt vom Gesamtzustand der Ost-West-Beziehungen abhängig und spricht nur noch von „Spekulationen" um seine West-Visite. (S. 8)

Arbeitskampf: Der im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden für die Metall-Industrie in der Schlichtung ausgehandelte Kompromißvorschlag ist auch in Hessen übernommen worden. (S. 5)

Golfkrieg: Irak hat am Sonntag einen Schiffskonvoi, der zum iranischen Hafen Bandar-Chomeini unterwegs war, angegriffen und dabei fünf Schiffe zerstört. (S. 8)

Interview: Erstmals in seiner über 50jährigen Geschichte hat der Vatikanische Rundfunk ein Interview mit einem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens gesendet. (S.8)

Ständige Vertretung: Staatssekretär Rehlinger und der Ost-Berliner Rechtsanwalt und Honecker-Vertraute Vogel haben sich auf eine grundsätzliche Übereinkunft zur Lösung der Fluchtfälle in der Ständigen Vertretung Bonns geeinigt. Die „DDR" sagte eine „Einzelfall-Prüfung" zu, die in „absehbarer Zeit" zur Ausreisegenehmigung führen könne. Die Vertretung soll in dieser Woche wieder geöffnet werden.(S. 8)

Unsicherheiten: Sowohl die Haltung der deutschen Sozialdemokraten zum Atlantischen Bündnis als auch die Verzögerung der Nachrüstung in den Niederlanden liefern den Sowjets willkommene Proganda-Munition, erklärt US-Unterstaatssekretär Burt vor der Ebert-Stiftung. (S. 4)

Asylgesuch: Einm 20jähriger sowjetischer Tänzer hat in Japan sein Ballett verlassen und im US-Generalkonsulat von Sapporo um Asyl in den USA nachgesucht.

Konsens: Hamburgs Bürgermeister von Dohnanyi (SPD) hat sich hinter die Absicht von Bundeswirtschaftsminister Bangemann gestellt, die „Konzertierte Aktion" wiederzubeleben. (S. 5)

Heute: Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Kloster Banz.

WELT-Serie Röhm-Putsch

Vor 50 Jahren, am 30. Juni 1934 und an den darauf folgenden Tagen, holte die SS – unterstützt von konservativ-elitären Kreisen der Reichswehr – zum Schlag gegen die „proletenhafte" SA unter Ernst Röhm aus. Angeblich hatte Stabschef Röhm einen Putsch gegen Hitler und die Reichswehr geplant, für den „wahren" NS-Staat. Seite 7

WIRTSCHAFT

Argentinien: Die Banken haben ein kompliziertes Finanzpaket zusammengeschnürt,um die Begleichung der schon 90 Tage fälligen Zinsschulden von 350 Millionen Dollar zu ermöglichen. (S. 9)

Schweden: Nach der Diskonterhöhung der Nationalbank von 8,5 auf 9,5 mit Wirkung vom Freitag lief gestern der vor zweieinhalb Monaten eingeführte allgemeine Preisstopp aus. (S. 10)

US-Aktienmärkte: Ein Klima großer Unsicherheit aufgrund riesiger Haushaltsdefizite, steigender Zinsen und Passivsalden der Handelsbilanz führt zu starken Index-Schwankungen, mit einer Minus-Bilanz im ersten Halbjahr 1984. (S. 9)

An die Leser der WELT

Wegen der weiterhin andauernden Streikaktionen der IG Druck und Papier kann auch die heutige WELT nur mit verringerter Seitenzahl und nicht uneingeschränkt in der gewohnten Aktualität erscheinen. So kann beispielsweise auf den Sportseiten nicht über das Deutsche Derby in Hamburg berichtet werden. Wir bitten unsere Leser und Inserenten um Verständnis. Verlag und Redaktion DIE WELT

KULTUR

Karajan: In einem Fernschreiben an den Berliner Kultursenator Hassemer erklärt der Dirigent, „daß die Sympathie mit meinem Publikum und dem Orchester der Grundstein meiner Verbundenheit mit Berlin und seinem Kulturleben mir immer oberstes Gebot war."(S. 15)

Ägyptisches Museum: Das Museum im „östliche Stüler-Bau" gegenüber dem Charlottenburger Schloß steht seit dem Wochenende wieder vollständig dem Publikum offen. Renovierung und Umbau sind Musterbeispiele für das Zusammenwirken von Staat und bürgerlichem Mäzenatentum.

SPORT

Tennis: Mit der 15 Jahre alten Steffi Graf und der Saarbrückerin Claudia Kohde haben gleich zwei deutsche Spielerinnen beim Wimbledon-Turnier in London die Runde der letzten 16 erreicht.

Fußball: Neben Franz Beckenbauer als Team-Chef wird Assistenztrainer Horst Köppel weiterhin die deutsche Nationalelf betreuen. Beide unterschrieben Zweijahres-Verträge. (S. 13)

AUS ALLER WELT

Studenten: Die Mehrzahl der Studienanfänger ist nicht fähig, schwierigen Lernsituationen standzuhalten oder sich zu konzentrieren, erklärt der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Professor Theodor Berchem, auf einer Tagung der Katholischen Akademie in Bayern.

Eisenstaedt: Der als „Vater des Foto-Journalismus" bezeichnete 85jährige Alfred Eisenstaedt stellt in London sein neues Buch vor: Ein Porträt der Öl-Stadt Aberdeen. (S. 16)

Wetter: Im Norden bewölkt, nach Süden Aufheiterungen. Kühl.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

IG Druck gibt sich mit dem Metall-Modell nicht zufrieden

Schwierige Verhandlungen / Wieder Blockaden vor Zeitungsbetrieben

fac. **Bonn**

Die von der Arbeitgeberseite favorisierte Übernahme des Leber-Modells aus der Metallindustrie erweist sich als der schwierigste Punkt bei den Verhandlungen zur Beilegung des Druck-Tarifkonflikts. Der Verhandlungsführer der Arbeitgeber, Manfred Beltz Rübelmann, nannte die „Flexibilisierung" der Arbeitszeit eine „unbedingte" Voraussetzung für eine Arbeitszeitverkürzung. Nur dadurch könnten die Kosten, die durch eine Verringerung der Arbeitszeit auf die Betriebe zukämen, aufgefangen werden. Die IG Druck und Papier machte bei den DÜsseldorfer Verhandlungen klar, daß ihre Forderung nach einer generellen Arbeitszeitverkürzung für alle 165 000 Beschäftigten dieser Branche auf dem Tisch bleibt. Sie sperrt sich gegen eine Flexibilisierung. Der IG-Druck-Vorsitzende Ferlemann drohte mit einem Abbruch auch dieser Verhandlungsrunde und einer abermaligen Verschärfung des Arbeitskampfes, falls die Arbeitgeber ihr Konzept „mit aller Macht" durchsetzen wollten.

Das vom Bundesverband Druck vorgelegte Angebot sieht vor, daß die Löhne vom 1. Juli dieses Jahres an um 3,3 Prozent erhöht werden. Vom 1. Juni kommenden Jahres an sollen danach die Einkommen bei einer Laufzeit von zwölf Monaten um 2,0 Prozent steigen. Als Abschlagszahlung für die tariflose Zeit wurden wie bei Metall 50 Mark pro Monat angeboten. Wie bei den Metallern soll auch nach dem Angebot der Druck-Arbeitgeber die wöchentliche Arbeitszeit vom 1. April 1985 an um eineinhalb Stunden verkürzt werden.

Am vergangenen Wochenende kam es wiederum zu Zwischenfällen im Arbeitskampf der Druckindustrie. Der Axel Springer Verlag erklärte, dies lasse den Schluß zu, „daß der IG Druck die Zügel des Arbeitskampfes entgleiten". Der Verlag berichtete von einer Blockade der Eingänge durch zum Teil betriebsfremde Personen vor der Offset-Druckerei und der Tiefdruckerei in Ahrensburg bei Hamburg. Vertriebsfahrzeuge hätten das Gelände weder verlassen noch befahren können. Die Zeitungen hätten erst mit mehrstündiger Verspätung ausgeliefert werden können.

Versuche der technischen Leitung des Unternehmens, einen Verantwortlichen der Streikleitung oder der Gewerkschaft zu finden, seien gescheitert, heißt es in der Stellungnahme des Verlags weiter. Ein Funktionär des Landesbezirks Nordmark der IG Druck, der schließlich telefonisch erreicht worden sei, habe sich außerstande erklärt, etwas zu unternehmen. Erst kurz vor Mitternacht am Freitag sei ein Mitglied der Streikleitung erschienen und habe die Blockade abbrechen lassen. Bereits an den Vortagen seien Mitarbeiter des Axel Springer Verlags tätlich angegriffen worden.

Zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Streikposten und der Polizei kam es vor dem Verlagshaus des „Darmstädter Echo". Mehrere Beamte und ein Streikposten seien verletzt worden, erklärte ein Polizeisprecher. Streikende Drucker hätten am Freitagabend die Verlagsausfahrt blockiert und die Auslieferung einer Notausgabe des Blattes zunächst verhindert.

Ein Ermittlungsverfahren wurde von der Frankfurter Staatsanwaltschaft gegen „unbekannte Blockierer" eingeleitet, die die Auslieferung einer Notausgabe der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" mit dem Hubschrauber zu verhindern versucht hatten. Dagegen soll nicht gegen den Hubschrauber-Piloten ermittelt werden, gegen den der DGB Frankfurt Anzeige erstattet hatte.

DER KOMMENTAR

IG Zauber

GÜNTHER BADING

In der Metallindustrie wird der Arbeitsfrieden noch in dieser Woche wiederhergestellt, mag da und dort bei den regionalen Übernahme-Verhandlungen auch gepoltert werden. Es sind Scheingefechte. Die Produktion läuft wieder an. Und das zählt nach den schweren wirtschaftlichen Schäden des Arbeitskampfs vor allem anderen. Bleibt die Frage: Wann sind die Drucker zum Kompromiß bereit? Schließlich dauert hier der Streik, der nicht nur Produktionen, sondern auch das Grundrecht der Informationsfreiheit berührt, schon länger als bei Metall.

Die IG Druck und Papier tut sich schwer, den Leber-Kompromiß einfach zu übernehmen, obwohl sie vermutlich nicht mehr „herausholen" kann. Gewerkschaftschef Ferlemann wird gefragt werden, warum er denn nicht einfach der weitaus kampfkräftigeren IG Metall die Vorreiterrolle von Anfang an überlassen hat, statt seine Drucker in einen sinnlosen und teuren Arbeitskampf zu treiben. Und er wird mit einer überhöhten Erwartungshaltung seiner Gewerkschaft konfrontiert. Dafür sind er und sein Vize Detlef Hensche allerdings selber verantwortlich.

Sie haben, wie auch Funktionäre der IG Metall, den Streik von Beginn an politisiert. Jede Koalition war ihnen recht, wenn man diesen „Arbeitskampf" denn nur zur Attacke gegen die Koalition der Mitte in Bonn ummünzen konnte. Ob Sozialdemokrat oder Kommunist, wer „35 Stunden" sagte und gegen die Regierung anging, war willkommen. Die Verbalradikalisierung zog auch die Radikalen der Faust an. Immer wieder kam und kommt es zu Zwischenfällen vor Verlags- und Druckhäusern. Blockaden, tätliche Angriffe auf Arbeitswillige oder auf gar nicht zum Streik aufgerufene Angestellte sind Normalzustand geworden. Hubschrauber mußten die Notausgabe einer Tageszeitung aus der Druckerei fliegen. „Betriebsfremde Elemente", seit Hausbesetzerwelle und Friedensbewegung sattsam bekannte Reisegruppen in Sachen Chaos, tauchten neben den Streikposten auf.

Die Gewerkschaftsführung steht vor dem Problem, daß sie die Kontrolle über jene vollends verliert, die in der „politischen Phase" des Arbeitskampfes als Claqueure und Akteure willkommen waren, die aber jetzt den unvermeidbaren Prozeß der Dämpfung allzu hoher Erwartungen nur stören. Mit der Kompromißformel konnte die IG Metall aushelfen. Die Scherben müssen die Zauberlehrlinge allein aufräumen.

„Zur Deutschen Frage bekennen"

Bundespräsident von Weizsäcker: Mit dem Herzen auch jenseits der Mauer leben

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Der neue Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat sich nach seiner Vereidigung vor den Mitgliedern des Bundestages und Bundesrates mit einer politisch stark akzentuierten Rede an die Öffentlichkeit gewandt. Kernstücke der Präsidentenrede waren Deutschland und Berlin. Von Weizsäcker ermahnte die Deutschen in der Bundesrepublik, sich zum „nationalen Empfinden zu bekennen", zur offenen deutschen Frage und „zur Tatsache, daß wir überzeugte Bündnis- und Gemeinschaftspartner sein können und doch mit dem Herzen auch jenseits der Mauer leben".

Der Präsident erinnerte an den Mauerbau. Die erzwungene Abgrenzung hätte das Zusammengehörigkeitsgefühl nicht absterben lassen. Er appellierte an die „DDR"-Führung, den Menschen mehr Mitsprache und Mitverantwortung einzuräumen. Das würde „Ausreiseanträge und Abgrenzung" überflüssig machen. Im Hinblick auf Berlin sagte von Weizsäcker, nirgendwo erkläre sich der notwendige Zusammenhang vom Schutz der Freiheit im Bündnis und von friedlicher Entspannung nach Osten so selbstverständlich wie dort. Berlin habe auch gezeigt, daß sich Ost und West über praktische Regelungen verständigen können, „wo prinzipielle Meinungsverschiedenheiten zur Zeit nicht überbrückbar sind". So erfülle Berlin „entscheidende nationale Aufgaben".

Berlin hatte auch in der Rede des scheidenden Bundespräsidenten Karl Carstens eine besondere Rolle gespielt. Carstens hat 64 Mal Berlin besucht, „diese tapfere und lebendige Stadt". Er erinnerte daran, die freiheitliche demokratische Grundordnung schöpfe ihre Kraft daraus, daß die Bürger letztlich selbst über die Gestaltung der Welt entscheiden. Aber dabei müßten drei Einsichten beachtet werden: „Wer frei ist, trägt Verantwortung. Wer Rechte hat, hat auch Pflichten. Wer Ansprüche stellt, vor allem an den Staat, muß auch bereit sein, Leistungen zu erbringen."

SEITE 3:
Präsident setzt erste Zeichen

Carstens dankte allen, die ihn unterstützt haben, die sich in diesem Land freiwillig engagieren. Zum Schluß dankte er mit bescheidenen Worten auch seiner Frau Veronica; lang anhaltender Beifall von allen Rängen des Plenarsaals war ein Zeichen für die Wertschätzung, die Frau Carstens genießt.

Bundesratspräsident Franz Josef Strauß würdigte Carstens als überzeugenden „Vertreter des demokratischen Grundkonsenses, ohne den ein demokratisches Gemeinschaftswesen auf Dauer nicht bestehen kann". Die Gesellschaft, so sagte Strauß, stehe vor grundlegenden politischen Weichenstellungen. Folgewirkungen neuer Techniken müßten beachtet werden. „Wir sollten deshalb lernen, vor Entscheidungen, die wir heute für die Generationen nach uns treffen, wieder mehr aufeinander zuzugehen". Der „in enttäuschtem Mitwirkungsverlangen" begründete Rückzug vor allem junger Leute in die „Privatsphäre" müsse gestoppt werden.

Bundestagspräsident Rainer Barzel, der das Wirken Carstens' würdigte, schloß seine Rede mit den Worten: „Im Respekt vor Ihrer und Ihrer Frau Veronica Leistung erheben sich Bundestag und Bundesrat, um auszusprechen, was in dieser Stunde auch die empfinden, die uns das Mandat gaben: Karl Carstens hat sich um das Vaterland verdient gemacht."

Scheel: Das Führungsproblem schnell lösen

H.B. **Bonn**

„Nach der Ernennung Martin Bangemanns zum Bundeswirtschaftsminister ist sein Vorsprung für die Wahl zum Parteivorsitzenden der FDP uneinholbar geworden", glaubt Walter Scheel, ehemaliger Bundespräsident und Ehrenvorsitzender der Freien Demokraten. Wie Scheel in einem Gespräch mit der WELT zu erkennen gab, hält er eine schnelle Klärung des Führungsproblems an der FDP-Spitze – „Die Partei darf den zunehmenden Grad der Popularität Bangemanns nicht übersehen" – für vordringlich.

Hingegen warnt Scheel entschieden vor populistischen Experimenten, mit denen sich die FDP, die schon öfter die Klientel gewechselt hat, an die Gruppeninteressen mittelständischer Wählerschichten wenden könnte. Nach seiner festen Überzeugung muß die Partei weiterhin als liberale Kraft ihre Chance in der Mitte suchen und es den beiden großen Parteien überlassen, die politischen Strömungen „an den Rändern" zu integrieren.

Der frühere Bundespräsident bestritt nicht, daß die FDP nicht mehr über die Optionen verfügt, die sie früher besaß. Trotzdem appellierte er an die Partei, der Versuchung zu widerstehen, die Rettung in der Zusammenarbeit mit Standesinteressen zu suchen, bei der sie ihren Charakter als politische Partei verlieren würde. Sie dürfe ihre Mission als unabhängige Kraft nie aufgeben. „Auch in harten Zeiten", sagte Scheel, „müssen sich die Liberalen zu dieser historischen Aufgabe bekennen."

Seite 3: Reife des Wählers

FDP-Parteitag schon im Dezember?

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Der Nachfolger des FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher soll nicht auf einem eigens einberufenen Sonderparteitag gewählt werden. Das zeichnete sich am Wochenende nach Beratungen zwischen Genscher, Generalsekretär Helmut Haussmann und der Führung der Jungen Liberalen mit Juli-Chef Guido Westerwelle an der Spitze ab. Nach WELT-Informationen vertraten Genscher und Haussmann die Ansicht, daß ein „Personalparteitag" nicht sinnvoll wäre. Es sollen vielmehr die 400 Delegierten des Programmparteitags entscheiden, wer künftig an der Spitze der FDP stehen wird. Statt, wie vorgesehen, Anfang Februar könnte er aber möglicherweise schon im Dezember stattfinden. Dies könnte der Fall sein, wenn Haussmann als Vorsitzender der Programmkommission bis dahin die Arbeiten an den zu beschließenden Vorlagen beendet hat.

Ähnliche Stimmen waren aus der FDP-Führung in den letzten Tagen mehrfach zu hören. Dahinter steht die Befürchtung, daß es auf einem Personalparteitag wieder zu heftigen Diskussionen kommen könnte. Außerdem würde ein eintägiger Kongreß bis zu 150 000 Mark kosten.

Eine endgültige Entscheidung in dieser Frage soll auf der nächsten Sitzung des Bundesvorstands am 9. Juli fallen. Dann soll auch eine Vorentscheidung über den Nachfolger Genschers getroffen werden. Aussichtsreichster Kandidat ist Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann.

USA nehmen Moskauer Vorschlag an

Verhandlungen in Wien sollen aber Weltraumwaffen und Atomraketen betreffen

TH. KIELINGER, **Washington**

Mit einer wichtigen Einschränkung hat sich die amerikanische Regierung bereit erklärt, auf den sowjetischen Vorschlag vom Freitag einzugehen, Sondierungsgespräche über Abrüstung im Bereich der Weltraumwaffen zu führen: Washington wünscht, daß die Gespräche, die nach den Vorstellungen Moskaus schon im September in Wien beginnen sollen, auch die zur Zeit unterbrochenen Abrüstungsverhandlungen über die Mittelstreckenraketen in Europa (INF) und die strategischen Interkontinentalraketen (START) berücksichtigen.

Das Weiße Haus verfährt damit nach dem Prinzip des quid pro quo. Wenn den Sowjets so sehr daran gelegen ist, den Komplex der Weltraumwaffen in die Verhandlungen einzubringen, dann fühlen sich die Amerikaner berechtigt, das ihnen am wichtigsten scheinende Thema der Verringerung ballistischer Raketen wieder vorzutragen. Beide Seiten richten ihre Verhandlungspräferenzen damit auf jeweils den Bereich, den sie bei der anderen Supermacht am meisten fürchten. Moskau hatte am Freitag die USA aufgefordert, in die Verhandlungen über Anti-Satellitenwaffen (ASAT) und „Weltraumwaffen jeder Art – konventionell, nuklear, lasergesteuert", einzutreten.

Bereits im August 1983 hatte der damalige Staatschef Andropow Verhandlungen über ein Verbot von im Weltraum stationierten Waffen vorgeschlagen. Sein Nachfolger Tschernenko nahm den Vorschlag im Frühjahr wieder auf. Überraschung hat in Washington ausgelöst, daß nun zum ersten Mal ein festes Datum für den Beginn der Gespräche genannt wird. Man war allgemein davon ausgegangen, daß die Sowjets vor der amerikanischen Präsidentenwahl im November keine hochrangigen Kontakte darüber mehr mit der Reagan-Regierung suchen würden.

SEITE 2:
Fiktion des Friedens
SEITE 6:
Realistische Einschätzung

Binnen einer Stunde nach Bekanntgabe des sowjetischen Textes erklärte der Sicherheitsberater des Weißen Hauses, Robert McFarlane, im Namen von US-Präsident Ronald Reagan, die USA hätten die UdSSR über ihre Bereitschaft unterrichtet, mit Moskau im September „an jedem Ort, der der Sowjetunion genehm ist", zusammenzutreffen.

McFarlane korrigierte dabei zunächst die sowjetische Behauptung, daß eine „Militarisierung des Weltraums" erst durch die geplanten Waffen im All bevorstehe. „Die Militarisierung des Weltraums begann, als die erste ballistische Rakete getestet wurde und mit der Stationierung solcher Raketen und anderer Waffensysteme, die im Weltraum angewendet

● Fortsetzung Seite 8

Sowjet-Ärzte im Kreuzfeuer der Kritik

DW. **Moskau**

Die Kritik der Sowjetbürger am Zustand des Gesundheitswesens läßt sich nicht länger unter der Decke halten. Gleichgültigkeit, Inkompetenz, Skrupellosigkeit, Korruption und Kriminalität – das sind die Vokabeln, mit denen die Parteizeitung der russischen Sowjetrepublik, die „Sowjetskaja Rossia" die Ärzteschaft des Landes bedachte. Den Schuldigen wurden „ernste Konsequenzen" angekündigt.

Im vergangenen Jahr war in der größten Republik der UdSSR mehr als 400 Ärzten die Berufsausübung untersagt worden. Die Parteizeitung schweigt sich jedoch über eine der Ursachen des Übels aus: Die sowjetischen Ärzte beziehen nur ein vergleichsweise geringes Gehalt, umgerechnet rund 540 Mark monatlich.

„Die Ärzte sind unfähig, und ihre falschen Diagnosen haben in mehreren Krankenhäusern und Entbindungskliniken Todesfälle zur Folge gehabt." Mit diesem Alarmruf hatte sich Ende des vergangenen Jahres der georgische Parteichef zu Wort gemeldet. Westliche Spezialisten führen diese Todesfälle auf postoperative Infektionen zurück. Sterile Instrumente sowie Verbrauchsmaterial wie Handschuhe und Spritzen sind Mangelware. So besteht bei den gesetzlich erlaubten Abtreibungen das Risiko einer Beckenentzündung, da selbst einfache Hygienebestimmungen vernachlässigt werden.

Kinder sind offenbar am meisten gefährdet. Seit 1974 werden Statistiken über Kindersterblichkeit nicht mehr veröffentlicht, aber Fachleute gehen von einer kontinuierlich gestiegenen Zahl solcher Fälle aus. Das Hauptübel in der Medizin ist jedoch die Korruption. Unterbezahlte Ärzte bessern ihr Einkommen durch Schwarzarbeit auf oder sie konzentrieren sich auf bevorzugte Patienten. Als ausgesprochen skandalös wird aber auch die Dienstauffassung des medizinischen Hilfspersonals bezeichnet. Es ist von Krankenhäusern die Rede, in denen Patienten sich gegenseitig Medikamente oder Spritzen verabreichen müssen.

Symptomatisch für die Mißstände ist das Beispiel einer Moskauer Spezialklinik: Ärzte müssen den Kranken oft eigenhändig das Frühstück aus einem Schnellimbiß holen.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Fiktion des Friedens

Von Thomas Kielinger

Zumindest wissen wir jetzt mit Gewißheit: Den Sowjets ist nicht wohl, wenn sie auf die amerikanischen militärischen Weltraumpläne schauen. Nur aus dieser Sorge heraus ist zu verstehen, daß sie schon im September dieses Jahres mit den Reagan-Leuten in Abrüstungsverhandlungen über die Weltraum-Waffen eintreten wollen – Waffen, die man, zum Zwecke der Desavouierung, die „Star Wars"-(Krieg der Sterne-)Systeme nennt.

Die Eile scheint der weithin geltenden Ansicht zu widersprechen, Moskau werde auf keinen Fall dabei dienlich sein, Ronald Reagan zur Wiederwahl zu verhelfen: Muß das jüngste Verhandlungsangebot des Kreml nicht gerade wiederwahlfördernd wirken?

Die Sowjets haben offenbar einen ganz anderen Fahrplan im Sinn; nach ihm stellen sie ihre Weichen. Moskau muß mehr daran gelegen sein, Programme zu bremsen als Präsidenten. Dabei kann ein Pas de deux mit dem US-Kongreß sehr hilfreich sein.

Wie man weiß, gehören die Weltraum-Waffen und alles, was forschungsmäßig auf sie bezogen ist, nicht gerade zu den Favoriten auf dem Kapitol. Weder ist geklärt, ob der für November geplante erste amerikanische Anti-Satelliten-(ASAT)-Test überhaupt stattfinden kann, noch, ob das Weiße Haus für 1985 auch nur einen Forschungs-Dollar seiner gewünschten 1,8 Milliarden für die „Strategische Verteidigungsinitiative" gebilligt bekommt.

Was läge also für den Kreml näher, als sich diese Stimmung zum Freund zu machen und sie durch ein Verhandlungsangebot zur rechten Zeit weiter zu schüren?

Die Aussicht muß in Moskau faszinieren, Washingtons technologischem Sprung nach vorn Einhalt zu gebieten, aber gleichzeitig das eigene Aufrüstungsprogramm im offensiven Bereich verschont zu sehen – während die MX im US-Kongreß kaum überlebt.

Solchem Kalkül setzt die US-Administration daher vollkommen zurecht entgegen: Keine Weltraum-Verhandlungen ohne Verhandlungen über die Abrüstung bei den ballistischen Raketen. Hoffentlich hat das Weiße Haus im Wahljahr Kühle genug, diese Linie durchzuhalten. Denn eine Absprache, die auf die Entmilitarisierung des Weltraums zielt, während auf unserer Erde die Zahl der sowjetischen Offensivsysteme weiter ungehemmt wächst, würde den Frieden nur um eine neue Fiktion bereichern.

Warnsignal in Bolivien

Von Werner Thomas

Er ist noch einmal davongekommen. Hernan Files Zuarzo konnte den Putschversuch am vergangenen Wochenende heil überstehen. Aber die Aktionen der kleinen Rebellengruppe waren ein Warnsignal für die unsichere Situation, in denen sich der bolivianische Präsident befindet.

Während seiner zwanzigmonatigen Amtszeit hatte das Chaos resoluter regiert als er. Die unruhigste Nation Lateinamerikas, die in 159 Jahren der Unabhängigkeit 191 Regierungswechsel erlebte, taumelte von einer Krise zu anderen. Es gärte in den Reihen der Militärs, schon lange kursierten Gerüchte über einen bevorstehenden Staatsstreich.

Die bolivianischen Streitkräfte, von dem General Alfredo Villarroel Barja geführt, zeigten indes diesmal ein selten zuvor demonstriertes Verantwortungsgefühl. Villarroel wußte, daß ein Sturz des Präsidenten das Land noch tiefer in die Konfusion getrieben hätte.

Bürgerkriegsähnliche Zustände wären möglich gewesen. Obgleich fast jeder Politiker gegen jeden kämpft und die Gewerkschaften immer mitmischen, wünschen nicht viele Vertreter des zivilen Sektors eine erneute Machtübernahme der Generale. Die nicht minder turbulente Herrschaft der letzten Militärregierungen ist nicht vergessen.

Files Zuarzo will die bedrohte Demokratie nun „festigen" und einen Dialog mit den politischen Kräften aufnehmen. Es wäre zu wünschen, daß die Gesprächspartner nach den Erfahrungen vom Wochenende eine größere Kompromißbereitschaft bekunden als bisher, besonders die Gewerkschaften, die für diese Woche wieder einmal einen Generalstreik geplant hatten, der nun freilich abgeblasen wurde.

Wenn die Zivilisten das Chaos nicht beenden, um endlich eine Lösung der schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme in Angriff zu nehmen, könnte dem Putschversuch doch noch ein Putsch folgen.

Beteuerungen

Von Christel Pilz

Daß China meint, was es sagt, hat es 1979 vor aller Welt bewiesen, als seine Soldaten die Nordgrenze Vietnams überschritten und Hanoi die lang angedrohte „Lektion" erteilten. Jetzt gilt Chinas Aufmerksamkeit der Zukunft Hongkongs. Und kein Geringerer als Deng Xiaoping beteuert, daß das obige Wort auch gelte, wenn also China 1997 seine Souveränität über Hongkong erklärt.

Der Modernisierungsstratege aus Peking hält es für zweckmäßig, daß Hongkong bleiben solle, was Hongkong heute ist: ein Zentrum des Welthandels und der Banken. Es geschähe zum Nutzen aller, vorweg aber zum Nutzen Chinas, das von einem kapitalistischen Motor am Tor zur pazifischen Region nur profitieren kann. Folglich, so Deng, werde Peking das Rechts-, Wirtschafts- und Sozialsystem, wie es die Briten geschaffen haben, für die nächsten fünfzig Jahre unangetastet lassen.

Was kann China mehr sagen, um den 5,3 Millionen Hongkong-Chinesen die Furcht vor ihrer Eingemeindung in den Sozialismus zu nehmen?

Freilich, noch fehlt vielen der Glaube an solche Versprechungen, denn mehr als die Hälfte der Hongkonger sind Flüchtlinge aus der Volksrepublik China. Und Deng kann ihnen natürlich nicht garantieren, daß seine Nachfolger halten werden, was er jetzt verspricht. Deng scheint es freilich leid zu sein, immer dasselbe zu sagen. Der letzten Delegation Hongkonger Geschäftsprominenz teilt er kurz und bündig mit, es gäbe nichts mehr zu rütteln, die Zukunft Hongkongs sei beschlossen.

Im September werden Peking und London ihr Abkommen über Hongkong paraphieren und dieses im Dezember ratifizieren. Statt Peking um Verständnis für Hongkong zu bitten, sollten die Hongkonger sich um mehr Verständnis für China bemühen. Nur dann können sie die Formel „China meint, was es sagt". richtig deuten: Was immer geschieht, die Interessen Chinas kommen zuerst. Die Hongkonger, die es sich leisten können, planen ihren Exodus.



„Vorschußlorbeer? - Bitte an die Küche!!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Schritt für Schritt

Von Admiral James Eberle

Die gegenwärtige Debatte über die Effektivität der Nordatlantischen Allianz und die Struktur der europäischen Verteidigung bildet ein wichtiges Element in der übergreifenden Diskussion um die politische Zukunft Europas. In einem „Time"-Beitrag forderte Henry Kissinger kürzlich, die Europäer sollten auf dem Gebiet der Verteidigung ein höheres Maß von Identität und Kohärenz beweisen, um der Atlantischen Allianz neue Vitalität einzuflößen. Auch Hans-Dietrich Genscher sprach von der Notwendigkeit, das europäische Bewußtsein gemeinsamer Sicherheitsinteressen zu schärfen und zu vertiefen. „Europa muß immer mehr mit einer einzigen Stimme innerhalb der Allianz reden", sagte der Außenminister. Er unterstützte ebenfalls die französische Initiative zur Nutzung der Westeuropäischen Union als Rahmenwerk für eine engere europäische Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik.

Die Annahme jedoch, daß der Beweggrund für eine Änderung in der Allianz auf wachsenden Zweifeln an der Glaubwürdigkeit der gegenwärtigen militärischen NATO-Strategie beruhe, ist so gefährlich wie falsch. Das Funktionieren der nuklearen Abschreckung hängt keineswegs davon ab, daß die westliche öffentliche Meinung absolut auf die Bereitschaft der Vereinigten Staaten vertraut, im Fall eines sowjetischen Angriffs auf Europa, der durch konventionelle Waffen allein nicht abgewehrt werden kann, ihr riesiges nukleares Arsenal einzusetzen. Die sowjetische Regierung braucht lediglich zu vermuten, daß die USA diese Möglichkeit in Erwägung ziehen. Auch hat das Verlangen nach Änderung wenig mit den Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Waffenkontrolle zu tun – wie nämlich mit der Sowjetunion zu verfahren sei und auch nicht mit der Frage, wie die Lasten im Bündnis zu verteilen seien.

Das Verlangen nach einer Änderung hat hauptsächlich zum Ziel, den Menschen in Westeuropa die Natur und die Wirkungskraft der sowjetischen Militärmacht besser begreiflich zu machen. Die Sowjets mögen eine militärische Aggression gegen Westeuropa in ihr Kalkül ziehen – oder auch nicht. Doch selbst wenn letzteres (was wahrscheinlicher ist) zutrifft, müssen wir trotzdem begreifen, daß ein sowjetisches militärisches Übergewicht weitreichende politische Folgen hätte. Damit wären sie in der Lage, politischen Druck oder sogar Erpressung auszuüben. Um dieser Gefahr zu begegnen, muß Europa einen klaren, abgestimmten politischen Willen demonstrieren – nicht nur, um sein souveränes Territorium zu verteidigen, sondern auch, um die Herrschaft des Rechts und die Autorität demokratisch gewählter Regierungen zu unterstreichen. Dies ist einer der Gründe, warum es so wichtig ist, mit der Stationierung von Cruise Missiles und Pershing-II-Raketen in Europa fortzufahren. Der Sowjetunion darf nicht gestattet werden, durch politischen Druck den einstimmigen Beschluß der westeuropäischen Regierungen zu untergraben. Darüber hinaus muß Europa seinen Glauben an die „Atlantizität" der NATO-Allianz beweisen, ohne den Anschein zu erwecken, es hinge über Gebühr von den USA ab. In Wirklichkeit tragen die europäischen NATO-Länder eine wesentlich größere Last der Verteidigung, als man ihnen zugesteht. Trotzdem bleiben die USA vorherrschend, was die nukleare Streitmacht, die Satelliten-Kommunikations- und Überwachungssysteme betrifft. Europa scheint auf keinem der übrigen Gebiete die Führungsrolle zu übernehmen – weder im Marinewesen noch in der taktischen Luftunterstützung, weder bei den Panzern noch bei den beweglichen Bodentruppen. Ebensowenig hat sich Europa – von wenigen Ausnahmen abgesehen – bei der Entwicklung gemeinsamer Waffensysteme oder Beschaffungsprogramme hervorgetan.

GAST-KOMMENTAR



Admiral Sir James Eberle ist Direktor des „Royal Institute of International Affairs" in London FOTO: UPI

Ein Wechsel ist also in zweierlei Richtung erforderlich. Zum einen geht es darum, Frankreich wieder auf politischer Ebene voll in regelmäßige und strukturierte Diskussionen über die europäischen Sicherheitsinteressen einzubinden. Aus dieser Sicht sollte man der vorgeschlagenen Wiederbelebung der WEU Sympathie entgegenbringen, ohne die Gefahr zu verkennen, daß damit ein „innerer" und ein „äußerer" Kreis der europäischen Länder entstehen könnte (nur Großbritannien, Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland und die Benelux-Länder sind Mitglieder der WEU). Zum anderen geht es darum, die Kohärenz des europäischen militärischen Beitrags zur Verteidigung der Allianz zu fördern. Es gibt bereits Vorschläge für die Schaffung einer europäischen Nuklearmacht, die Europas Abhängigkeit von den strategischen Nuklearwaffen der Vereinigten Staaten mindern würde.

Eine derartige Einsatztruppe ließe sich vielleicht auf der Grundlage der existierenden britischen und französischen Abschreckungsstreitkräfte organisieren. Es wäre aber unrealistisch zu glauben, daß die damit verbundenen Probleme der nationalen Kontrolle über die beiden Streitkräfte in absehbarer Zeit zu lösen sind. Auch die Aussichten auf eine integrierte europäische Armee und auf höhere finanzielle Verteidigungsleistungen sind im Augenblick politisch kaum realistischer. Wir müssen deshalb nach bescheideneren Verbesserungen suchen.

Hüten wir uns vor allzu einfachen Lösungen. Die Ernennung eines Europäers anstelle eines Amerikaners als NATO-Oberbefehlshaber in Europa würde ebensoviele Probleme aufwerfen wie lösen. Die Notwendigkeit von Änderungen besteht, aber diese werden langsam und undramatisch verlaufen. Die Erwartungen der Öffentlichkeit sollten nicht zu hoch geschraubt werden.

IM GESPRÄCH H.W. Lautenschlager

Bonns Mann bei der UNO

Von Bernt Conrad

Nach dem weltmännisch-versierten Rüdiger von Wechmar und dem außenpolitischen „Profi" Günther van Well reist jetzt ein Mann ganz anderen Zuschnitts als UNO-Botschafter nach New York: Hans Werner Lautenschlager. Der Mann, der heute als Staatssekretär im Auswärtigen Amt verabschiedet wird, wirkt eher wie ein Industriemanager: zurückhaltend-freundlich im Ton, bestimmt in der Sache, ein harter Arbeiter mit exaktem Wissen und konzeptioneller Begabung.

Tatsächlich hätte der in China aufgewachsene Diplomatensohn auch leicht in der Wirtschaft Karriere machen können. Als Referendar versuchte er sich zunächst bei British Petrol und Bayer. Dann aber zog es ihn in den Auswärtigen Dienst. Lautenschlagers Kommentar: „Die Bundesrepublik Deutschland zu vertreten lag mir mehr als ein bestimmtes Produkt. Ich habe es nie bereut."

Am Anfang seiner Laufbahn stand Europa. Der junge Doktor der Jurisprudenz wurde 1956 vom Auswärtigen Amt zu den Gründungsverhandlungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) geschickt. Er kam dort so gut an, daß ihn sich die Euratom-Kommission sechs Jahre lang „auslieh". „Das war eine einmalige Erfahrung. Sie hat mich mitgeprägt", erinnert sich Lautenschlager. In jener Zeit entwickelte er sich zum engagierten Europäer und zum Verfechter einer modernen Außenpolitik, zu deren unverzichtbaren Bestandteilen in seinen Augen auch Außenhandels-, Energie-, Entwicklungs- und Währungspolitik gehören.

Neue Bereiche erschlossen sich ihm 1964 bis 1968 als Botschaftsrat in Neu-Delhi und anschließend als stellvertretender Referatsleiter Sowjetunion in der AA-Zentrale. Dann rückte Lautenschlager in die außenwirtschaftliche Abteilung des AA ein und



Ein Diplomat mit besonderen Erfahrungen: Hans Werner Lautenschlager FOTO: JUPP DARCHINGER

machte hier mit jenem sanften Nachdruck Karriere, der oft mehr durchsetzt als brachiale Gewalt; nach sechs Jahren schon war er Abteilungsleiter. 1979 berief ihn Bundesaußenminister Genscher zum Staatssekretär.

Heute ist der Siebenundfünfzigjährige, der an unzähligen Vertragsverhandlungen sowie an der Vorbereitung sämtlicher Weltwirtschafts- und Europagipfel mitgewirkt hat, einer der führenden Außenwirtschaftsexperten Bonns mit besonderer Erfahrung in der Nord-Süd-Problematik. Dies wird ihm in den Vereinten Nationen und vor allem bei den Vertretern der Dritten Welt, die dort eine quantitativ dominierende Rolle spielen, zugute kommen.

Die Arbeit in den UNO-Ausschüssen, die Kontakte in den Wandelgängen des Glaspalastes am East River und die analytische Berichterstattung werden Lautenschlager mehr liegen als Parties und Auftritte in der Generalversammlung. Hier wie dort aber werden ihm zwei Eigenschaften helfen: Kompetenz und Liebenswürdigkeit.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE SUNDAY TELEGRAPH

Die Londoner Zeitung meint zum sowjetischen Verhandlungsangebot über Weltraumwaffen:

Es wäre vorschnell, zu viel in den sowjetischen Schachzug hineinzulesen. Vermutlich ist es weniger ein politisches Signal, daß Tauwetter zwischen Ost und West heraufzieht, als eine kalkulierte strategische Aktion, um die Amerikaner daran zu hindern, in diesem wissenschaftlichen Kampf aufzuholen. Es ist bemerkenswert, daß Moskau nach einem „totalen beiderseitigen Verzicht auf Anti-Satelliten-Systeme" ruft, gerade in dem Augenblick, in dem die Amerikaner den Rückstand im „Krieg der Sterne" beträchtlich aufzuholen begannen. Alles, was die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion zurück an den Verhandlungstisch bringt, muß willkommen sein – aber mit Wachsamkeit.

BERLINER MORGENPOST

Hier heißt es zum Wechsel in der Villa Hammerschmidt:

Karl Carstens, der gestern sein hohes Amt an Richard von Weizsäcker weitergab, hat allen Unkenrufen zum Trotz weniger den Staat als dessen Bürger repräsentiert. Er waltete geradlinig und überparteilich. Carstens hat die Liebe zum Vaterland mit bezwingender Schlichtheit vorgelebt.

TAGESANZEIGER

Das Zürcher Blatt meint zur anvisierten Einführung von bleifreiem Benzin in den EG-Staaten:

Der Plan der EG-Minister, der – um es noch einmal zu betonen – nur eine Absichtserklärung und noch keinen Beschluß darstellt, ist politisch von einem gewissen Gewicht. Denn erstmals scheinen jetzt namentlich Italien und Frankreich offiziell Bereitschaft zu signalisieren, den Bemühungen um eine Verbesserung der Abgassituation Gefolgschaft zu leisten. Überschätzen darf man diese Leistung freilich nicht. Die Termine im EG-Plan sind mehr als großzügig gesetzt. Das Ganze sieht schon fast nur nach „Kosmetik" aus. Aus der Sicht eines Landes wie der Schweiz ... bedeutet die Absichtserklärung wenig.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Über „Deutsch-deutsche Realitäten" heißt es in diesem Blatt:

Nicht Bonn ... versperrt den Ausweg aus der DDR, sondern das Regime der SED. Es kann sich nicht einmal zu einer mittelfristigen Lockerung seiner restriktiven Ausreisepolitik, geschweige denn zu einer dauerhaften Freizügigkeit innerhalb Deutschlands verstehen ... Die „Zwänge", die in der Situation der DDR und in ihrem eingeborenen Naturell eines totalitären Polizeiregimes liegen, erweisen sich einmal mehr als stärker denn politische Experimente einer innerdeutschen „Normalisierung", sei sie auch auf noch so bescheiden begrenzte Ziele angelegt ... Die Vorzeichen für den offiziellen Besuch Honeckers in der Bundesrepublik, der im kommenden September ein auffällig sichtbares, geradezu demonstratives Zeichen für die Erwartungen, Aussichten und Errungenschaften deutsch-deutscher Politik setzen soll, sind also nicht besonders günstig. Der DDR-Machthaber selber muß derzeit nolens volens Indizien dafür liefern, daß die Möglichkeiten dieser Politik insgesamt und seiner eigenen Person im besonderen überschätzt worden sind.

Petzer Glotz und sein Fern-Duell mit Heiner Geißler

Ein Streitgespräch über das Verhältnis von Macht und Sprache / Von Joachim Neander

Manche Tagungen treffen ihr Thema fast ohne Absicht. Die Gunst der Situation hellt plötzlich auf, was in stundenlanger Rede dunkel blieb. Auch das Verhältnis zwischen Sprache und Macht, der Gegenstand der diesjährigen Römerberggespräche in Frankfurt, erhielt seine Anschaulichkeit eigentlich erst durch ein Spiel des Zufalls. Als Fall-Demonstration des Problems war ein Streitgespräch zwischen Heiner Geißler, dem CDU-Generalsekretär, und Peter Glotz, dem SPD-Bundesgeschäftsführer, vorgesehen, zwei, die einander zeitweise sogar den Gruß verweigert haben.

So hatte Glotz sein Referat zum Thema Sprache und Macht, was man ihm kaum verübeln wird, auch gänzlich auf die polemisch, teilweise verletzend zugespitzte Wahlkampfsprache seines Widerparts eingerichtet – auch er wiederum polemisch verletzend im Ton. Man konnte ein Gefecht erwarten (befürchten), in dem die Fetzen fliegen. Aber dann griff der Zufall ein. Geißler wurde krank und mußte im letzten Moment seinen Planungsreferenten Wulf Schönbohm entsenden.Der trug brav ein Statement vor. Wieviel Geißler drin enthalten war, spielt keine Rolle. Zu diesem ganz speziellen, von der Spannung des Augenblicks lebenden Thema war Schönbohm natürlich nicht der erwartete Partner. Glotz hätte darauf eingehen, seine Ausführungen nun auf den Ersatzmann ausrichten können. Er tat es nicht. Vielleicht wäre ihm dann der Triumph nicht groß genug gewesen. Der Herr Schönbohm, sagte er, müsse hier halt seinen abwesenden Chef verteidigen. Und drosch anschließend dem armen Auswechselspieler all das um die Ohren, was er dem Stammspieler zugedacht hatte.

Nun weiß aber, wer über Sprache nachdenkt (zum Beispiel Peter Glotz), daß es zwar relativ leicht ist, die Gedanken und Argumente anderer Leute aufzunehmen, nachzuvollziehen und zu verteidigen, aber sehr viel schwerer, sich Wort für Wort auch für des anderen Sprache ins Zeug zu legen. Es ist ungefähr, als solle man sich eines anderen Menschen Schuhe anziehen und damit laufen. Sprache ist etwas ungeheuer Empfindliches, Individuelles, kein vertauschbares, für Hinz und Kunz beliebiges Handwerkszeug begreift. So kam es, wie es kommen mußte. Peter Glotz, der Sprachsieger. Dem Gegner, der ja auch in anderen Bereichen wie Rhetorik und Versammlungserfahrung zwangsläufig unterlegen war, blieb am Ende Sprachlosigkeit. Die Linken im Saal genossen Hohn und Begeisterung. Andere gingen in stummer Empörung vondannen.

Nur ein verunglücktes Streitgespräch? Vermutlich doch etwas mehr. Die Geschichte der politischen Linken ist gesäumt von solchen Sprach-Siegen. Das Wort hat ihnen in der Regel (bei ein paar sehr prägnanten Ausnahmen) besser gehorcht als den Rechten. Und wenn es darauf ankam, hatten sie die wichtigen Begriffe stets rascher besetzt als ihre Gegner. Aber das Merkwürdige an der Sprache ist, daß die Linke ihr sprachliches und semantisches Geschick sehr oft ebenso dringend brauchte, um ihre Irrtümer und Niederlagen zu erklären. Sprache ist mächtig, aber Sprach-Macht ist flüchtig und trügerisch. Wer von Sprach-Sieg zu Sprach-Sieg eilt, sollte mißtrauisch werden.

Wie tief bei den Linken die Ratlosigkeit darüber sitzt, daß es ihr trotz ihrer Sprach-Überlegenheit in der ganzen freien Welt nirgendwo gelingen will, auf die Dauer am Ruder zu bleiben, ohne daß sich mächtige konservative Gegenströmungen bilden, zeigte sich kurioserweise sogar in Frankfurt. Da versuchte der Sozialdemokrat Peter Glotz allen Ernstes (vielleicht allerdings dabei eigene Zweifel unterdrückend), den Wahlsieg der neuen Bonner Koalition von 1983 unter anderem durch die heimlichen Anstrengungen der Bayerischen Akademie der Wissenschaften zur Wiedergewinnung der kulturellen Hegemonie in Deutschland zu erklären – eine Argumentation, die sämtliche materialistischen Denker der Vergangenheit aus ihren Gräber wecken müßte.

Bei den Sozialdemokraten wird häufig ein gewisser Hang zur Selbstverachtung, zum öffentlichen Zweifel und zur öffentlichen Kritik an der eigenen Politik beklagt, dem soviele Intellektuelle unterliegen, die die SPD sich eigentlich gern fest zurechnen würde. Fast begierig stürzt die linksliberale Presse sich auf jeden, der auf der anderen Seite ähnliches tut.

Dabei ist auch dies nur ein Symptom. Wer allein auf die trügerische Macht der Sprache setzt, ist auch ihrem Risiko ausgeliefert. Ein gescheiter Mann wie Peter Glotz weiß das.

Ein politischer Präsident setzt die ersten Zeichen

Richard von Weizsäcker hat nach seiner Vereidigung als sechster Bundespräsident gestern vor Bundestag und Bundesrat deutliche politische Akzente gesetzt. Die Deutschlandpolitik und Berlin standen dabei im Vordergrund.

Von MANFRED SCHELL

Der Wechsel von Karl Carstens zu Richard von Weizsäcker, dem neuen Bundespräsidenten, ist mit der Eidesleistung vollzogen. Ohne Pomp oder künstlichen Glanz ist dieses herausragende Ereignis gestern auf einer gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Bundesrat begangen worden. Die republikanische Tugend der Gleichheit aller vor dem Grundgesetz, so hat es Rainer Barzel formuliert, „findet so auch heute ihren Ausdruck".

Die Abläufe an so einem Tag sind vom Protokoll genauestens festgelegt. Marianne und Richard von Weizsäcker werden von Bundestagspräsident Barzel in den mit diskretem Blumenschmuck gestalteten Plenarsaal geleitet. Zwei Meter dahiner folgen Veronica und Karl Carstens. An ihrer Seite Franz Josef Strauß, der Präsident des Bundesrates. Auf ihn haben nach dem schweren Schicksalsschlag, dem Unfalltod seiner Frau, viele geblickt. Die Plätze auf der Regierungsbank und der Reihe des Bundesrates waren nahezu komplett besetzt. Nur Minister Heiner Geißler und Ministerpräsident Albrecht fehlten. Im Plenum wurde Helmut Schmidt vermißt.

Richard von Weizsäcker, der seine Rede als „persönliche Gedanken" darstellte, setzte Zeichen: Er will ein politischer Präsident sein. Daran gibt es gar keinen Zweifel, obwohl auch er die Grenzen dieses Staatsamtes genau kennt. Bundeskanzler Helmut Kohl huschte ein kurzes Lächeln übers Gesicht, als von Weizsäcker sagte, von „Befugnissen" des Präsidentenamtes sei im Grundgesetz „nur spärlich die Rede. Dagegen werden seine Pflichten hervorgehoben und an die höchsten Ziele gebunden".

Die Rede des neuen Bundespräsidenten hörte sich über Strecken hinweg wie eine Regierungserklärung an. Der Bundeskanzler und andere werden die politische Dynamik des neuen Staatsoberhauptes, die sich besonders in der Deutschlandpolitik zeigen wird, einkalkulieren müssen. Die Deutschen, Berlin, waren der Kern dieser ersten Präsidentenrede und hochaktuell zugleich. „Gewiß, wir haben unsere besonderen Schwierigkeiten mit unserem Nationalgefühl", sagte von Weizsäcker, „aber wir sind nicht die einzigen auf der Welt, die ein schwieriges Vaterland haben." Hier hat er, auf andere Weise, das Wort von Gustav Heinemann aufgegriffen. Es gebe keinen Anlaß, „uns ein nationales Gefühl zu versagen. Das wäre ungesund für uns selbst und unheimlich für unsere Nachbarn".

Der Bundespräsident spricht von der elementaren menschlichen Zusammengehörigkeit, die die Deutschen in Ost und West verknüpft. „Erzwungene Abgrenzung und Zeitablauf haben sie nicht absterben lassen." Die Mauer habe ihr Ziel „verfehlt", selbst Chruschtschow habe sie eine „häßliche Sache" genannt die weichen müsse, wenn die Gründe für ihren Bau entfielen.

Welche Gründe? Von Weizsäcker gibt die Antwort; er macht sich Aussagen einer Synode in der „DDR" zu eigen: „Die Menschen in der DDR fühlen sich ihrer Heimat verbunden. Sie wollen nicht weg." Und er fügt hinzu: „Mehr Mitsprache und Mitverantwortung einräumen, nimmt das Gefühl von Heimatlosigkeit und macht Ausreiseanträge und Abgrenzung überflüssig." Der Bundespräsident spricht von der „Klimaverantwortung", die Bonn und Ost-Berlin in der Weltpolitik hätten, er greift den Begriff von der „Verantwortungsgemeinschaft" ausdrücklich auf. In diesem Sinne würde er einen Besuch von Erich Honecker „bei uns begrüßen".

Auf seiten der Union gab es hier nur verhaltenen Beifall. Bei einer späteren Gelegenheit möchte er, von Weizsäcker, dann die „DDR" besuchen, wenn es die Politik erlaube. Die Verbundenheit mit den Deutschen in der „DDR" ist ein Herzensanliegen. Von Weizsäcker macht es markant an einem Beispiel deutlich: „So schön Teneriffa und so wichtig Silicon Valley auch sein mögen, der Neuaufbau der Semperoper in Dresden und das Leben der christlichen Gemeinden in der DDR berühren auch uns zutiefst."

Das neue Staatsoberhaupt nennt zwei „Grunddaten": Die Zugehörigkeit zum Westen („Sie ist endgültig und unwiderruflich.") und zum anderen die geschichtliche Verantwortung. Es gelte, die Freiheit zu schützen. „Daher lassen wir mit uns über unseren Platz im Bündnis und über seine Fähigkeit zur Verteidigung nicht verhandeln."

Der neue Bundespräsident Richard von Weizsäcker ist „sensibel" für die Themen, die Brisanz haben. Er nennt Gefahren durch immer neue Waffen, und er mahnt, den politisch-humanen Begriff des „Wohls" nicht auf die wirtschaftliche Lebensgrundlage zu verkürzen. Er nennt den Umweltschutz, die Folgen des technischen Wandels, die Entwicklung der Wissenschaft und der Medizin. Eine amerikanische Zeitschrift habe gemeint, tiefgekühlte Embryos würden „mit ebensoviel Respekt wie gefrorene Erbsen behandelt". Von Weizsäker: „Was für wissenschaftlich entwickelte Wickelkinder wird es noch geben?"

Der neue Bundespräsident spricht von der „Sehnsucht des menschlichen Herzens", die gewiß über eine „Denver-Clan Koexistenz" hinausgehe. Er fordert eine empirische Medienwirkungsforschung. „Es genügt nicht, auf die beruhigende Statistik zu bauen, wonach bisher nur 26 Prozent aller Zuschauer beim Fernsehen noch nie eingeschlafen sind – ich gestehe, auch ich gehöre nicht zu dieser standhaft wachen Minderheit." Die Situation in den Schulen, das Zusammenspiel der gesellschaftlichen Kräfte sind weitere Themen in der Präsidentenrede. Und: Die Verfassung erinnert an die Verantwortung vor Gott.

Karl Carstens hat in seiner Abschiedsrede darauf verwiesen. Richard von Weizsäcker greift diesen Gedanken auf, obwohl beide Präsidenten ihre Texte nicht abgesprochen hatten. Weizsäcker zitiert Moses Mendelssohn: „Auf dem dunklen Pfad, auf dem der Mensch hier auf Erden gehen muß, gibt es gerade soviel Licht, wie er braucht, um den nächsten Schritt zu tun."

Die Bundesrepublik „hat Glück gehabt mit ihren Präsidenten". Rainer Barzel hat diesen Satz auf Carstens ausgerufen. „Karl Carstens hat sich um das Vaterland verdient gemacht."

Mit langanhaltendem Beifall, stehend gespendet, wurde Carstens und Frau Veronica verabschiedet. Wie einen großen Ordenssegen hat Carstens in seiner Abschiedsrede seinen Dank abgesagt, all jenen, die ihn unterstützt haben, die in diesem Land freiwillig etwas leisten. Auch Georg Leber, der Schlichter im Tarifkonflikt der Metaller, wurde von ihm namentlich erwähnt. Carstens bat die Tarifpartner „herzlich", bei Auseinandersetzungen „das Gemeinwohl nicht aus dem Auge zu verlieren".

Es war ein Tag, an dem vieles gesagt wurde, das weit über den Tag hinausreicht.



Richard von Weizsäcker: „. . . dem Wohle des deutschen Volkes . . ."
FOTO: FRITZ REISS/AP

In der Reife des Wählers sieht Scheel eine Chance

Walter Scheel rechnet fest damit, daß der neue FDP-Chef Martin Bangemann heißen wird. In einem WELT-Gespräch äußerte sich der FDP-Ehrenvorsitzende über Gefahren und Hoffnungen für seine angeschlagene Partei.

Von HEINZ BARTH

Das Rolandseck rauscht an den Fenstern des Intercity vorbei. Mit einem Glimmer von Selbstironie im Blick streift Walter Scheel die graue Silhouette des musealen Bahnhofes und fragt sich, ob er wohl groß genug sein wird, um die tausend Liberalen und die ihnen verbliebenen Freunde zu fassen, die von seiner Partei eingeladen sind, hier nächste Woche seinen 65. Geburtstag zu feiern. Noch immer ist dieser junge Alt-Bundespräsident, der erst jetzt ins Alter der Jubilare eintritt, einer der wenigen deutschen Politiker, die es Anstrengung kostet, sich fortgesetzt ernst zu nehmen.

„Endlich mal ein angenehmes Ereignis für die FDP", sinniert er mit sardonischem Lächeln. „Viel Angenehmes hat es ja für sie in letzter Zeit nicht gegeben."

Selbst einem lebenslänglichen Optimisten wie ihm macht die Lawine der Unerfreulichkeiten zu schaffen, die seit Monaten Ansehen und Zukunftshoffnungen seiner Partei unter sich begraben hat. Wer so lange wie er mit den Krisen der Republik gelebt hat, dem bereitet es geringe Mühe, die Krise der Liberalen einzuordnen. Hat er es nicht von jeher gesagt, daß ihre natürliche Funktion als Scharnier zwischen den beiden großen Parteien immer nur auf beschränkte Zeit wirksam bleiben kann? Darum irritiert ihn noch heute die Verrats-Theorie, die der FDP „wider besseres Wissen" von Schmidt angehängt wurde.

Es waren, so scheint ihm, nicht die Liberalen, die aus eiskalter Berechnung die Regierungskoalitionen zerstörten, denen sie angehörten. Zwischen der Wende von 1982, als Schmidt von seiner eigenen Partei fallengelassen wurde, und dem Umbruch von 1966, als die CDU Ludwig Erhard kurz nach seinem großen Wahlsieg stürzte, bestehen für Scheel unverkennbare Parallelen. Es seien die inneren Spannungen in den großen Parteien gewesen, nicht der Hang der Liberalen zum Pendeln, die an den Wendemarken der Republik zum Koalitionswechsel führten.

Tatsächlich hatte Scheel lange bevor 1982 das sozial-liberale Bündnis zerbrach, sich öffentlich dazu bekannt, daß nach 13 Jahren an der Macht, als große Teile der SPD Helmut Schmidt in Stich ließen, die Gemeinsamkeiten zwischen beiden Regierungspartnern aufgebraucht waren. Er fragt sich heute, ob die stürmische Entwicklung der Grünen aufzuhalten gewesen wäre, wenn SPD und FDP rechtzeitig Konsequenzen gezogen hätten. Heute steht fest, daß Genschers Zögern, der damals den Absprung nicht finden konnte, beiden Parteien schlecht bekommen ist. Sein jetziger Entschluß, die Liberalen nicht mehr im Wahlkampf von 1987 zu führen, hat einen Beschleunigungseffekt für den weiteren Ablauf ihrer Existenzkrise.

Der Mangel an integrationsfähigen Persönlichkeiten an der Parteispitze hat sich nach dem Rücktritt von Graf Lambsdorff zugespitzt. Auch für den Optimisten Scheel ist es fraglich geworden, ob die FDP, deren Ehrenvorsitzender er ist, die drei Landtagswahlen des kommenden Jahres ohne Einbrüche überstehen kann.

Mit größerer Zuversicht blickt er jedoch der nächsten Bundestagswahl entgegen. Nicht etwa, weil er auf die Leihstimmen der CDU vertraut, die es nach seiner Ansicht nie gegeben hat, sondern weil der 6. März 1983 seine hohe Meinung von der oft unterschätzten Intelligenz der Wähler bestätigte. Sie hätten damals geradezu „genial" reagiert und bewiesen, daß sie gelernt haben, von der Zweitstimme einen verständnisvollen Gebrauch zu machen. „Der Wähler", sagt Scheel, „ist viel klüger, als die meisten glauben. Es ist eine Chance, mit der die FDP auch weiterhin rechnen darf, daß sich im Bund der realistische Gebrauch der Zweitstimme mehr als bei Länder- und Europawahlen auswirken kann."

Trotz der Führungskrise der Partei, der er sich auch weiterhin unbeschränkt zur Verfügung stellt, hält es der ehemalige Bundespräsident für unvereinbar mit der Position eines Ehrenvorsitzenden, an ihren Richtungskämpfen teilzunehmen. „Funktionen in ihr" möchte er „auf keinen Fall" übernehmen. „Die Zeit ist da", meint er, „in der die Vierzigjährigen in allen Bereichen an die Spitze treten müssen. Ich gebe gern Ratschläge, soweit sie erwünscht sind, und entziehe mich gerade jetzt, in der schwierigen Situation der FDP, nicht der unbeschränkten Identifizierung mit ihr. Aber ich weiß auch, daß sie von mir noch nie etwas erwartet hat, was sie nicht verlangen konnte."

Scheel weiß, daß sich die Machtstruktur in der Parteiführung von dem dirigistischen Stil, der Genscher und auch ihm manchmal vorgeworfen wurde, zum Bundesvorstand verlagert hat. Aber er ist trotzdem überzeugt, daß Martin Bangemann als Parteivorsitzender die Kraft aufbringen wird, um die Liberalen wieder fest in den Griff zu bekommen. „Nach Bangemanns Ernennung zum Wirtschaftsminister", glaubt Scheel, „ist sein Vorsprung unter den Anwärtern auf den Parteivorsitz unaufholbar geworden. Die Partei wird das steigende Maß an Popularität, das ihm jetzt zuwachsen wird, nicht übergehen können. Er ist eine farbige und vitale Persönlichkeit, der es zuzutrauen ist, daß er in kurzer Zeit den Vorsprung, den er jetzt schon besitzt, weiter ausbauen kann."

Offensichtlich neigt Scheel zu der Überzeugung, daß es im Interesse der FDP läge, so schnell wie möglich den Zustand des Provisoriums zu überwinden, der die Parteiführung in ihrer Aktionsfähigkeit behindert. Eile scheint ihm geboten. Es ist nicht die praktisch schon entschiedene Personenfrage, die ihm Sorgen bereitet, sondern die Orientierung der Partei und die Struktur der Wähler, an die sie sich nach dem Erdrutsch der letzten Jahre wenden soll. Nachdrücklich warnt Scheel vor der Versuchung, den bisherigen Kurs der Mitte zu verlassen und Rettung in einer neuen Umschichtung der Wählerschaft zu suchen.

Selbst vor dem Dom folgten Tausende dem Requiem

Mit überwältigender Anteilnahme hat die Bevölkerung am Wochenende im Münchner Liebfrauendom Abschied genommen von der tödlich verunglückten Marianne Strauß.

Von PETER SCHMALZ

Der Andrang an diesem Samstagnachmittag ist nicht geringer als bei der Predigt des Papstes am gleichen Ort vor vier Jahren. Fünf- bis sechstausend drängen sich ins Kirchenschiff, kaum weniger als 10 000 verfolgen draußen vor dem wuchtigen Backsteinbau über Lautsprecher das Requiem für eine Frau, deren Außergewöhnlichkeit nun nach ihrem Unfalltod Ausdruck findet in einer Anteilnahme, die über die bayerischen Grenzen und alle politischen Schranken hinweggeht: Die Bundesrepublik gedenkt Marianne Strauß.

Die Äußerlichkeiten sind nüchterner als zwei Tage zuvor in ihrem Heimatort Rott am Inn, wo der Sarg, von einem weißblauen Fahnentuch bedeckt, vor dem Altar stand, wo spätbarocker Prunk bayerisches Gefühl versinnbildlichte und wo die bunt uniformierten Trachtler und Gebirgsschützen wie ein selbstverständliches Teil des Ganzen wirkten. Die gleichen bärtigen Männer mit ihrer goldgeborteten Landesfahne erscheinen im nüchtern-kalten Münchner Dom als einsame bayerische Farbtupfer in einem Gotteshaus, dessen kalkigweißes Gewölbe von gelben Kreuzrippen gefärbt ist. Die spätgotische Schlichtheit mag die Protestanten Carstens und von Weizsäcker in der ersten Reihe an die bilderarmen Kirchen ihres Glaubens erinnern.

Franz Josef Strauß, der Witwer, betritt wie in Rott die Kirche gestützt von seinen Kindern. Aber anders als bei dem persönlich belastenden Ablauf einer Beerdigung tritt der bayerische Regierungschef bei diesem einem Staatsakt ähnelnden Gottesdienst gefaßter auf, der Schritt ist fester, die tiefe Erschütterung über den Tod seiner Frau hält er vor den Fernsehkameras, die das Requiem direkt über das bayerische Regionalprogramm ausstrahlen, beherrscht zurück.

Nach einer Woche privater Trauer wird Strauß an diesem Tag von Politik und Staatsräson wieder eingeholt. Er weiß bei diesem Trauergottesdienst an der Spitze einer überkonfessionellen Gemeinde, wie sie in diesem Dom noch nie versammelt war: ein designierter und ein scheidender Bundespräsident, dahinter Bundeskanzler Kohl, sein Vize Genscher, Bundestagspräsident Barzel, der italienische Senatspräsident Cossiga, außer dem Hamburger sämtliche Länder-Regierungschefs, Bundesminister und Staatssekretäre ausreichend für eine beschlußfähige Kabinettssitzung, Togos Außenminister Akakpo-Akianyo, neun Botschafter, darunter die aus Frankreich und Italien, der kanadische Minister Schmid, ein gebürtiger Münchner, und soviele Mitglieder des Konsularischen Korps, daß sie nur noch numerisch aufgeführt werden; 72 sind es.

Hermann Prey singt mit dem Domchor das Lieblingslied von Marianne Strauß, „Meerstern, ich Dich grüße", mit dem Refrain, dem sich die Frau des CSU-Vorsitzenden in ihrem Leben verpflichtet fühlte: „Maria, hilf uns allen aus unsrer tiefen Not!" Sie selbst hat versucht, aus der Not zu helfen, wo immer es ihr möglich war. Den Menschen in ihren Nöten beizustehen sei ihr eine persönliche Verpflichtung gewesen, sagt Münchens Erzbischof Friedrich Wetter in seiner Predigt. Sie habe den jungen Familien helfen wollen, ein gesundes Familienleben zu führen und sie habe der jungen Generation gezeigt, „wie wir zu einem menschlich reicherfüllten Leben gelangen: Nicht durch Nehmen, sondern durch Geben, nicht indem wir Ansprüche stellen, sondern indem wir für die da sind, die uns brauchen".

Helmut Kohl blickt von der zweiten Reihe immer wieder über den Mittelgang hin zu Strauß. Dieser hat ihn eine Stunde vor dem Gottesdienst in seinem Privathaus empfangen, erstmals seit dem Tod von Frau Strauß sprechen die beiden Unions-Führer unter vier Augen.

Später, nach dem Trauergottesdienst, bei einem Empfang der CSU im Antiquarium der Residenz, meiden sie ein öffentliches Beisammensein. Der Kanzler bleibt auf der Empore, lehnt sich an die Marmorbrüstung und trinkt einen Kaffee; Strauß verharrt, umgeben von seinen Kindern, in der Mitte des Saales und nimmt Kondolenzen entgegen. Er spricht über den Unfall, der ihm noch immer unerklärlich ist.

Einige Meter entfernt berät Edmund Stoiber die ihn treffenden Konsequenzen aus dem Unfalltod. Sein Umzug ins bayerische Sozialministerium als Nachfolger von Minister Pirkl, der ins Europaparlament gewählt wurde, war bereits ausgemachte Sache. Jetzt aber wird er in der Staatskanzlei bleiben. „Franz Josef Strauß muß dort seine gewohnte Umgebung behalten", begründet er diesen Entschluß.

Kein Zweifel: Er wäre gerne Minister geworden, er ist aber auch der Meinung, ein Minister könne Strauß in der Staatskanzlei besser noch als ein Staatssekretär entlasten und auf Konferenzen vertreten. Die Verfassung würde einen Sonderminister gestatten. Die CSU rechnet ohnehin mit baldigen größeren Personalveränderungen. Für sich hat man schon klargestellt: Strauß muß spätestens im nächsten Frühjahr als Außenminister und Vizekanzler nach Bonn. Wie das geschehen soll? „Das wird auch aus der CDU einen so starken Druck geben, daß dem der Kanzler nicht mehr widerstehen kann", meint ein hoher CSU-Politiker. Zu diesem Zeitpunkt hat Helmut Kohl die Residenz schon wieder in Richtung Bonn verlassen.

Mauroy beim Papst: Harte Unterredung

dpa, Vatikanstadt

Beim Treffen des Papstes mit dem französischen Premierminister Pierre Mauroy ist es allem Anschein nach nicht gelungen, den Streit zwischen der katholischen Kirche und der Regierung in Paris um die geplante Reform des Schulwesens abzumildern. Einzelheiten über die als hart beschriebene 35minütige Begegnung im Rahmen einer Privataudienz Mauroys im Vatikan wurden bis gestern nicht bekannt. Es hieß lediglich, Mauroy habe auch gegenüber Johannes Paul II. die Forderung der französischen Bischöfe nach „Neuverhandlungen" der *Reformpläne zurückgewiesen*. Der Papst habe den Standpunkt des französischen Episkopats voll übernommen, ließ das vatikanische Presseamt verlauten.

Die Erklärung des vatikanischen Pressesaals deutete auf schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten der Gesprächspartner hin. Normalerweise gibt es keinerlei Stellungnahmen zu Privataudienzen. In der Erklärung wurde auch bestätigt, daß eine Rede, in der das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche am vergangenen Donnerstag Freiheit und Gleichberechtigung für die katholischen Schulen verlangt hatte, auf Frankreich gemünzt war.

Medien-Klausur: Im Prinzip einig

AP, Stuttgart

Auf den Entwurf eines Konzepts zur Nutzung der Satellitentechnik haben sich die Ministerpräsidenten von sieben Bundesländern während einer Klausurtagung in Bonn geeinigt. Wie

der baden-württembergische Regierungschef Lothar Späth in Stuttgart mitteilte, soll dieses Konzept allen Ministerpräsidenten übermittelt und bis zum 24. Juli abgestimmt werden. Die Staatskanzlei in Stuttgart soll den Entwurf eines Staatsvertrages für die Regelung der anstehenden medienrechtlichen Fragen erarbeiten, der dann Gegenstand einer Sondersitzung der Konferenz der Ministerpräsidenten Ende September sein soll.

Wie Späth berichtete, hatten an der Bonner Tagung folgende Länder teilgenommen: Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz. Bei der mehr als elfstündigen Klausursitzung sei auch eine grundsätzliche Einigung über die Voraussetzungen für die bundesweite Einspeisung neuer Programme in Kabelnetze erzielt worden. Der Konzeptentwurf, auf den sich die Vertreter der sieben Bundesländer verständigten, formuliert nach Angaben Späths die Bedingungen, die Bestand und Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ebenso wie die Chancen neuer privater Programmveranstalter sichern sollen. Darüber hinaus enthalte das Konzept detaillierte Regeln für die gemeinsame Nutzung von Rundfunk- und Fernmeldesatelliten in der Bundesrepublik.

Teurer Streik der Bergarbeiter

dpa, London

Der jetzt vier Monate alte britische Bergarbeiterstreik hat das Land nach einer privaten Untersuchung bisher bereits 450 Millionen Pfund (1,7 Milliarden Mark) gekostet. Die Wachstumsrate der Wirtschaft dürfte danach bis zum Ende dieses Jahres auf Null sinken, wenn es nicht bald eine Einigung gibt. Die Börsenmakler-Firma James Capel and Co. in der Londoner City hat weiter errechnet, daß jeder der rund 120 000 streikenden Bergarbeiter bis zum Jahresende einen persönliuchen EInkommensverlust in Höhe von 4 250 Pfund (16 000 Mark) haben wird. Im gleichen Zeitraum wird Großbritannien danach einen Zahlungsbilanzverlust in Höhe von 1,6 Milliarden Pfund *(sechs Milliarden Mark) erleiden*, weil die Exporte zurückgehen und zusätzlich Öl, Kohle und Stahl importiert werden muß.

Die Bergarbeiter streiken gegen die *beabsichtigten* Zechenschließungen durch die staatliche Bergwerksgesellschaft NCB und für höhere Löhne

„Wer sich nur noch anpaßt, der wird auf Dauer unglaubwürdig"

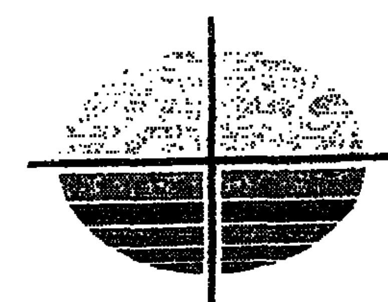
Aachens Bischof Hemmerle zu *Sinn und* Grenzen des 88. Deutschen Katholikentages

HENK OHNESORGE, Aachen

„Es ist immer so, daß Katholikentage probieren, nicht eine zeitlose Glau*bensverkündigung* zu sein, aber auch nicht eine Plakatsäule, auf der beliebige Meinungen gebündelt werden, die nur durch ein äußerliches Stichwort als 'christlich' oder 'katholisch' gekennzeichnet sind." Der Aachener Bischof Klaus Hemmerle hat vom Münchner Katholikentag klare Zielvorstellungen. Schließlich ist er der Geistliche Assistent des einladenden Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Ihm geht es darum, daß die Kräfte, die in der Kirche leben, sich äußern aus dem Geist des Glaubens in ihrer Weltverantwortung, daß man hier Antworten sucht, die nicht doktrinär sind. Konkret bedeutet dies aber auch, daß – und ein Blick auf das fast unübersehbare Programm zeigt dies deutlich – Fragen zur Sprache kommen, welche die Gläubigen und damit die Kirche beschäftigen und bewegen. Dabei spannt sich der Bogen von der Suche nach dem Weg zum Frieden über Arbeitslosigkeit und das Problem der Ausländer in unserer *Mitte* bis zur Stellung der Fa*milie* in unserer Gesellschaft. Der Katholikentag soll „ein Forum der öffentlichen Meinung" sein, in dem aus dem Kirchenvolk heraus zu den offenen Fragen der Zeit durchaus verschieden Stellung bezogen werden *kann*, „*aber immer so, daß die Grund*dimension des Glaubens klar zur Geltung kommt".

Dies läßt – und Bischof Hemmerle macht dies plastisch deutlich – Meinungsvielfalt in weiter Form zu, schließt aber Beliebigkeit aus. „Der Katholikentag ist nicht Sprachrohr des Amtes in der Kirche, er ist aber auch nicht die Summe von sich zu einem bestimmten Thema äußernden *Stimmen, sondern in der Grundstimme* des Glaubens wird das orchestriert, was es in der Vielfalt innerhalb der Kirche gibt."

Daß dieses Mal in München betont zur Sprache kommt, was große Teile des Kirchenvolks hinsichtlich der Gesetzgebung beschwert – vom Paragraphen 218 bis hin zur Hilfe für die Familie, wo die „Wende" nicht die erhofften Änderungen brachte –, er-



klärt Bischof Hemmerle auch mit der Tradition der Katholikentage: „In jener *Zeit im vergangenen* Jahrhundert, als die Stimme des kirchlichen Amtes in politischen und kulturellen Dingen begrenzt war, war es die freie Stimme der Laien und ihrer Verbände, die sich äußern konnte. Aus diesem Bedürfnis, daß hier ein Forum vorhanden ist, von dem die Laien sagen können: 'Wir äußern uns nicht als Amt, sondern als freie Bürger, die aus ihrer Überzeugung keinen Hehl machen, dazu laden wir die Bischöfe



Bischof Hemmerle

ein.' Aber nicht die Bischöfe, sondern die Laien sind die Träger des Katholikentages, der so entstanden ist."

Katholikentage haben, so glaubt der Bischof, „nicht die Funktion einer Jubel- und Applausveranstaltung", sondern sie haben auch immer die Chance einer kritischen Stellungnahme zu Entwicklungen. Und diesmal kann eine Grundströmung so beschrieben werden: Es geht um das Leben, eines der Grundgüter nicht nur unserer Rechtsordnung, sondern eines menschlichen Grundguts. Hemmerle dazu: „Wer mit seinem Leben nicht in Ordnung ist, indem er es entweder diesseitig vergötzt oder aber es als Wegwerfware auf die Müllhalde kippt wie eine Bierdose, der kann ja eigentlich nicht weiterleben ... Als verfaßte Gesellschaft ist dann auch die Frage zu stellen: Sind wir dem Leben treu, und machen wir auch eine Politik, die dem entspricht?"

Der gelebte Grundwertekonsens drohe ausgehöhlt zu werden, und es gelte, ihn zu beleben und zu verstärken. „Gerade hier haben die Christen, wenn sie hundertprozentig Christen sind, eine Aufgabe." Der Staat könne sich nicht als bloßer Notar des jeweiligen allgemeinen Bewußtseins verstehen. Gerade weil die Bundesrepublik Deutschland in ihrer Verfassung einen Grundwertekatalog habe, müsse sichergestellt werden, daß diese Werte unabhängig von momentanen „Schwingungen des Bewußtseins" garantiert seien. Dies sei eine wichtige Aufgabe für den Staat.

Unter Politikern, so meint Bischof Hemmerle, setze sich immer mehr die Ansicht durch: Wenn wir uns immer anpassen, so werden wir auf Dauer unglaubwürdig. Die Partei, welche die Mehrheit um jeden Preis wolle, *werde in ihrer Programmatik un*glaubwürdig: „Wenn aber große Parteien in ihrer Glaubwürdigkeit leiden, dann besteht die Gefahr des Wachsens radikaler Kräfte." Deswegen sei es außerordentlich wichtig, daß große Parteien sich auf ihre Grundlagen besinnen und daß sie diese Grundlagen auch gegen die Verlockerungen der Gefälligkeit durchtragen.

Die Teilnahme von Regierungsmitgliedern und Parlamentariern der Regierungspartei am Katholikentag – wo sie sicher auch Empfänger von Klagen sein werden, andererseits ihre Politik und die Gründe dafür erklären können – sieht Bischof *Hemmerle* als „absichtslos, aber willkommen". Hier bestehe die Möglichkeit, bei verschiedenen Positionen und Aufgaben Dinge und Handlungen zu begründen, darüber zu diskutieren: „Ich glaube, daß Gespräche auf dem Katholikentag eine unschätzbare Chance darstellen, die es sonst in der bloßen Formalisierung des politischen Lebens nicht gibt."

Kritische Worte an Genscher

Deutschlandpolitische Tagung der Union im Berliner Reichstagsgebäude

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin

„La question allemande est là." – Die deutsche Frage ist wieder da. Es war der Berliner Finanzsenator Gerhard Kunz, der diese Äußerung des französischen Schriftstellers und Philosophen André Glucksman auf einer deutschlandpolitischen Tagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung *in der CDU/CSU* im Berliner Reichstagsgebäude zitierte. Daß die ungelöste deutsche Frage nicht nur für das Ausland, sondern insbesondere für die Deutschen selbst ein schwieriges Problem ist, war auf der Tagung nicht zu überhören.

Der Würzburger Völkerrechtler Dieter Blumenwitz legte gleich zu Beginn des Kongresses den Finger in die Wunde des deutschen Selbstverständnisses, indem er auf den Auslegungsdissens des Warschauer Vertrages hinsichtlich der Grenzfrage hinwies, der bis weit in die Reihen der Bonner Koalitionsregierung hineinreicht. Blumenwitz zitierte in diesem Zusammenhang Äußerungen des Bundesaußenministers Hans-Dietrich Genscher zur Oder-Neiße-Grenze in einer Fragestunde des Bundestages. Die Erklärung Genschers, daß die Bundesrepublik gemäß den Bestimmungen des Warschauer Vertrages keine Gebietsansprüche an Polen stelle und auch in Zukunft nicht stellen werde, steht nach Auffassung von Blumenwitz im Widerspruch zur „Offenhaltungsklausel" des Art. 4 des Warschauer Vertrages.

Selbst Andrej Gromyko habe während der Verhandlungen über die Ostverträge 1970 eingeräumt, daß die Grenzen nicht endgültig festgelegt *seien. Die Sowjetunion* sei der Bundesrepublik entgegengekommen, indem sie auf den Begriff „Anerkennung" verzichtet habe. Dies sei, so Gromyko, ein sehr schweres Zugeständnis der Sowjetunion gewesen.

Weder im Warschauer Vertrag noch im Deutschlandvertrag sind nach den Worten von Blumenwitz die Grenzen eines zukünftigen wiedervereinigten Deutschland festgeschrieben worden. Die Grenzen Deutschlands im Jahre 1937 seien auch keine „Erfindung der Deutschen". Sie seien von den Besatzungsmächten als Grenzen eines Nachkriegs-Deutschland deklariert worden.

Der Würzburger Völkerrechtler warnte nachdrücklich vor einem leichtfertigen Umgang mit der Rechtsposition in der Deutschlandfrage. Blumenwitz wies dabei auf die Interdependenz von Recht und Macht hin. Ein gut geführtes Rechtsargument könne sich durchaus für den politisch Unterlegenen auszahlen. Solange die Bundesrepublik in der Deutschlandfrage nicht klar und deutlich auf die Rechtslage hinweise, habe sie keine Möglichkeiten, ihre Position durchzusetzen.

Sowohl Bundesminister Windelen als auch Senator Kunz wiesen auf fehlende Kenntnisse, ja weitgehende *Unkenntnis der Jugend über die Pro*blematik der deutschen Frage hin, obwohl festgestellt worden sei, daß in großen Teilen der Jugendlichen das Bedürfnis bestehe, sich mit der ungelösten Deutschlandfrage zu befassen.

In einem Abschlußreferat griff der Bundestagsabgeordnete Herbert Hupka das gleiche Thema auf. Wer Deutschland nicht mehr geographisch, historisch und kulturell begreife, für den sei auch der Auftrag aus dem Grundgesetz und der Tag der deutschen Einheit fremd, für den habe Deutschland längst aufgehört noch zu bestehen. Bis jetzt könne noch gesagt werden, daß die Deutschen am Fortbestand der Teilung keine Schuld trügen. Aber es wäre durchaus möglich, daß die Deutschen selbst schuldig würden, wenn der Wille zur Überwindung der Teilung erlahme und der moralisch-politische Anspruch auf ganz Deutschland in Freiheit verstumme.

„Unrealistische Politik der SPD"

Angriffe von US-Regierungsvertretern auf sicherheitspolitischer Konferenz in Bonn

PETER PHILIPPS, Bonn

Die kritische Distanz der amerikanischen Regierung zu den sicherheitspolitischen Vorstellungen der SPD ist unvermindert. Daran haben auch die Reisen des Parteivor*sitzenden Willy Brandt und des Op*positionsführers Hans-Jochen Vogel in die USA nichts ändern können. Der Verdacht des „Abrückens vom Bündnis", virulent seit der Nachrüstungs-Diskussion und dem SPD-„Raketen"-Parteitag im vergangenen Herbst, sitzt tief und ist jetzt auf einer europäisch-amerikanischen Sicherheitskonferenz der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn von den US-Unterstaatssekretären Richard Burt und Richard Perle erneut vorgebracht worden.

Sowohl die Haltung der Sozialdemokraten als auch die niederländische Verzögerung der im Bündnis vereinbarten Nachrüstung liefern nach Ansicht Burts den Sowjets willkommene Propaganda-Munition. Er plädierte dafür, eine klare und einheitliche Haltung des Westens weiter zu verfolgen, denn bisher gebe es keine klaren Erkenntnisse über die Gründe für die starre sowjetische Haltung in Abrüstungs- und Sicher*heitsfragen. Es gebe trotz des gegen*teiligen öffentlichen Eindrucks verschiedene regelmäßige Kontakte zwischen Washington und Moskau, zu der auch eine häufige Korrespondenz zwischen Präsident Ronald Reagan und KP-Chef Konstantin Tschernenko gehöre. Regelmäßige Gipfelkonferenzen würden die Problemlösungen auch nicht erleichtern.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Horst Ehmke, wies – wie bereits am Vortag der Parteivorsitzende Willy Brandt – den amerikanischen Verdacht wankelmütiger Bündnistreue gegenüber der SPD zurück. Von den Sozialdemokraten wurde auch von einem Mißverständnis in Washington gesprochen, das allein in der falschen Übersetzung der deutschen SPD-Beschlüsse begründet liege. Sowohl Perl als auch Burt wurden deshalb „autorisierte" Übersetzungen auf den Heimflug mitgegeben.

Daß es dennoch natürlich grundsätzliche Auffassungsunterschiede gibt, wurde in Ehmkes replik deutlich: Präsident Reagans Gesellschaftsphiliosophie habe bei der Übertragung auf die Außenpolitik „verheerende Wirkungen" erzielt. Der außenpolitische Sprecher der Fraktion erneuerte vor dem Forum die Forderung der SPD nach einer *Debatte über eine neue, auch von der* Bevölkerung wieder getragenen Strategie der NATO. Solange Atomwaffen bereits 48 Stunden nach dem gegnerischen, konventionellen Angriff eingesetzt werden müßten, könne wohl nicht mehr von einer flexible response gesprochen werden. Im übrigen habe sich das europäische Bewußtsein auch in Hinblick auf die tatsächliche Bedrohung der eigenen Sicherheit gewandelt: Nicht mehr die Sowjets, sondern „Reagans Rhetorik" würde als die größere Gefahr betrachtet.

Am Vortag hatte Richard Perle, Unterstaatssekretär im US-Verteidigungsministerium, den Sozialdemokraten ihre „unrealistischen" sicherheitspolitischen Parteitagsbeschlüsse in harrschen Worten vorgeworfen. Sie hätten die Fundamente des westlichen Bündnisses in Frage gestellt.

Parteichef Brandt hatte dies zurückgewiesen und das Recht der SPD betont, sich in der Strategie-Diskussion der Allianz ihre eigenen Gedanken zu machen. Er griff Perles vermittelnde Worte auf, daß man auch in Washington durchaus zwischen Parteitagsbeschlüssen und Regierungshandeln zu unterscheiden wisse, und verwies darauf, daß die SPD während ihrer Regierungszeit der *Verantwortung* gegenüber der NATO stärker als viele andere nachgekommen sei.

„Die Union muß 1987 die Mehrheit allein erringen"

WELT-Interview mit CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel

DW. Bonn

Die „FDP ist ein willkommener Koalitionspartner", sagte der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, in einem WELT-Interview. Um aber jedes Risiko hinsichtlich einer rot-grünen Koalition 1987 auszuschalten, müßten CDU und CSU bei der nächsten Bundestagswahl „stärker sein als SPD und Grüne". Mit Waigel sprach Manfred Schell.

WELT: Die Koalition hat in den vergangenen Wochen nicht nur gute Schlagzeilen produziert. Hat sie sich jetzt zu Beginn der Sommerpause wieder gefangen?

Waigel: Wir brauchen uns nicht zu verstecken, denn wir haben in drei entscheidenden Punkten den Durchbruch geschafft. *Die Steuerreform*, die unter maßgeblicher Mitwirkung der CSU zustande gekommen ist, ist ein großer Wurf. Die darin enthaltene Hilfe für die Familien mit Kindern entspricht unserem grundsätzlichen Anliegen. Es ist doch eine große Leistung, daß diese Milliarden-Steuerentlastung ohne Steuererhöhungen finanziert wird. Das zweite Feld, auf dem wir Erfolg erzielt haben, ist das Ehescheidungsfolgerecht. Hier wird es in Zukunft mehr Gerechtigkeit geben. Das war kein einfacher, aber doch ein positiver Kompromiß zwischen CDU/CSU und FDP. Und drittens ist es gelungen, auf dem letzten *EG-Gipfel* wieder europäische Perspektiven aufzubauen. Europa bleibt weiter zusammen. Außerdem haben wir mit speziellen Hilfen unser Versprechen gegenüber den Bauern eingelöst. Das alles sind doch Erfolge, die sich sehen lassen können.

WELT: Es hat auch im personellen Bereich Bewegungen gegeben. Ein neuer Bundeswirtschaftsminister hat sein Amt angetreten. Die aktuelle Frage, ob Franz Josef Strauß nun nach Bonn kommt oder nicht, ist bisher unbeantwortet?

Waigel: Ich bitt um Verständnis, wenn ich in der gegenwärtigen Situation angesichts des furchtbaren Leids, das in die Familie des Ministerpräsidenten eingekehrt ist, dazu nichts sagen möchte. Wir müssen hier Rücksicht nehmen auf die momentane Situation. Ich bin überzeugt, daß der Bundeskanzler, die CDU und die FDP Rücksicht nehmen. Ich bin aber auch sicher, daß der Kanzler und die Koalitionsparteien bei künftigen Überlegungen den Lebensweg und die politische Leistung von Franz Josef Strauß respektieren und seinen persönlichen Willen in die Entscheidung einbeziehen.

WELT: Herr Waigel, wie definieren Sie den grundsätzlichen Anspruch der CSU, an dem politischen Entscheidungsprozeß in Bonn mitzuwirken?

Waigel: Ich halte es für entscheidend, insbesondere für den Wahltermin 1987, daß zwischen CDU und CSU eine optimale Zusammenarbeit, ein Schulterschluß stattfindet. Nur dann kann unser Ziel gelingen, die nächste Bundestagswahl erfolgreich zu bestehen. In aller Deutlichkeit sage ich: CDU und CSU müssen zusammen mehr Stimmen erhalten als SPD und Grüne. Daraus resultiert der Anspruch, daß es das Recht einer Koalitionspartei ist, den Vorsitzenden die Mitwirkungsmöglichkeiten auf der Ebene zu geben, die die Partei und der Vorsitzende selbst für richtig halten. Wenn die FDP nun für ihren möglicherweise neuen Vorsitzenden das Recht beansprucht, daß er *dem* Kabinett angehören muß, dann wird dies von der CSU akzeptiert. Aber dieses Recht ist natürlich auch für die CSU selbstverständlich und billig. *Helmut Kohl hat 1982 und 1983* Franz Josef Strauß gefragt, ob er in die Bundesregierung eintritt. Aus respaktablen Gründen hat damals Strauß eine andere Entscheidung getroffen. Aber der grundsätzliche Anspruch der CSU bleibt bestehen.

WELT: Sie sagen, CDU und CSU müssen 1987 eine Mehrheit erringen. Ist das auch eine Kampfansage an die FDP?

Waigel: Nein, keinesfalls. Ich habe hier bewußt nichts zur FDP gesagt. Die FDP muß letztlich diese Frage selbst beantworten. Die FDP muß sich über Identität, Personen, Programm und Perspektiven selber im klaren sein. Sie muß aus eigener Kraft, durch eine erfolgreiche Mitarbeit in der Kaolition, versuchen, das *Wählerpotential* anzusprechen, das *für den Sprung über die Fünf-Pro*zent-Hürde notwendig ist. Wenn es der FDP gelingt, dieses Ziel trotz der gegenwärtigen Schwierigkeiten zu erreichen, dann ist sie ein willkommener Koalitionspartner. Nur: Um ein rot-grünes Chaos auf jeden Fall zu verhindern, müssen CDU und CSU stärker sein als SPD und Grüne.

WELT: Die FDP ist also ein willkommener Partner. Heißt das, es gibt zumindest bis 1987 keine Alternative zu dieser Kaolition?

Waigel: Das ist richtig. Aber auch die FDP hat bis 1987 und danach keine Alternative zur Koalition mit der Union. Ich kann mir nur wünschen, daß auch in der FDP gewisse Berührungsängste gegenüber der *CSU* abgebaut werden.

Theo Waigel
FOTO: JUPP DARCHINGER

WELT: Es gibt ja dazu positive Ansätze des neuen Bundeswirtschaftsministers ...

Waigel: Wir haben diese Bemerkungen und ähnliche Aussagen des FDP-Generalsekretärs registriert. Bangemann hat es ja durchaus verstanden, im Europäischen Parlament ein verläßlicher Partner für die CDU und die CSU zu sein.

WELT: Sie sind am Erfolg der FDP interessiert. Welche Ratschläge können sie zur „Re-Vitalisierung" dieser Partei geben?

Waigel: Dafür werde ich an sich nicht bezahlt. Ich verstehe mich auch nicht als Berater der FDP. Ratschläge könnten leicht als schlechter Stil ausgelegt werden. Die FDP muß ihr neues Profil finden, das sie nach 1982 nicht ganz gefunden hat. Dieses Profil kann nicht in alten sozialliberalen Erwägungen bestehen.

WELT: Herr Waigel, die CSU-Landesgruppe geht in Klausur. *Ist mit* Überraschungen zu rechnen?

Waigel: Die CSU ist immer für positive und fruchtbare Überraschungen gut. Wir wollen eine Generaldebatte führen, die Probleme unserer Zeit erörtern, ein bißchen weg von der Tageshektik. Wir wollen uns überlegen, wie wir unsere Erfolge besser unter die Menschen bringen können und uns Gedanken machen über das Restprogramm in dieser Legislaturperiode. Der Umweltschutz wird dabei eine wichtige Rolle einnehmen.

Apel hält sich eine Große Koalition offen

Aber klare Absage an Bündnis mit den „Alternativen"

hrk. Berlin

Unter der Führung von Hans Apel gewinnen bei Berlins Sozialdemokraten die Überlegungen *immer mehr* an Bedeutung, wie sich die stabilisierte SPD nach den Wahlen am 10. März 1985 verhalten soll. Angesichts der mäßigen FDP-Aussichten, abermals über die Fünf-Prozent-Hürde zu gelangen, wird halblaut über eine Große Koalition oder einen nach Absprachen „geduldeten" CDU-Senat nachgedacht. Auf dem SPD-Parteitag am Wochenende wandte sich Apel zwar gegen ein Bündnis mit „reaktionären Wendepolitikern", legte sich jedoch in Richtung CDU keineswegs endgültig fest.

Dagegen hatte das „Nein" des SPD-Spitzenkandidaten gegenüber den „Alternativen" seit Wochen an Deutlichkeit und Klarheit nichts zu wünschen übrig gelassen. Beim Offenhalten der Frage, was nach dem *10. März 1985* in Berlin geschieht, wenn die FDP ihr Ziel verfehlt und CDU oder SPD stärkste Fraktion werden, aber keinen Mehrheitspartner besitzen, erzielte Apel Punkte: Zwei Anträge *aus linken Kreisen*, eine Große Koalition schon heute gänzlich auszuschließen, fanden keine Mehrheit. Nachdem Apel in einer wohlabgewogenen, streng marktwirtschaftlich und strukturpolitisch ausgerichteten Rede den „politischen Machtwechsel" in Berlin zugunsten der sozial Schwächeren und Benachteiligten gefordert hatte, faßte er seine Bündnis-Position noch einmal zusammen:

„Was ich zur CDU gesagt habe, ist keine Floskel und kein Feuilleton. Das ist mein fester politischer Wille." Dies gelte ebenso für seine Absage an die Alternativen. „Ich bleibe bei meinen Aussagen, auch nach dem 10. März. Ich bin kein Clown." Aber: „Eine demokratische Partei entscheidet nach den Wahlen, wie sie sich politisch orientiert", fügte Apel hinzu. Er *rief die SPD* auf, erst nach dem 10. März darüber zu streiten, „wie es weiter geht".

In der Sache erstritt Apel gegen eine starke Minderheit zwei wesentliche Erfolge: In einer Kampfabstimmung folgte ihm die Mehrheit bei der Ablehnung eines Antrags, Ausländern das kommunale Wahlrecht einzuräumen. Apel widersprach auch *mit Erfolg* allen Forderungen nach einer erneuten Änderung des Berlin-Förderungsgesetzes.

Jäger betonen Rolle als Naturschützer

AP, Bonn

Die Betätigung der Jäger auch als Naturschützer *hat der Deutsche* Jagdschutz-Verband hervorgehoben. Er nahm damit zu einer vor kuzem verkündeten Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts in Münster Stellung, die sich mit einem Antrag des nordrhein-westfälischen Landesjagdverbandes auf Anerkennung nach dem Bundesnaturschutzgesetz zu befassen hatte. Im Deutschen *Jagdschutz-Verband sind nach eigenen* Angaben 231 000 der rund 260 000 Jäger in der Bundesrepublik Deutschland organisiert.

In der Stellungnahme des Verbandes *mit Sitz* in Bonn hieß es: „Das OVG Münster hat das Begehren des Landesjagdverbandes Nordrhein-Westfalen e.V., als Verband gemäß Paragraph 29 des Bundesnaturschutzgesetzes anerkannt zu werden, zwar zurückgewiesen, doch damit keineswegs ausgeschlossen, daß die gewünschte Anerkennung des Landesjagdverbandes auf der Grundlage einer geänderten Satzung des Verbandes *erfolgen* kann. Die Entscheidung, die sich in erster Linie auf formaljuristische Überlegungen stützt, hat im übrigen nicht in Frage gestellt, daß die Hegearbeit der Jäger und ihre Bemühungen zur Erhaltung der freilebenden Tierwelt *und die* Wildlebensräume im besten Sinne angewandter Naturschutz sind und die nordrhein-westfälischen Jäger von daher ebenso wie die Jäger im übrigen Bundesgebiet auch als Naturschützer anzusehen sind."

Emmissär Prags in den Vatikan

KNA, Prag

In der kommenden Woche wird der Leiter des Staatlichen Kirchenamtes *in der* Tschechoslowakei, Vladimir Janku, nach Rom reisen. Wie aus Prager Kirchenkreisen dazu verlautet, hofft man dort auf ein neues Gespräch mit vatikanischen Stellen über die Ernennung von drei Bischöfen für die Tschechoslowakei, darunter ein Weihbischof für die Erzdiözese Prag. Dem Vernehmen nach will Janku aber vor allem über die Rücknahme des vatikanischen Verbots der regimetreuen Priesterorganisation „Pacem in terris" verhandeln. Durch das vatikanische Verbot vom 8. März 1982 ist die Mitgliederzahl der Organisation drastisch zurückgegangen, wodurch die Kontrollmöglichkeiten des Klerus für den Staat erheblich eingeschränkt worden sind. Bisherige Kontakte zwischen der Prager Führung und dem Vatikan waren an der festen Haltung der Kurie gescheitert, dem tschechoslowakischen Druck nicht nachzugeben.

Entscheidung über Hubschrauber

dpa, Stockholm

Die schwedische Armee wird in dieser Woche entrscheiden, ob sie deutsche oder französische Panzerabwehrhubschrauber bestellt. Zur Auswahl stehen der „BO 105" von Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) und der Typ „Ecureuil" („Eichhörnchen") von Aero Spatiale, bestätigte Direktor Sven-Olof Hökborg vom Rüstungsmaterialamt gestern in Stockholm. Er wies damit Zeitungsberichte zurück, nach denen *die Anschaffung vorerst* aufgeschoben worden sei, weil MBB in den Besitz des französischen Preisangebots gekommen sei und daraufhin ein günstigeres Angebot vorgelegt habe. Die sozialdemokratische schwedische Regierung hatte in der vergangenen Woche 250 Millionen Kronen (rund 83 Millionen Mark) für die Anschaffung von 20 Hubschraubern bereitgestellt. Sie sollen in *der nordschwedischen Garnison Boden* nahe der finnischen Grenze stationiert werden.

Peking mahnt die Parteimitglieder

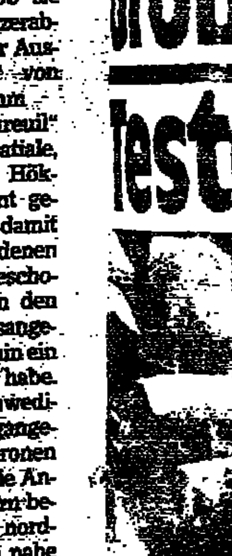
AP, Peking

Die Kommunistische Partei Chinas *beging den 63. Jahrestag* ihrer Gründung. Das Zentralorgan „Renmin Ribao" nutzte die Gelegenheit, die Mitglieder aufzufordern, sich von der Kulturrevolution der Jahre 1966-76 zu distanzieren und sich der Tatsache bewußt zu sein, daß die Machtposition der Partei „noch sehr jung" sei.

DIE WELT

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden (Berlin); Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp (Bonn, verantwortlich für den Inhalt). Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1. Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Bonn sagt Nein zu Tiranas Forderungen

BERNT CONRAD, Bonn

Albanien, das sich seit 1981 um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland bemüht, hat diesen Wunsch kürzlich durch einen Emissär in Bonn bekräftigen lassen. Er fand bei der Bundesregierung aber wenig Anklang, weil die Regierung in Tirana unverändert auf finanziellen Forderungen besteht, die auf Reparationszahlungen hinauslaufen, die nach dem Londoner Schuldenabkommen von 1953 ausgeschlossen sind.

Als Parteichef Enver Hodscha der Bundesrepublik Deutschland vor drei Jahren zum ersten Mal Avancen machte, war seine Interessenlage klar: Er wollte die Selbstisolierung seines mit Moskau verfeindeten Staates abbauen und wirtschaftlich profitieren. Allerdings beging Hodscha den Fehler, bei dieser Gelegenheit Reparationen in Milliardenhöhe für Schäden zu verlangen, die die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg in Albanien angerichtet haben soll. Damit stieß er auf Granit.

Zwar war und ist die Bundesregierung an diplomatischen Beziehungen zu Albanien interessiert. Doch einen politischen Preis dafür zu zahlen, erscheint allen Parteien abwegig. „Wir können auch ohne Beziehungen zu Albanien leben", meinte schon 1981 ein Bonner Diplomat lakonisch.

Doch selbst wenn die Bundesregierung wollte, wäre es ihr juristisch untersagt, sich auf Reparationsverhandlungen einzulassen. Denn im Londoner Schuldenabkommen ist eine allgemeine Regelung der Reparationen bis zu einem Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland aufgeschoben worden. Das bedeutet: Vor Lösung der deutschen Frage darf die Bundesrepublik mit keinem Staat irgendwelche Reparationszahlungen vereinbaren.

Das hat Bonn den Albanern bereits vor drei Jahren klargemacht. Aber in Tirana wollte man den Tatbestand nicht einsehen. Andererseits ließ das Interesse der Balkan-Kommunisten, die nach moderner Technologie streben, nicht nach. Sie nahmen Kontakt zur Industrie und zu Handelskammern in der Bundesrepublik auf und entsandten schließlich auch einen Gewährsmann nach Bonn. Dieser sprach zwar nicht mehr von Reparationen, hinterließ aber den klaren Eindruck, daß Tirana weiterhin Geld will.

Gerlach verläßt ZDF. Rückkehr eingeplant?

Hintergrund: Der Parteienproporz in Mainz

JOACHIM NEANDER, Mainz

Einer der einflußreichsten deutschen Fernsehleute, der stellvertretende ZDF-Programmdirektor Peter Gerlach, hat am vergangenen Wochenende überraschend gekündigt. Er wird vom 30. April 1985 an vermutlich von Berlin aus nur noch als freier Fernsehproduzent tätig sein, überwiegend allerdings weiter für das ZDF.

Die Überraschung über Gerlachs Entschluß ist deswegen so groß, weil er – der bei weitem am meisten umworbene Mann des öffentlich-rechtlichen Fernsehens – alle lukrativen Angebote von privaten Veranstaltern abgelehnt hatte. Noch am Donnerstag hatte es ein langes Gespräch zwischen Gerlach und dem ZDF-Intendanten Professor Dieter Stolte gegeben. Aber auch Stolte, der gleich darauf nach Stockholm abflog und erst heute zurückkehren wird, gelang es nicht, seinen wertvollsten Mitarbeiter im Bereich der TV-Unterhaltung zum Bleiben zu bewegen.

Den Hintergrund bildet auch hier die Politik. Gerlach ist SPD-Mitglied. Intendant Stolte hätte ihn am liebsten zum Programmdirektor gemacht. Aber der seit Jahren beim ZDF geltende Parteienproporz spricht der Union den Posten des Intendanten, des Programmdirektors und Technischen Direktors, der SPD den Chefredakteur und den Verwaltungsdirektor zu. Um Gerlach, wie gewünscht, zum Programmdirektor zu machen, hätte die SPD in einen Platztausch zwischen der Programmdirektion und der für den gesamten aktuellen und politischen Bereich zuständigen Chefredaktion einwilligen müssen. Dies kam nicht zustande.

So wurde der von der Union benannte Alois Schardt zum Programmdirektor gewählt. Gerlach wurde, mit großen Vollmachten und finanziell ebensogut ausgestattet, sein Stellvertreter.

Obwohl der Intendant seinem Freunde Gerlach bei einer Neugliederung vor allem des Bereichs der TV-Unterhaltung sehr weitgehende eigene Zugeständnisse und ganz spezielle Aufgabengebiete einräumte, war dieser auf die Dauer damit nicht zufrieden. Ein letzter Versuch Stoltes, für Gerlach wenigstens den Titel Direktor zu erreichen, ohne gleich eine eigene Direktion (etwa für den Bereich der Produktion) für ihn zu etablieren, scheiterte an internen Widerständen im Hause.

Insider verweisen darauf, daß Gerlach eines Tages als Direktor zum ZDF zurückkehren könnte.

Dohnanyi tritt für „Konzertierte Aktion" ein

DW. Bonn

Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) hat an den neuen Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) appelliert, die „Konzertierte Aktion" mit Gewerkschaften und Arbeitgebern wiederzubeleben. In einem Interview des Süddeutschen Rundfunks sagte Dohnanyi am Sonntag, Voraussetzung für die Wiederaufnahme der regelmäßigen Gespräche zwischen den Vertretern der Tarifpartner und des Staates sei es, daß die Bundesregierung ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften in Ordnung bringe. Der Bundeswirtschaftsminister dürfe nicht schon im Vorfeld Positionen beziehen, die die Gewerkschaften mißtrauisch machen müßten. Von Bangemann war bereits in der vergangenen Woche der Gedanke der Wiederbelebung der Konzertierten Aktion ins Gespräch gebracht worden.

Der SPD-Politiker Dohnanyi, der zu Beginn der Konzertierten Aktion unter Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller Staatssekretär war, nahm zu der Forderung Bangemanns Stellung, daß künftig vor Beginn von Arbeitskampfmaßnahmen nicht nur die organisierten, sondern auch die nichtorganisierten Arbeitnehmer befragt werden müßten.

Leber-Modell auch in Hessen übernommen

Bonn: Metall-Arbeitskampf kostete fünf Milliarden

DW. Bonn

Als „Ausstieg aus der generellen Arbeitszeitverkürzung" hat Gesamtmetall-Präsident Wolfram Thiele den Kompromiß im Metall-Tarifkonflikt bewertet. Die Arbeitgeber hätten damit mehr Flexibiliät in der Arbeitszeitgestaltung erreicht, außerdem werde durch die zweijährige Laufzeit der Lohnvereinbarungen „die Kostensicherheit der Betriebe langfristig" sichergestellt.

In der „WELT am Sonntag" fügte Thiele hinzu: „Wenn wir in zwei Jahren wieder verhandeln, werden auch die Gewerkschaftsmitglieder gemerkt haben, daß der Weg in die generelle Verkürzung der Arbeitszeit falsch war und nicht mehr beschritten werden kann".

Die Einigung der Tarifparteien in der hessischen Metallindustrie hat den Weg für ein baldiges Ende des rund sechswöchigen Streiks auch in Hessen freigemacht. Nach dreitägiger Verhandlungsdauer hatten sich Arbeitgeber und IG Metall in der Nacht zum Sonntag auf die Einführung der 38,5-Stunden-Woche und eine Flexibilisierung der Arbeitszeit auf der Grundlage des Schlichungsvorschlags von Georg Leber für Nordwürttemberg / Nordbaden geeinigt.

Mit einer weitgehenden Absage an Wochenendarbeit geht die hessische Vereinbarung nach Angaben der Gewerkschaft in dieser Frage über die Enigung in der südwestdeutschen Metallindustrie hinaus. Außerdem wurden Regelungen über Lohn- und Gehaltsanhebungen, den Vorruhestand für ältere Arbeitnehmer und die Bezahlung von Überstunden getroffen.

Weiter einigten sich die Tarifpartner auf eine Erhöhung der Löhne und Gehälter vom 1. Juli 1984 an um 3,3 Prozent und vom 1. April 1985 an um weitere zwei Prozent. Für die zurückliegenden drei Monate wurde eine einmalige Ausgleichszahlung von 250 Mark vereinbart. Der Arbeitskampf in der Metallindustrie hat nach Erkenntnissen der Bundesregierung in der Wirtschaft zu Produktionsausfällen von fünf Milliarden Mark geführt. Der Parlamentarische Staatssekretär im Arbeitsministerium, Wolfgang Vogt (CDU), sagte in Olpe, bei Staat und Sozialversicherung hätten Streik und Aussperrung außerdem Ausfälle an Steuern und Sozialbeiträgen in Höhe von zwei Milliarden Mark bewirkt.

Grüne: Öffentliche Verhandlungen über Bündnisse

Nea. Mainz

Die rheinland-pfälzischen Grünen wollen Bündnisse mit den Sozialdemokraten auf kommunaler Ebene nur dann schließen, wenn sämtliche Verhandlungen zuvor öffentlich geführt werden. Diesen Beschluß faßte in Koblenz die Landesdelegiertenversammlung. Nach der Kommunalwahl am 17. Juni stehen solche Bündnisse an vielen Orten, beispoielsweise in der Landeshauptstadt Mainz, zur Diskussion.

In Oppenheim am Rhein sollen bereits in der vergangenen Woche öffentliche Koalitionsverhandlungen begonnen haben. Hier wurden auch zwei erneut ins Stadtparlament eingezogene Abgeordnete der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) miteinbezogen. Unter dem Eindruck öffentlicher und parteiinterner Proteste sagten die Oppenheimer Sozialdemokraten diese Verhandlungen mit den Kommunisten jedoch kurzfristig ab. Eine Mitgliederversammlung soll morgen über das weitere Vorgehen entscheiden.

Dänemark: Geringe Rüstungssteigerung

rtr, Kopenhagen

Dänemark will die Ausgaben für seine Verteidigung in den kommenden drei Jahren nur minimal anheben. Die von einer Mitte-Rechts-Koalition getragene Minderheitsregierung erklärte, sie habe dies mit den oppositionellen Sozialdemokraten vereinbart. Der jährliche Verteidigungsetat solle von zur Zeit 11,4 Milliarden Kronen (rund drei Milliarden Mark) auf knapp 11,5 Milliarden Kronen steigen. Ein weiterer Zuwachs ist nur als Ausgleich der Inflation vorgesehen. Demgegenüber dringt die NATO auf mindestens dreiprozentige Erhöhungen zusätzlich zum Inflationsausgleich.

Ministerpräsident Poul Schlüter begründete die minimale Anhebung mit dem Verhalten der Sozialdemokraten, die höhere Rüstungsaufwendungen abgelehnt hätten. Auch bei dem Wunsch, die Vereinbarung wie üblich für einen Fünf-Jahres-Zeitraum zu treffen, habe die Regierung nicht durchsetzen können.

Jahrzehnte in Castros Kerkern: „Es war die Hölle auf Erden"

Die 26 freigelassenen Häftlinge berichten / „Hier wird der Mensch zum Tier erniedrigt" / Hinrichtungen zwischen 23 und 2 Uhr

WERNER THOMAS, Miami

Sie sahen bleich aus und hager, die eingefallenen Augen wirkten gläsrig, die Hände zitterten. Leicht kamen die Tränen. 26 Männer, die vorzeitig gealtert sind. „Wir haben die Hölle auf Erden erlebt", berichtete Juan Gonzales Ruiz (44). Er saß 21 Jahre in kubanischen Gefängnissen.

Die Befreiung der politischen Häftlinge Ende letzter Woche, ein Wahlgeschenk für den schwarzen amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Jesse Jackson, erinnerte die Welt an das düsterste Kapitel der Castro-Revolution: das gnadenlose Justizsystem und die brutalen Haftbedingungen. „In diesen Kerkern wird der Mensch zum Tier erniedrigt", sagte Gerardo Martinez Perez (58). Er schmachtete 20 Jahre lang. Alle entlassenen Gefangenen verbrachten wenigstens 20 Jahre hinter Gittern. Sie verbüßten Strafen wegen „konterrevolutionärer Aktivitäten". Dies wurde dem früheren UN-Botschafter Andres Vargas Gomez (69), ein Enkel des Freiheitshelden Maximo Gomez, der mit der Waffe gegen das Castro-Regime kämpfte, ebenso angelastet wie Humberto Noble Alexander (50), einem Adventistenprediger, der lediglich aufgrund seiner religiösen Überzeugung seiner Freiheit beraubt wurde, seit 1962.

Noble hielt heimliche Predigten in Combinado del Este, der größten Strafanstalt Kubas. Er schrieb Gebete auf Zigarettenschachteln, die er zirkulieren ließ. Er ließ sich öfters eine Bibel in die Zelle schmuggeln, die ihm immer abgenommen wurde.

Sie galten als „Platados", als unverbesserliche Häftlinge. Alle hatten sich gegen eine politische Indoktrinierung gewehrt. Sie mußten deshalb auch nach Verbüßung ihrer Strafe – meist 20 Jahre – weiter im Gefängnis bleiben. Die „Platados" schlüpften nicht in die häßlichen grauen Sträflingsanzüge, weil sie sich nicht mit den Gewohnheitsverbrechern identifizieren wollten. Da die Gefängnisbehörde keine zivile Kleidung zur Verfügung stellte, trugen sie lediglich Unterwäsche, oft aus Bett-Tüchern gefertigt. Zwei Jahrzehnte in Unterwäsche. Juan Gonzalez Ruiz erzählte von dunklen Zellen, von Toiletten, die aus einem Loch in der Erde bestanden und „schrecklich stanken", von Gefangenen, die auf dem nackten Betonboden schliefen. Politische Häftlinge durften weder Zeitung lesen noch fernsehen. „Unser Informationsstand gleicht dem eines achtjährigen Kindes", sagte Gonzalez. Als die Kubaner die Nacht zum Samstag in einem Washingtoner Hotel einquartiert waren, wußten viele nicht, wie die TV-Geräte ihrer Zimmer bedient werden. „Ich bin total unselbständig", gestand Rene Ramos Gonzalez, 46, einer der jüngeren Kubaner, der seit seinem 16. Lebensjahr nur die Gefängnisatmosphäre kennt.

Gonzalez Ruiz wird nie vergessen, wie er geschlagen wurde, wenn er vor den Wärtern nicht salutierte. „Morgens und abends gab es Schläge." Die nächtlichen Hinrichtungen verfolgen ihn „wie ein Alptraum". Zwischen 23 Uhr und 2 Uhr morgens seien die Todeskandidaten zu einer Mauer gebracht worden, manche auf Krücken. „Wir hörten sie, wie sie 'Lange lebe das freie Kuba' riefen, und dann peitschten die Schüsse."

Amnesty International schätzt die Zahl der aus politischen Gründen inhaftierten Kubaner auf 3000 bis 5000. Frank Calzon, der geschäftsführende Direktor der „kubanisch-amerikanischen Nationalstiftung" in Washington, nennt höhere Zahlen: 5000 bis 10 000. Gemessen an der Bevölkerung (10 Millionen Menschen) hat Kuba die meisten politischen Häftlinge Lateinamerikas.

Bevor Jackson das Combinado-del-Este-Gefängnis besuchte, wurde die Anstalt frisch getüncht und gereinigt. Am Tag des Besuches erhielten einige Häftlinge Baseball-Kleidung, um stundenlang den amerikanischen Nationalsport zu praktizieren, bis der Gast wieder verschwunden war. Dann riefen die Wärter: „Genug, das reicht." (SAD)

Ogarkow redet realistischeren Einschätzung der Lage das Wort

Moskaus Generalstabschef macht auf die Rolle der Zukunftstechnologien aufmerksam

CARL-GUSTAF STRÖHM, Wien

Das Angebot der Sowjetregierung, mit der Regierung Reagan über das Verbot von kosmischen Waffen und über eine Entmilitarisierung des Weltraums zu verhandeln, hat möglicherweise über die reine Propaganda hinausgehende Gründe, die mit den unklaren Machtverhältnissen im Kreml zu tun haben. In der sowjetischen Führung gibt es seit einiger Zeit gewisse Stimmen und Tendenzen, die sich nicht länger der Erkenntnis verschließen, wonach Moskaus Politik sowohl in der Nachrüstungsfrage als auch gegenüber Reagan gescheitert ist.

Bereits mehrere Tage vor dem Moskauer Angebot hat in diesem Zusammenhang ein Interview des sowjetischen Generalstabschef, Marschall Nikolaj Ogarkow, das er der Moskauer Armeezeitung „Roter Stern" gewährte, großes Aufsehen erregt. Ogarkow übte hier – natürlich verdeckt von den üblichen bombastischen Redensarten über einen „unaufhaltsamen Siegeszug des Sozialismus über die ganze Welt" – scharfe Kritik an der bisherigen sowjetischen Rüstungspolitik und bezeichnete eine Fortsetzung des Raketenwettlaufs der beiden Supermächte als sinnlos. Denn: Sowohl die UdSSR als auch die USA hätten beide genügend Kernwaffen, „um alle wichtigen Ziele auf feindlichem Territorium viele Male und in kurzer Zeit zu zerstören". Für jede der beiden Supermächte sei es, so Ogarkow, „unmöglich", die Waffensysteme des Gegners durch einen einzigen Schlag zu vernichten. Der Verteidiger würde nämlich auch nach einem solchen gegnerischen Angriff genug Waffen behalten, um dem Angreifer „unakzeptablen Schaden" zuzufügen.

Der sowjetische Marschall – einer der ranghöchsten und einflußreichsten Militärs im Kreml – weist ferner darauf hin, daß auch die konventionelle Kriegführung durch die technologische Entwicklung eine „Revolution" durchmache. Er erwähnt unbemannte Langstreckenflugkörper mit konventionellen Sprengköpfen, die in ihrer Wirksamkeit nicht viel hinter Kernwaffen zurückbleiben. Ogarkow erwartet sogar die Entwicklung von konventionellen Waffen mit noch größerer Zerstörungskraft, die, „auf neuen physikalischen Prinzipien" aufgebaut, alle bisherigen Formen des bewaffneten Kampfes und militärischer Macht von Staaten grundlegend verändern werden.

Marschall Ogarkow bezeichnet es dann als einen „schweren Fehler", diese neuen Realitäten nicht erkennen zu wollen, wobei er ein Wort des sowjetischen Parteichefs Tschernenko zitiert: Die sowjetischen Militärs müßten „Konservatismus und Unbeweglichkeit" bekämpfen und überwinden. Die Formulierung „schwerer Fehler" läßt sich als Kritik an jenen Kreisen der sowjetischen politischen und militärischen Führung interpretieren, die durch ihr Beharren auf eine Kombination von konventioneller Panzer- und atomarer Raketenrüstung die zukunftsträchtigen Technologien vernachlässigt und damit auf diesem Gebiet den Amerikanern einen Vorsprung ermöglicht haben. Das aber würde bedeuten, daß einer der wichtigsten militärischen Führer der UdSSR die von Breschnew seit Anfang der siebziger Jahre entwickelte Moskauer Militärpolitik als gescheitert ansieht.

Führende sowjetische Wissenschaftler sollen schon seit geraumer Zeit sowohl die politische wie die militärische Kreml-Spitze auf eine für Moskau bedenkliche Tatsache aufmerksam machen: Daß nämlich die USA dabei seien, die Sowjets technologisch auf unabsehbare Zeit „abzuhängen" und sich einen Vorsprung zu verschaffen, der nach menschlichem Ermessen nicht mehr einholbar ist. Deutlich läßt sich in der Tat aus den Worten des Marschalls eine tiefe Unzufriedenheit mit dem Stand der sowjetischen Gesamtrüstung herauslesen. Das legt die Frage nahe, ob hinter den Kreml-Kulissen nicht bereits ein Macht- und Verteilungskampf zwischen Raketen- und Panzeranhängern einerseits – also den altbekannten „Eisenfressern" – und einer neuen militärisch-politischen Denkschule andererseits stattfindet, die den Nachdruck auf Zukunftstechnologien legen möchte.

Erneut Krisenstimmung in Rom

Craxis Koalition droht an Folgen der P-2-Affäre zu zerbrechen / Longo stellt Ultimatum

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Obwohl Christdemokraten und Sozialisten als die beiden stärksten Parteien der Koalitionsregierung Craxi nach den Wahltests der letzten Wochen ihre Zusammenarbeit bis auf weiteres fortsetzen möchten, breitet sich seit einigen Tagen in Rom erneut Krisenstimmung aus. Der sozialdemokratische Parteisekretär und Haushaltsminister Pietro Longo droht offen mit dem Ausscheiden seiner Partei aus der Fünfer-Koalition. Angesichts der Gefahr, daß ihn ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß als Mitglied der Geheimloge P 2 bezeichnet, verlangt er eine Solidaritätsbekundung der anderen Regierungsparteien, die diese jedoch offenbar nicht abzugeben bereit sind.

Nach den Europa-Wahlen, bei denen die Sozialdemokraten empfindliche Stimmenverluste hatten hinnehmen müssen, schien der seit längerem schwelende Fall Longo zunächst seine Brandgefährlichkeit für die Regierung verloren zu haben. Führende Sozialdemokraten drängten ihren Parteisekretär, sich ganz seinen Parteiaufgaben zu widmen und freiwillig aus der Regierung auszuscheiden. Longo, dessen Name auf einer von P 2-Großmeister Gelli hinterlassenen Logenmitgliederliste steht, der aber stets entschieden bestritten hat, P 2-Mitglied gewesen zu sein, signalisierte Zustimmung. Als dann jedoch eine Woche später die Sozialdemokraten bei den Regionalneuwahlen auf Sardinien überraschend gut abschnitten, überlegte er es sich wieder anders.

Er verlangte, daß alle Koalitionsvertreter des P 2-Untersuchungsausschusses im Abschlußbericht der Kommission die Authentizität der Gelli-Liste als nicht erwiesen bezeichnen sollten. Die christdemokratische Ausschußvorsitzende Tina Anselmi, die am kommenden Mittwoch ihren Entwurf des Abschlußberichtes vorlegen wird, hat schon offen erklärt, daß sie die Liste sehr wohl für authentisch hält. Sie und ihre Parteifreunde scheinen nicht bereit zu sein, diese Überzeugung der Koalitionsraison zu opfern. Auch die Republikaner und die Liberalen, die ebenfalls der Koalition angehören, haben betont, daß sie auf diesem „moralischen Gebiet" zu keinerlei Zugeständnissen bereit seien.

Longo stellte sich in einem Interview auf den Standpunkt: „Die Untersuchungskommission hat nicht die Aufgabe, zu verurteilen oder freizusprechen. Ich habe es nicht nötig, von einer politischen Kommission freigesprochen zu werden. Ich stelle mir aber vor, daß die christdemokratischen Erben De Gasperis noch an die Prinzipien des Respekts der Person, der Rechtssicherheit, der Freiheit und der Menschlichkeit glauben. Sollte das nicht der Fall sein, müßte ich meine Einstellung zu jeder Partei, die diese Werte verrät, von Grund auf überprüfen."

Nach Longos Auffassung kann der Untersuchungsausschuß als ein politischer Ausschuß nur ein politisches Urteil fällen. Sollte dieses politische Urteil gegen die Sozialdemokraten ausfallen, würden diese die politischen Konsequenzen ziehen. Keinesfalls, so sagte er, werde er als einziger Parteisekretär aus der Regierung ausscheiden, wenn die anderen beiden Parteisekretäre – der Sozialist Craxi als Ministerpräsident und der Republikaner Spadolini als Verteidigungsminister – weiterhin im Kabinett blieben. „Ich entscheide nicht für Craxi und Spadolini. Ich kann aber auch nicht zulassen, daß andere für mich entscheiden."

Beharrt Longo auf seinem Standpunkt, gibt es nach Überzeugung politischer Beobachter in Rom jetzt nur zwei Möglichkeiten: Entweder bezeichnet der P 2-Untersuchungsausschuß die Logenliste als unecht oder die Regierung zerbricht.

Siles nach Putschversuch stärker

Das Kokain-Kommando der „Leoparden" scheiterte am Widerstand der Armee

WERNER THOMAS, Miami

Hernan Siles Zuazo entstieg nach der zehnstündigen Entführung strahlend aber erschöpft einer Limousine vor dem Präsidentenpalast und winkte den jubelnden Anhängern auf dem Plaza Murillo zu. „Wir werden die Demokratie jetzt noch stärker festigen", verkündete er. Die Menge skandierte: „Ein einig Volk bleibt immer Sieger." Und „Viva el Presidente Siles, viva".

Der 68jährige Präsident geht aus dem gescheiterten Putschversuch eindeutig gestärkt hervor. Er war von einem Rebellenkommando der Sicherheitskräfte aus dem Schlafzimmer seiner Residenz verschleppt und in einer Villa des Stadtteils Miraflores versteckt gehalten worden. Als loyale Truppenverbände das Versteck entdeckten und mit einem Angriff drohten, gaben die Kidnapper ihren Gefangenen frei und flohen in verschiedene Botschaften.

Die genauen Hintergründe dieser dramatischen Ereignisse blieben ungeklärt. Allgemein wird jedoch angenommen, daß sie die krisenerschütterte Siles-Regierung stürzen wollten, aber nicht die Unterstützung der wichtigsten Kommandeure der Streitkräfte fanden. Nachdem sie die Aussichtslosigkeit ihrer Absichten erkannten, entschlossen sie sich zum Rückzug. Siles begleitete seine bewaffneten Entführer zu den Vertretungen Argentiniens und Venezuelas und bat um ihre Aufnahme.

An dem Putschversuch waren etwa 60 Offiziere und Soldaten beteiligt. Viele Mitglieder der Kommando-Gruppe trugen die Uniformen der „Leopardos", einer Sondereinheit der Polizei zur Bekämpfung des Kokain-Handels. In der 3400 Meter hoch gelegenen Hauptstadt La Paz (720 000 Einwohner), die überraschend gelassen auf die turbulenten Entwicklungen reagierte, kursierten auch Gerüchte, daß der Putschversuch mit der Rauschgiftbekämpfung der Siles-Regierung im Zusammenhang stand. Viele Offiziere verloren dadurch lukrative Nebeneinkommen.

Von Anfang an war klar, daß die Rebellen keinen Erfolg haben würden. General Barja, der Kommandeur der Streitkräfte, verurteilte sofort „diese bedauerlichen Aktionen" und gelobte die „Respektierung der verfassungsmäßigen Ordnung und des demokratischen Prozesses". Auf den Straßen von La Paz gab es weder Truppenbewegungen noch Demonstrationen. Die Entführung hatte im Ausland mehr Panik ausgelöst als in Bolivien. Fast alle demokratisch gewählten Präsidenten Lateinamerikas schickten Solidaritätstelegramme nach La Paz. Nach der Befreiung sandten sie Glückwünsche. (SAD)

Seite 2: Warnsignal in Bolivien

Richard Perle warnt die Europäer

Nunns Vorstoß „war nur der Anfang" / Warum das Wehrpflicht-Argument nicht greift

C. GRAF BROCKDORFF, Bonn

Der für internationale Sicherheitsfragen zuständige stellvertretende amerikanische Verteidigungsminister Richard Perle hat die Europäer vor der Auffassung gewarnt, die Ablehnung der Resolution Senator Sam Nunns, in der dieser den Abzug von 90 000 US-Soldaten forderte, habe die Gefahr für Europa beseitigt. „Was wir erlebt haben, war nicht das Ende der Aktion, es war der Anfang", sagte Perle Ende vergangener Woche auf einer Veranstaltung des deutschen Strategie-Forums in Bad Godesberg.

Perle bemühte sich, seinen Zuhörern begreiflich zu machen, worin der Unterschied zwischen Senator Nunn und dem damaligen Senator Mike Mansfield liege, der Anfang der siebziger Jahre den Rückzug der Hälfte der amerikanischen Truppen aus Europa gefordert hatte. Mansfield, heute US-Botschafter in Tokio, sei ein Isolationist, dessen Blick über die Grenzen Amerikas stets nur nach Asien gerichtet gewesen sei. Ganz anders Senator Nunn. Dieser sei ein Freund der NATO, ein Atlantiker. Wenn er die Verbesserung der europäischen Beiträge zur Verteidigung verlange und mit Truppenreduzierungen drohe, sei dies ernster zu nehmen.

Nunn argumentiere im Kongreß mit dem Hinweis, die amerikanischen Truppen in Europa könnten sich mit ihren Munitionsvorräten 30 Tage verteidigen. Die Europäer nur sechs oder sieben Tage. Es sei sinnlos, US-Truppen zu belassen, wenn im Ernstfall wegen Munitionsmangels die Front der Verbündeten rechts und links zusammenbrechen würde. Perle meinte, diese Argumentation zeige Wirkung. Er sagte voraus, daß in diesem oder im nächsten Jahr eine Neuauflage der Nunn-Resolution erfolgen werde. „Im amerikanischen parlamentarischen System ist dazu immer Gelegenheit."

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Karsten Voigt bezweifelte das Recht der Amerikaner, sich für einen verstärkten europäischen Verteidigungsbeitrag einzusetzen, solange die Vereinigten Staaten nicht die allgemeine Wehrpflicht eingeführt hätten – eine Ansicht, die auch vom früheren Bundeskanzler Schmidt öfters vorgetragen worden war. Von amerikanischer Seite wurde darauf erwidert, die Bevölkerung der USA sei vier mal so groß wie die der Bundesrepublik. Vier mal so stark wie die Bundeswehr seien aber auch die 2,1 Millionen starken amerikanischen Berufsstreitkräfte. Und diese könnten noch kämpfen, wenn den europäischen Partnern wegen Mangel an Nachschub für ihre Soldaten längst die Luft ausgegangen sei. (SAD)

Israel hält noch neun libanesische Fahrgäste fest

AP, Tel Aviv/Beirut

Neun Fahrgäste des von israelischen Schnellbooten aufgebrachten und zur Kursänderung nach Haifa gezwungenen libanesischen Fährschiffs „Alisur Blanco" werden weiter in Israel vernommen. Die Betroffenen würden zu gegebener Zeit auf freien Fuß gesetzt, sagte gestern ein Sprecher des israelischen Außenministeriums.

Die auf der Fahrt vom zyprischen Hafen Larnaka nach Beirut aufgebrachte „Alisur Blanco" hatte am Freitag den Hafen von Haifa verlassen können und war mit 74 Passagieren und Besatzungsmitgliedern nach Beirut zurückgekehrt. Das israelische Außenministerium bezeichnete das Vorgehen gegen Schiff und Insassen als Teil des anhaltenden Vorgehens gegen den Terrorismus. Es habe der Verdacht bestanden, daß das Fährschiff „der Vorbereitung feindlicher Handlungen" gedient habe.

Der Kapitän der „Alisur Blanco" berichtete nach seiner Rückkehr, die 83 Personen seien in Haifa in Omnibusse gesetzt und in eine Kaserne gebracht worden. Dort seien sie von den Israelis verhört und fotografiert worden.

Palme erinnert „DDR" an Helsinki

dpa, Stralsund

„DDR"-Staats- und Parteichef Erich Honecker und Schwedens Ministerpräsident Olof Palme haben bei politischen Gesprächen in der „DDR" neben Fragen der Friedenssicherung und Rüstungsbegrenzung auch Probleme des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten angesprochen. Bei einem Essen erinnerte Palme, der als erster schwedischer Regierungschef in die „DDR" reiste, an die Verpflichtungen der Unterzeichnerstaaten der Schlußakte von Helsinki zur Wahrung der Menschenrechte. Mit diesem Dokument von 1975 sei auch der Weg „für die Wiedervereinigung und Zusammenführung von Hunderttausenden von Menschen" geöffnet worden. Der rund 24stündige Besuch Palmes endete mit einem Besichtigungsprogramm in Stralsund und Greifswald.

Kanada hat eine neue Regierung

dpa, Ottawa

Unmittelbar nach dem formellen Rücktritt des langjährigen Ministerpräsidenten Pierre Trudeau legte der vor zwei Wochen gewählte liberale Parteivorsitzende John Turner (55) am Wochenende seinen Amtseid als neuer Regierungschef ab. Im Anschluß daran vereidigte Generalgouverneurin Jeanne Sauve auch das neue Kabinett. Außenminister und Stellvertretender Ministerpräsident ist künftig Jean Chretien, der bei dem Parteikongreß als schärfster Rivale Turners zwei Wahlgänge erzwungen hatte.

Turner, der bis 1975 Finanzminister in der Regierung Trudeaus war, wechselte direkt aus den Aufsichtsräten von neun kanadischen Großunternehmen in das höchste Regierungsamt Kanadas.

China fühlt in Moskau vor

AFP, Moskau

Der stellvertretende chinesische Außenminister Qian Qichen ist nach Angaben der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass zu „Konsultationen über internationale Fragen" in Moskau eingetroffen. Qian ist Leiter der chinesischen Delegation bei den Normalisierungsgesprächen mit Moskau. Er wurde bei seiner Ankunft vom stellvertretenden sowjetischen Außenminister Michail Kapiza begrüßt.

Der Besuch Qians erfolgt in einem Klima wieder erhöhter Spannungen zwischen Moskau und Peking, wird jedoch von Beobachtern als Zeichen für den Willen beider Seiten gewertet, den begonnenen Versuch einer Normalisierung der Beziehungen nicht prinzipiell in Frage zu stellen.

Demonstration in Posen aufgelöst

dpa, Warschau

Einheiten der Polizei haben in Posen eine Demonstration zum Jahrestag des Aufstandes von 1956 aufgelöst. Wie Augenzeugen am Wochenende in Warschau berichteten, hatten rund 1000 Menschen am Donnerstag abend versucht, nach einem Gottesdienst zu dem Denkmal für die Toten des Aufstandes zu ziehen. Sie wurden von Polizeikordons daran gehindert, die Schlagstöcke sowie vereinzelt auch Tränengas eingesetzt haben sollen.

Während der Messe war eine Botschaft von Arbeiterführer Walesa verlesen worden. Er versicherte darin, die Opfer der Arbeiter von Posen seien nicht umsonst gewesen. Sie hätten gezeigt, daß man die menschliche Würde, „für die sie als erste nach dem Krieg in Polen demonstrierten, auch nicht mit Gewalt ersticken kann".

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Islam in der Schule

„Kommt die Revolution des Islams ins Klassenzimmer?"; WELT vom 14. Juni

Der Verfasser erwähnt, daß „Religion ... nach Art. 7 Abs. 3 des Grundgesetzes ordentliches Lehrfach" ist. Das trifft für die öffentlichen Schulen zu, kann indessen nicht für den islamischen Religionsunterricht gelten. Befürworter der Einführung von islamischem Religionsunterricht an deutschen öffentlichen Schulen verweisen darauf, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland nur von „Religionsunterricht", nicht aber von „christlichem Religionsunterricht" spricht (so am 27. 2. 84 Frau Lieselotte Funcke, FDP-MdB); sie verschweigen dabei aber, daß unser Grundgesetz, wie seine Präambel bekennt, „im Bewußtsein" der „Verantwortung vor Gott ..." beschlossen wurde.

Mit „Gott" ist aber nicht Allah, sondern der dreieinige Gott gemeint, und vor Ihm ist die Einführung und Förderung des antichristlichen Koranunterrichts an deutschen Schulen nicht zu verantworten. Dies werden die noch lebenden Väter des Grundgesetzes gewiß bestätigen.

Nach Art. 7 Abs. 1 GG steht das gesamte Schulwesen – also auch die nichtöffentlichen Schulen – unter der Aufsicht des Staates, der ja das Recht und die Pflicht hat, gegen jegliche nicht verfassungskonformen Tendenzen und Lehrinhalte an den Schulen einzuschreiten, so daß insoweit zunächst keine Gefahr drohen dürfte.

Gefahr droht hingegen in anderer Hinsicht: Der Verfasser des Artikels fragt, ob die islamische Rechtsvorschrift, daß ein Muslim sich im nichtislamischen Ausland den dort geltenden Gesetzen unterwerfen müsse, „auch für Gruppen solcher Größe wie für die Türken in der Bundesrepublik Geltung haben" werde. Es bedarf nicht der Sehergabe, um hierauf zu antworten, daß die Muslime unser Grundgesetz zunächst respektieren, es aber in ihrem Sinne ändern werden, sobald sie die erforderliche Mehrheit – und Macht – haben; dies ist nämlich von muslimischer Seite schon gesagt worden. Zwar ist es noch lange nicht so weit; wenn man aber bedenkt, daß Muslime bzw. Türken – durch deutsche (!) Parteipolitiker ermutigt – bereits das Kommunalwahlrecht für Ausländer fordern und außerdem manche evangelische (!) Gemeinden schon muslimische Mitarbeiter in Kindertagesstätten beschäftigen, dann erscheint die Gefahr einer schleichenden Islamisierung unseres Landes gar nicht mehr utopisch.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. G. Trenß,
Berlin 19

Sinnvolle Verwendung

„Leserbrief: Verschwendetes Potential": WELT vom 23. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

General Karst weist mit Recht auf die Zweckmäßigkeit hin, Kreiswehrersatzämter und Bundeswehrverwaltung mehr mit ausgeschiedenen Berufssoldaten zu besetzen, um auch auf diese Weise den Beförderungsstau abzubauen.

In der Wehrmacht war das Problem eines solchen Beförderungsstaus unbekannt, da die heutige zivile Bundeswehrverwaltung militärisch organisiert war. Offiziere, die für die Truppe zu alt oder aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr voll verwendungsfähig waren, wurden Kommandeure bzw. deren Stellvertreter, Feldwebel wurden Sachbearbeiter der Wehrbezirkskommandos.

Diese Regelung hatte den Vorteil, daß diese Soldaten noch in einem Lebensalter Dienst taten, in dem ihre heutigen Kameraden auf Kosten des Steuerzahlers bereits jahrelang spazierengehen. Sie war sparsam, da die betreffenden Soldaten praktisch für die Differenz zwischen Pension und Gehalt arbeiteten. Auch das psychologische Element, das für diese Regelung sprach, sollte nicht übersehen werden: Die Soldaten der Wehrbezirkskommandos kamen sich nicht überflüssig vor wie viele unserer heutigen Frühpensionäre.

Im übrigen dürfte auf der Hand liegen, daß ein aufgrund der besonderen Altersgrenzen ausgeschiedener Stabsoffizier – insbesondere ein solcher, der im Personalwesen tätig war – als Leiter eines Wehrersatzamtes mindestens so geeignet ist wie ein Jurist, weißer Jahrgang, ungedient. Vielleicht denkt der Herr Bundesminister der Verteidigung einmal darüber nach, ob die in der Wehrmacht bewährte Regelung – insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der Einsparung von Haushaltsmitteln – nicht wieder eingeführt werden sollte.

A. von Kalm,
Bonn 1

Fall Karajan

„Karajan im Schrebergarten"; WELT vom 13. Juni

Das schlechteste Argument, das in dieser beklagenswerten Auseinandersetzung vorgebracht worden ist, lautet: „Ein Dirigent läßt sich auswechseln, das Orchester nicht." Gerade umgekehrt ist es doch; die einzelnen erstklassigen Musiker sind doch erst durch die überragenden Dirigentenpersönlichkeiten, wie Nickisch, Furtwängler und Herbert von Karajn zu dem homogenen, weltberühmten „Klangkörper" zusammengeschweißt worden. Für das Konzertpublikum ist ein Konzert des Philharmonischen Orchesters dann besonders begehrt, wenn es heißt: „Karajan dirigiert!"

Diese innige künstlerische Symbiose zwischen Dirigent und Orchester kann doch nicht durch demokratische Spielregeln und Kompetenzansprüche aufgehoben werden. Wenn dieser weltberühmte Dirigent, dem die Orchestermitglieder viel zu verdanken haben, den Wunsch äußert, eine begabte Musikerin in das Orchester aufzunehmen, ist eine Ablehnung dieses Wunsches eine Sünde wider den guten Geist der gegenseitigen Achtung und des Vertrauens zueinander.

Ein Versöhnungskonzert unter Leitung von Herbert von Karajan mit Beethovens Neunter mit dem versöhnlichen Schlußchor würde weltweit dankbare Anerkennung finden.

Dr. Fritz Bengeforth,
Berlin 30

Wort des Tages

„Man hat hierzulande ein überraschend kurzes Gedächtnis, schon was sich vor wenigen Jahrzehnten ereignet hat, ist vergessen. Das scheint mir bedauerlich; denn man möchte daraus schließen, daß die Weltgeschichte verläuft, ohne daß die Menschen deren Zweck bemerken: Sie könnten durch das Geschehen weiser werden."

Horst Wolfram Geißler; dt. Autor (1893–1982)

Überlastet

„BVG-Präsident warnt vor Katastrophe"; WELT vom 18. Juni

Es mag sein, daß die zahlreichen Verfassungsbeschwerden eine große Belastung für das Bundesverfassungsgericht sind. Aber wer einige Jahre lang mit dem Bundesverfassungsgericht zu tun gehabt hat, fragt sich doch, ob dort nicht auch selbstgemachte Arbeitsbelastungen festzustellen sind. Das gilt zum Beispiel für das Verfahren unter dem Aktenzeichen 1 BvR 820/79.

In dem Beschluß vom 10. Mai 1983 zu dieser Sache wird nach vierjährigem Verfahren mit erheblichem Aufwand dargelegt, daß es nicht verfassungswidrig sei, die Bestandsrenten geringer zu erhöhen als die Zugangsrenten. Die Bestandsrentner hätten keinen Anspruch darauf, daß ihre laufenden Renten ebenso erhöht würden wie die allgemeine Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Neurenten. Die ganze Argumentation des Bundesverfassungsgerichts (Erster Senat) zu dieser Frage ist überflüssige Mühe; denn die Bestandsrenten sind seit zwanzig Jahren und bis heute immer um denselben Prozentsatz erhöht worden wie die allgemeine Bemessungsgrundlage der Neurenten. Auch die jüngsten Rentengesetze haben daran nichts geändert.

Der Grund für die überflüssige und unsinnige Arbeitsbelastung beruht auf einer Schlamperei innerhalb des Bundesverfassungsgerichts. Von den sieben Richtern, die den Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 10. Mai 1983 unterschrieben haben, hielt es offenbar keiner für nötig, nachzuprüfen oder nachprüfen zu lassen, ob der Gegenstand des Beschlusses mit dem Gegenstand der Verfassungsbeschwerde übereinstimmte. So hat sich der zuständige Senat mit einer Verfassungsbeschwerde befaßt, die gar nicht erhoben worden war und die auch nicht erhoben werden konnte.

Wenn solche Vorkommnisse möglich sind, sollte sie nicht öffentlich nach zusätzlichen Haushaltsmitteln rufen, bevor arbeitsbelastende Nachlässigkeiten im eigenen Hause abgestellt sind.

Josef Wilkens,
Hamburg 52

Personalien

EHRUNGEN

Gert Haedecke ist mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Der Baden-Badener Oberbürgermeister Dr. **Walter Carlein** überreichte die Auszeichnung in Anwesenheit von Hörfunkdirektor Dr. **Hubert Locher**. Unter Haedeckes Leitung ist SWF 3 zum beliebtesten Baden-Badener Programm geworden, das über sieben Millionen Hörer in der Bundesrepublik erreicht.

Haedecke (50), gebürtiger Freiburger, war schon während seines Studiums Volontär beim SWF, wurde 1959 Redakteur im Schul- und Jugendfunk, 1967 Literaturredakteur und stellvertretender Leiter der Abteilung Kulturelles Wort, 1972 Programmchef des 3. Hörfunkprogramms. Seit 1975 firmiert er als Programmchef SWF 3 und Hauptabteilungsleiter Jugendprogramme. Zusätzlich ist Haedecke in der deutsch-französischen Hörfunkkommission, der Europäischen Rundfunkunion, beim Prix Italia und bei der Planungsgruppe Satellitenprogramme ARD-Hörfunk tätig.

*

Den Goldenen Becher, die höchste Auszeichnung des Deutschen Gastgewerbes, hat das Präsidium des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands dem Publizisten **Wolfram Siebeck** zugesprochen. Damit wird zum ersten Mal ein Journalist – „durch Wort und Schrift und konstruktive Kritik hat Siebeck ... nachhaltig anregend auf das Gewerbe eingewirkt" – mit dem Preis ausgezeichnet.

Frühere Preisträger sind Bundesminister **Josef Ertl**, und die Ministerpräsidenten **Franz Josef Strauß** und **Lothar Späth**.

WAHLEN

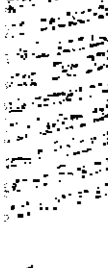
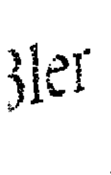
Dr. **Fritz Bergmann**, Sprecher der Geschäftsführung des Ruhrverbands und des Ruhrtalsperrenvereins (mit Sitz in Essen) ist einstimmig zum Präsidenten des Landessportfischerverbands Nordrhein-Westfalen gewählt worden. In dem in vier Landesgruppen gegliederten Verband sind über 130 000 Mitglieder organisiert. Der passionierte Angler Bergmann war von Fischereiverbänden schon mehrfach für seinen Einsatz für Fischerei und Gewässerschutz ausgezeichnet worden.

*

Mit **Herbert Strate** (Hagen) als Präsident, sowie **Udo Klein** (Koblenz) und **Artur Mest** (Lübeck) hat die diesjährige Mitgliederversammlung des Hauptverbands Deutscher Filmtheater ihr Präsidium für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt.



Zwei große Führer des afghanischen Widerstandes besuchten, eingeladen von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin, die Bundesrepublik, führten in Bonn Gespräche im Auswärtigen Amt, bei Spitzenpolitikern, Ministern und in der Redaktion der WELT. Chefredakteur **Dr. Herbert Kremp** (Mitte), hieß die Gäste herzlich willkommen. **Junos Khales**, der Chef der fundamentalistischen Islamischen Gesellschaft II (rechts) strahlte trotz Reisestrapazen und Entbehrungen im Fastenmonat Ramadan. **Professor Sebquatullah Modjadiddi** (zweiter von links), äußerte sich dankbar für Hilfe-Zusagen offizieller Stellen in Bonn und Sympathie-Beweise bei der WELT. Begleitet wurden die beiden afghanischen Führer von **Dr. Azizullah Lodin** (links), dem politischen Berater der Dreier-Allianz der gemäßigten Parteien. FOTO: HÖFT



Aus der „guten alten Zeit" der SA, da sie noch treu zum „Führer" stand und von ihm als paramilitärische Kampftruppe hoch geschätzt wurde. 1930, als diese Aufnahme in Süddeutschland entstand, durfte die SA zwar keine Uniformen tragen, aber man wußte sich mit Trachtenkleidung zu helfen.

Vor 50 Jahren, am 30. Juni und 1. Juli 1934, erlebte das Deutsche Reich eines der ersten blutigen Massaker der Nazi-Zeit. Die SS und konservative Teile der Reichswehr *entledigten sich* einer unliebsamen Opposition: SA-Chef Ernst Röhm, die meisten seiner Vertrauten, aber auch viele, die der SS nur unliebsam waren, fielen einem groß angelegten Komplott zum Opfer. Was fälschlich als Röhm-Putsch *in die* Geschichte einging, war eher das Gegenteil: eine Anti-Röhm-Verschwörung.

Als der „Führer" im Grübeln versank, half die SS ihm einfach beim Denken

Von WALTER GÖRLITZ

In düsterer Stimmung fuhr Oberst Oskar von Hindenburg, Sohn und Adjutant des fast 87jährigen Reichspräsidenten, am Samstag, den 30. Juni 1934, von Berlin nach Ostpreußen zurück, wo der Vater seit Anfang Juni auf seinem Gut Neudeck schwerkrank darniederlag. Es war ein herrlicher Sommertag. Aber in Berlin spielten sich beunruhigende Dinge ab. Das Tiergartenviertel, wo das prachtvolle Stabsquartier des Stabschefs der SA, Ernst Röhm, lag, war von preußischer Landespolizei abgeriegelt.

Der Oberst war zum Chef der Heeresleitung, General von Fritsch, der *ihm aus gemeinsamer* Kriegsschulzeit gut bekannt war, in die Bendlerstraße gegangen, um die Lage zu erkunden. Fritsch und der Chef des Truppenamtes (Generalstab), General Beck, wußten nur, daß eine Aktion gegen die SA stattfand. Sie hatten die Wachtposten in der Bendlerstraße verstärkt.

Nach Neudeck zurückgekehrt, hielt es Oskar von Hindenburg für angebracht, die nächste Garnison in Preußisch-Eylau zu verständen, sie möge eine Kompanie bereitstellen, die auf telefonischen Abruf sofort per Lkw nach Neudeck kommen könne. Dem Vater sagte er nichts davon. Der hätte das womöglich noch als Unfug verboten.

Natürlich kannte man im Hause Hindenburg die seit 1933 währenden Spannungen zwischen SA- und Reichswehrführung. Der Stabschef der SA, der ehemalige Generalstabshauptmann Ernst Röhm, war für den alten Hindenburg eine unmögliche Figur, als *notorischer Homosexueller*, als Meuterer von 1923, wo er als aktiver Offizier am Hitlerputsch teilgenommen hatte, als Urheber des Mordes an dem abtrünnigen mecklenburgischen SA-Führer Andreas von Flotow, den Röhm im Frühjahr 1933 hatte „hinrichten" lassen.

In manchen Provinzstädten des Reiches erfuhr die Bevölkerung durch Zeitungsaushang noch am späten Nachmittag dieses schönen 30. Juni, daß man Röhm abgesetzt habe und daß sieben hohe SA-Führer erschossen worden seien. Alles auf Befehl des „Führers" Adolf Hitler, der de jure immer noch nur Reichskanzler an der Spitze eines konservativ-nationalsozialistischen Koalitions-Kabinettes war.

Seit dem Amtsantritt Hitlers als Kanzler am 30. Januar 1933 wartete das Halbmillionen-Heer der SA auf seine Stunde. Die SA (Sturmabteilungen) hatte die Saal- und Straßenschlachten der sogenannten Kampfzeit bestanden. Der 1931 von Hitler als Stabschef der SA eingesetzte Hauptmann a. D. Ernst Röhm erblickte in seiner Para-Armee den Kern des kommenden Volksheeres. Röhm, gebürtiger Bayer, nicht ganz 47 Jahre alt, lebte und webte in einem rein soldatischen Denken. Er feierte sich gern als den „Scharnhorst" einer neuen Volksarmee des 20. Jahrhunderts. SA und das kleine Hunderttausend-Mann-Heer der Reichswehr mußten verschmolzen, die alten „reaktionären" Generale sollten zum Teufel gejagt werden. Auf dieses Konzept mußte der „Führer" eingeschworen werden. Heer und Staat gehörten der SA.

Röhm stellte Sonderformationen auf: Reiter-, Motor-, Pionier-, Nachrichten- und Sanitäts-*Stürme*. Die gesamte aktive SA mit ihren 500 000 Mann war in fünf Obergruppen (Armeen) und 18 Gruppen (Korps) unterteilt. Allerdings war sie zum größten Teil unbewaffnet oder höchstens mit Schlag- und Faustfeuerwaffen versehen. Die Gruppenführer bildeten auf Befehl Röhms eigene bewaffnete „Stabswachen". Um die Bewaffnung zu verbessern, mußte man danach trachten, sich der geheimen Waffenlager der Reichswehr für den freiwilligen „Grenzschutz Ost" gegen Polen zu bemächtigen. Der „Grenzschutz" rekrutierte sich zumeist aus dem „*Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten*" und wurde von Offizieren betreut, die per Zivildienstvertrag angestellt waren. Die SA-Führer verloren diese Schlacht glatt.

Die meisten Obergruppenführer und Gruppenführer der SA waren ehemalige Frontoffiziere. Manche früheren Leutnants und Oberleutnants hatten nie in die bürgerliche Welt zurückgefunden. Kapitän zur See Patzig, Abwehrchef im Wehrmachtsamt des Reichswehrministeriums, sprach ingrimmig von „entwurzelten Existenzen". Ihnen jedenfalls ging alles nicht schnell genug. Auf feuchtfröhlichen „Sturm-Abenden" sahen sie sich bereits als künftige Generale. „Adolf", hieß es auch in ihren Mannschaften, habe die SA verraten. Die wahre, die „Zweite Revolution", die Abrechnung mit der „Reaktion" müsse noch kommen. Vorläufig habe die verachtete „P-Null", die politische Organisation der NSDAP, die „Bonzokratie" wieder mal das Rennen gemacht ...



Treue wider Treue – nur gegen wen? SA-Stabschef Ernst Röhm (links) wurde von seinem Kampfgefährten Viktor Lutze (rechts) bei Hitler denunziert, der seinen „getreuen" Obergruppenführer dann zu Röhms Nachfolger ernannte. FOTOS: ULLSTEIN / AMW

Der seit dem 30. Januar 1933 amtierende Reichswehrminister General von Blomberg und sein militärpolitischer Stabschef, der Chef des Minister- bzw. Wehrmachtsamtes, Generalmajor von Reichenau, sahen sich sogleich mit den zügellosen Machtansprüchen der Hitlerschen Para-Armee konfrontiert. Beide hofften, ja rechneten damit, daß Hitler über kurz oder lang die allgemeine Wehrpflicht wieder einführen würde. Aus ihrer Sicht sollte man daher zwar keinen Zoll vor den Wünschen der SA-Führung zurückweichen, jedoch andererseits jeden blutigen Konflikt *zwischen* Truppe und SA tunlichst vermeiden.

Im Mai 1933 wurde mit dem Segen Hitlers und Röhms zwischen Reichswehrministerium und SA-Führung vereinbart, unter Kontrolle von Reichswehroffizieren solle die SA jährlich ein Kontingent von 250 000 Milizsoldaten ausbilden. Blomberg und Reichenau scheiterten mit dieser Idee aber am Widerstand der Mehrzahl der hohen SA-Führer. Diese fragten erbost, ob man sie vielleicht dem Reichswehrministerium unterstellen wolle? So hatten sie nicht gewettet.

General von Reichenau befürwortete daneben die längst von Hitler gewünschte „Gleichschaltung" von „Stahlhelm" und SA. Schirmherr des „Stahlhelm" war der greise Reichspräsident und Generalfeldmarschall von Hindenburg. Der Erste Bundesführer des „Stahlhelm", Seldte, war zudem Arbeitsminister im Kabinett Hitler. Wenn der Frontsoldatenbund mit 1,25 Millionen Mitgliedern die SA überflutete, ließ diese sich vielleicht besser zähmen. Der schöne Plan mißlang. Die meisten „Stahlhelmer" ließen sich nur widerstrebend gleichschalten und resignierten.

Zusammenstöße zwischen SA und Reichswehr, tätliche Angriffe auf einzelne Offiziere blieben nicht aus. SA-Leute übten ihren eigenen Terror aus, ermordeten in Köpenick eine Anzahl alter Sozialdemokraten, sprengten am *27. Januar 1934 eine* Kaiser-Geburtstagsfeier des Kurmärker-Klubs zu Ehren des im Exil lebenden Kaisers Wilhelm II. in Berlin. Der Berliner Polizeipräsident, Admiral a. D. von Levetzow, hatte seine liebe Not mit den ständigen Ausschreitungen der SA.

Darüber bildete sich eine neue Opposition gegen Röhm. Der preußische Ministerpräsident, General Göring, entschloß sich, dem wüsten Treiben vieler SA-Führer, die auch Polizeipräsidenten geworden waren, ein Ende zu bereiten. Daneben war der Chef des Sicherheitsdienstes (SD) der SS (Schutzstaffel) Reinhard Heydrich, ein ehemaliger Marineoffizier, keineswegs gewillt, im Ressortkampf unter Hitler die Aufrichtung eines „SA-Staates" zu dulden. Die Zukunft gehörte einem „SS-Staat". Heydrich, ein eiskalter Planer, hielt auch bereits ein Rezept bereit: Man mußte alle hohen SA-Führer zu einer Tagung beordern. Dort konnte man die ganze braune Sippschaft *verhaften und* über die Klinge springen lassen.

Heydrich gewann den Reichsführer SS, Heinrich Himmler, der einst unter Röhm beim Putsch von 1923 mitgewirkt hatte, für seine Idee. Er muß auch General von Reichenau und natürlich Göring informiert haben. Womit sich denn der „Röhm-Putsch" als „Anti-Röhm-Putsch"-Plan herausstellt.

Und der „Führer" selbst, dessen blitzschnelle, stahlharte Entschlußkraft von der Propaganda stets geflissentlich betont wurde? Hitler war wieder in einen Zustand des Brütens und Grübelns verfallen und konnte sich für nichts und niemand entscheiden.

Vielmehr versuchte er am 28. Februar 1934, durch eine Ansprache vor hohen Offizieren und SA-Führern eine Versöhnung herbeizuführen. Röhm mußte dem General von Blomberg vor Hitlers Augen versprechen, daß er die Reichswehr als einzigen Waffenträger der Nation anerkenne. Kurz darauf erklärte Röhm freilich wutschnaubend bei einem Sektfrühstück in seinem Berliner Stabsquartier, er werde doch nicht diesem „lächerlichen Gefreiten" (Hitler) gehorchen. „Adolf" müsse weg, am besten in Urlaub geschickt werden.

Der SA-Obergruppenführer von Hannover, Viktor Lutze, war über diese hochverräterischen Äußerungen so entsetzt, daß er sie Hitler zur Kenntnis brachte. Die Lage komplizierte sich weiter. Heydrichs V-Leute fabrizierten immer neue Meldungen über Übergriffe der SA. Im sogenannten bürgerlichen Lager wuchs die Verärgerung über Exzesse einzelner SA-Führer sowie die Unruhe *und Besorgnis darüber, was nach* dem offenbar nahe bevorstehenden Tod Hindenburgs geschehen würde. In Berlin kursierte eine Kabinettsliste, der zufolge nach Hindenburgs Ableben Prinz August Wilhelm von Preußen, der einzige der sechs Kaisersöhne, der in die SA und NSDAP eingetreten war, Reichsverweser werden sollte, Hitler bliebe Kanzler, Vizekanzler sollte der Ex-Reichskanzler General von Schleicher und Röhm schließlich Reichswehrminister werden. Am 17. Juni 1934 hielt der amtierende Vizekanzler von Papen, Hindenburgs Vertrauensmann, eine *scharfe Rede* gegen den „ewigen Aufstand von unten". Für Hitler verwirrte sich das Bild. Er argwöhnte, Röhm hätte sich mit Schleicher verschworen, und die „Reaktion" wolle ihm einen Hohenzollernprinzen vor die Nase setzen.

Hitler hatte schon im Mai Blomberg erzählt, er werde selbst mit den SA-Führern „abrechnen". Am 4. Juni vereinbarte er mit Röhm, der sich zu einer Rheuma-Kur nach Bad Wiessee begeben wollte, daß die ganze SA ab 1. Juli für einen Monat in Urlaub gehen solle. Aber vorher werde noch eine klärende Aussprache mit allen hohen SA-Führern in Wiessee stattfinden, ein Zeichen, daß Hitler sich Heydrichs Konzept näherte. Als sich Ende Juni 1934 der Generalleutnant von Kleist, Kommandeur der 1. Kavallerie-*Division in Frankfurt/Oder*, bei Fritsch in Berlin für eine gütliche Regelung mit den SA-Führern einsetzte, bekam er von dem herbeigerufenen Reichenau kurz und bündig zu hören, *das möge alles richtig sein*, aber jetzt sei es dazu zu spät ...

Morgen in der WELT:

Am Abend des 29. Juni 1934 wurde in München mit Flugblättern die SA mobilisiert. Es gehe um eine Aktion gegen die Reichswehr, war da zu lesen. Die Flugblätter freilich waren von der SS gefälscht.

Neue irakische Angriffe auf Schiffe im Golf

rtr, Bagdad

Irak hat am Sonntag im Golf einen Schiffskonvoi, der zum iranischen Hafen Bandar-Chomeini unterwegs war, angegriffen und dabei fünf Schiffe zerstört. Ein irakischer Militärsprecher berichtete nach Angaben von Radio Badgad, zwei Schiffe hätten dem Angriff entkommen wollen, seien aber in ein Minenfeld geraten. Außerdem sei ein iranisches Kampfflugzeug vom Typ F-14 Phantom abgeschossen worden.

Der irakischen Darstellung nach hatten iranische Flugzeuge einzugreifen versucht, wurden aber abgedrängt. Die beteiligten irakischen See- und Luftstreitkräfte seien sicher zu ihren Stützpunkten zurückgekehrt. Insgesamt hat Irak damit nach eigenen Angaben seit Ausbruch des Golfkrieges rund 170 „feindliche Ziele" im Golf getroffen.

Der Angriff vom Sonntag fiel mit dem 47. Jahrestag des Bestehens der irakischen Marine zusammen. Der Oberbefehlshaber der irakischen Marine erklärte, die einseitig ausgerufene Kriegszone im Gebiet um die iranische Ölverladeinsel Kharg sei „völlig unter irakischer Kontrolle". Demgegenüber *hieß* es von *iranischer Seite*, daß die Ölexporte in Kharg trotz der irakischen Angriffe auf die Schiffahrt völlig normal verlaufen. Wie der Generalgouverneur der Provinz Buschehr, Mohamad Taki Samanian, der iranischen Nachrichtenagentur IRNA mitteilte, seien *die* durchschnittlichen Ölexporte *in den vergangenen* Wochen um 35 Prozent höher als erwartet ausgefallen.

Der iranische Präsident Ali Khamenei richtete gestern erneut einen Appell an die Golf-Anrainerstaaten, sich nicht in den iranisch-irakischen Krieg einzumischen. Gleichzeitig drohte er mit „verstärkten Repressalien" seines Landes im Falle weiterer irakischer Angriffe auf iranische Öltanker und iranische Städte.

Der Brand auf dem unter libanesischer Flagge für eine Schweizer Reederei fahrenden Tanker „Tiburon" ist am Samstagabend von Spezialisten einer niederländischen Bergungsfirma gelöscht worden. Damit wurde die Explosion von 260 000 Tonnen Öl verhindert, die das Schiff geladen hatte. Der Supertanker war am 27. Juni bei einem irakischen Angriff getroffen worden. Bei dem Angriff waren acht Besatzungsmitglieder ums Leben gekommen.

Rückt Ost-Berlin auf Wunsch Moskaus vom Besuchstermin ab?

Honecker: Verschlechterung der weltpolitischen Lage ist nicht auszuschließen

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Staats- und Parteichef Erich Honecker scheint sich an seine am 11. März bei der Eröffnung der Leipziger Messe gegebene Zusage, noch in diesem Jahr in die Bundesrepublik Deutschland zu reisen, nicht mehr gebunden zu fühlen. In einem Interview mit der schwedischen Zeitung „Svenska Dagbladet" machte er diesen Besuch zum ersten Mal vom Gesamtzustand der Ost-West-Beziehungen abhängig zu sprach nur noch von „Spekulationen" um seine West-Visite.

Tatsächlich hatte Honecker am zweiten März-Sonntag in der von euphorischen deutsch-deutschen Tönen erfüllten Atmosphäre des Saar-Standes auf der Messe eine unmißverständliche Zusage gegeben. Im „Neuen Deutschland" vom nächsten Tag hieß es dazu wörtlich und uneingeschränkt:

„An den Leiter der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR gewandt, sagte er, er werde, soweit das seinem Terminkalender entspreche, in diesem Jahr die Einladung des Bundespräsidenten Carstens und von Bundeskanzler Kohl zu einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland nutzen, und er sei davon überzeugt, daß 'eine solche Begegnung uns einen Schritt vorwärts bringen wird, insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache, daß doch beide deutschen Staaten einen großen Beitrag zur Friedenssicherung leisten können'."

Seither herrscht allerdings in Ost-Berlin Schweigen darüber, ob Honeckers nicht nur prinzipielle, sondern auch eindeutig auf „dieses Jahr" bezogene Zusage weiterhin gilt. Mit großer Wahrscheinlichkeit bildete dieses Thema auch Gesprächsstoff zwischen Honecker und Tschernenko, als sich beide während des RGW-Gipfels in Moskau trafen.

Letzte Zweifel an einer Reise-Möglichkeit schienen jedoch nie ausgeräumt gewesen zu sein, denn bereits in der ersten Mai-Hälfte, noch vor dem Gipfeltreffen an der Moskwa, äußerten einige Vertraute von Honecker bei einem vertraulichen Gespräch mit SPD-Spitzenpolitikern in einem Westberliner Hotel ihre Sorge über mögliche weitere Verhärtungen zwischen den Blöcken.

Dabei kamen nahezu wörtlich dieselben einschränkenden Bedenken zur Sprache, wie sie jetzt Honecker in dem Interview anläßlich des Besuchs von Olaf Palme in der „DDR" äußerte. Auf die Frage, ob ein Klima für einen Besuch im anderen Teil Deutschlands gegeben sei, erklärte Honecker: „Ich habe nicht die Absicht, mit irgendwelchen eigenen Spekulationen dazu beizutragen, ob ich die Bundesrepublik in diesem Jahr besuche oder nicht. Dies ist, so meine ich, vor allem eine Frage der weiteren Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik." Sie seien wiederum „natürlich in erster Linie von den Beziehungen zwischen dem Warschauer Pakt und den NATO-Staaten abhängig. Beziehungen, die bekannterweise schwer belastet sind, nachdem mit der Raketenstationierung laut dem NATO-Beschluß begonnen worden ist".

Da bisher keine Veränderung der amerikanischen Einstellung eingetreten sei, könne eine weitere Verschlechterung der weltpolitischen Lage „nicht ausgeschlosssen" werden. Dies würde „negative Folgen" nicht nur für die beiden deutschen Staaten haben.

In dem Gespräch zwischen den Honecker-Vertrauten und Sozialdemokraten war bereits Mitte Mai eindringlich auf diesen Zusammenhang und somit auf die eingeschränkte Entscheidungsfreiheit Ost-Berlins hingewiesen worden, die West-Reise aus eigenem Entschluß ohne Rücksicht auf das blockpolitische Umfeld anzutreten.

Ost-Berlin sagt „Prüfung von Einzelfällen" zu

Ständige Vertretung soll diese Woche wieder geöffnet werden

hrk./ms. Berlin

Staatssekretär Ludwig Rehlinger aus dem Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen und der Ostberliner Rechtsanwalt und Honecker-Vertraute Wolfgang Vogel haben sich am Wochenende auf eine grundsätzliche Übereinkunft zur Lösung der Fluchtfälle in der Ständigen Vertretung Bonns geeinigt. Wie verlautete, soll Ost-Berlin eine „Einzelfall-Prüfung" der ausreisewilligen „DDR"-Bewohner zugesagt haben.

Während die „DDR" im Fall der deutschen Botschaft in Prag versprochen hatte, die Bewohner innerhalb kurzer Frist ausreisen zu lassen, hieß es diesmal nur, die Prüfung der Anträge könne „in absehbarer Zeit" zur Ausreise führen. Für den NVA-Hauptmann der Reserve, einen Marinesoldaten des Wachregiments sowie einen Geheimnisträger, die sich zum Teil seit Wochen in der Vertretung aufhalten, schien sich noch keine Lösung anzubahnen.

In Bonn besteht Einigkeit darüber, die Vertretung im Laufe der Woche in jedem Fall wieder zu öffnen, um den Anspruch der Bundesregierung auf eine ungehinderte und unbeeinflußte Arbeit ihrer Vertretung in Ost-Berlin zu dokumentieren. Ein derartiger Schritt dürfte jedoch nicht vorgenommen werden, bevor nicht eine Lösung für die Art und Weise des Zugangs zur Vertretung auch für „DDR"-Bewohner gefunden worden ist.

Inzwischen sind bei den Beteiligten auf westlicher Seite Überlegungen angestellt worden, wie sich die Vertretung davor „schützen" kann, weitere Zufluchtsfälle aufnehmen zu müssen. So ist intern erwogen worden, vor dem Gebäude – also auf Ostberliner Hoheitsgebiet – eine Art Auskunftsstelle für Ratsuchende einzurichten. Auf diese Weise sollte das Betreten des Gebäudes für Bewohner Ost-Berlins und der „DDR" vermieden werden. Diese Überlegung scheiterte jedoch bereits an dem übergeordneten politischen Recht jedes Deutschen, also auch eines „DDR"-Bewohners, Zutritt zur Vertretung zu erlangen. Die Gedankenspiele um den Zutritt gehen offenbar auf Forderungen Ost-Berlins zurück. So soll die Bundesregierung sicherstellen, daß sich derartige Vorfälle nicht wiederholen und Zufluchtsuchende in Zukunft abgewiesen werden.

„Nackte Angst", so schilderte ein Augenzeuge, hält derweil die noch rund 30 „DDR"-Bewohner in der Vertretung davor zurück, das Gebäude zu verlassen. Aus dem fünften Stock der Vertretung hatten sie in der vergangenen Woche beobachtet, wie Volkspolizisten einen Mann brutal zusammengeschlagen hatten. Der Mann hatte sich geweigert, den Beamten seine Papiere zu zeigen.

USA: Moskau soll auch über Raketen mit sich reden lassen

● Fortsetzung von Seite 1

werden, begonnen wurde." Die Regierung der Vereinigten Staaten weise daher mit Nachdruck auf die dringend wieder aufzunehmenden Verhandlungen hin, die eine „radikale Verminderung von Atomwaffen auf einer ausgewogenen und nachprüfbaren Grundlage zum Ziele haben".

Der amerikanische Sicherheitsberater verknüpfte danach die beiden Rüstungskomplexe: Weltraumwaffen und atomare Raketen sollten Inhalt der selben Verhandlungsgespräche sein. Gleichzeitig stellte er in Aussicht, daß die USA „auch andere Abrüstungsfragen und Themen von Interesse für beiden Seiten" zu besprechen bereit sein würden. Dieser Formulierung können die Sowjets entnehmen, daß Washington vielleicht sogar über Waffen der defensiven Strategie (die sogenannten „Star-Wars"-Waffen) sprechen würde.

Nach der ersten Reaktion Washingtons auf den sowjetischen Vorschlag blieb unklar, ob die Verknüpfung der beiden Rüstungskomplexe eine unverzichtbare Vorbedingung für Washington ist. Auf Fragen der Presse, was die USA tun würden, wenn Moskau nur über ASAT-Waffen sprechen wolle, antwortete Sicherheitsberater McFarlane mit der allgemeinen Erklärung: „Wir werden im September bei dem Treffen erscheinen."

Politisch sieht die Regierung Reagan in der Aussicht eines amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsgespräches gleich welchen Themas einen großen Gewinn; die Wahlaussichten Ronald Reagans könnten dadurch nur verbessert werden. Zu den Verhandlungen selbst zeigen sich bei den Präsidentenberatern unterschiedliche Ansichten. Eine Gruppe unter ihnen hatte erkennen lassen, daß über bestimmte Aspekte der ASAT-Abrüstung durchaus mit den Sowjets verhandelt werden solle (WELT v. 18. Juni). Im März hatte die US-Regierung solche Verhandlungen abgelehnt, weil sie Zweifel an ihrer Nachprüfbarkeit hat. Washington vertritt die Ansicht, daß solche Verhandlungen den Sowjets dazu dienen, den technologischen Vorsprung der Amerikaner „einzufrieren".

Das gilt erst recht für den Bereich der „Strategischen Verteidigungsinitiative" (Strategic Defense Initiative / SDI). Das Forschungsprogramm zur Entwicklung strategischer Defensivwaffen, die das Offensivpotential des Gegners neutralisieren sollen, war im März 1983 von Reagan angekündigt worden. Hinter diesem Projekt stehen sowohl die Verteidigungsplaner als auch der Präsident, die davon überzeugt sind, daß die Tage der Abschreckungstheorie „gegenseitig angedrohter Vernichtung" gezählt seien und die Ära der Defensivstrategie anbrechen müsse.

Anfang Juni testeten die Amerikaner erfolgreich einen Antiraketen-Raketensprengkopf. Im November wollen sie den ersten Versuch ihres ASAT-Systems ausführen: Abfeuern einer Anti-Satelliten-Rakete von einem F-15-Bomber. Ob dieser Test stattfinden kann, ist ungewiß, weil das Abgeordnetenhaus alle ASAT-Versuche untersagt hat, solange die Sowjets ihr freiwilliges Test-Moratorium bei ähnlichen Waffen einhalten.

Auch die „Strategische Verteidigungsinitiative" ist im Kongreß umstritten. Die für den Haushalt 1985 dafür veranschlagten 1,8 Milliarden Dollar hat das Weiße Haus noch nicht bewilligt bekommen. „Vielleicht wollte Moskau mit seinem Vorschlag im US-Kongreß und unter den Alliierten in Europa auch im Hinblick darauf eine bestimmte Saat ausstreuen", vermutete ein hoher Beamter des State-Departement.

Radio Vatikan interviewte neuen KPI-Chef

AP, Vatikanstadt

Der Vatikanische Rundfunk hat erstmals in seiner über 50jährigen Geschichte ein Interview mit einem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens gesendet. Wie die italienische Nachrichtenagentur AGI meldete, löste das am Freitag ausgestrahlte Interview kritische Kommentare in der römischen Kurie aus. Ein Mitarbeiter von Radio Vatikan bemerkte dagegen, der von Jesuiten betriebene Sender habe nur seine journalistische Pflicht erfüllt.

Der KPI-Generalsekretär Alessandro Natta hatte am Dienstag die Nachfolge des verstorbenen Parteichefs Berlinguer angetreten. Auf die Frage, ob er neue Initiativen zur Gestaltung des Verhältnisses zur katholischen Kirche unternehmen werde, sagte Natta, er halte es für „opportun und Rechtens", die Zielsetzung seiner Vorgänger weiterzuverfolgen. Partei und Kirche seien in Fragen wie Menschenrechten und Frieden gemeinsamer Ansicht. Das sei der Kurs, auf dem man weiter voranschreiten müsse.

Walesa: Amnestie wäre erster Schritt

AP, Danzig

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa hat die Einführung eines pluralistischen Systems *in Polen gefordert.* In einem Interview mit der Nachrichtenagentur AP sagte Walesa am Wochenende in Danzig, die „einfache Lösung" der polnischen Krise sei die Errichtung eines „pluralistischen Systems gesellschaftlicher Organisationen". Mit der Freilassung der mehreren hundert politischen Gefangenen könnte die Regierung den Weg zur Versöhnung ebnen. Eine Amnestie könne jedoch nur ein „erster Schritt" sein, dem die Wiederzulassung freier Gewerkschaften folgen müsse.

Zu seiner eigenen Rolle in Polen sagte Walesa, er werde weiter „bis an die Grenze der legalen Möglichkeiten" für die Rechte der Arbeiter kämpfen. Er könne sich jedoch vorstellen, als Vorsitzender der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" zurückzutreten, wenn die jetzt inhaftierten Gewerkschaftsführer freigelassen würden.

Was vergangen, kehrt nicht wieder,
Aber ging es leuchtend nieder,
Leuchtet's lange noch zurück.
(Schenkendorf)

Wir trauern um meinen geliebten Mann, unseren guten Vater und Großvater

Max Paul Meier

geboren am 16. Juni 1900 in Differdingen, der in Locarno am 25. Juni 1984 entschlafen ist.

Tita Meier, geb. Stein
Marlis Richarz, geb. Meier
Mücke van de Loo, geb. Meier
Dr. Gert Richarz
Jochen und Jutta
Heiner van de Loo
Maximilian und Victoria

CH 6613 Porto Ronco, Casa Tita
Konstanz und Lörrach

Die Beisetzung fand auf dem Friedhof in Ronco statt.

Am 25. Juni verstarb Herr

Max Paul Meier

im 85. Lebensjahr.

Herr Max Paul Meier, ein hervorragender Kenner der deutschen und internationalen Stahlindustrie, war von 1957 bis 1970 als Generalbevollmächtigter und Geschäftsführer in unserer Konzernleitung in Düsseldorf tätig. Er blieb unserem Haus auch nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst stets eng verbunden.

Mit Herrn Max Paul Meier verlieren wir einen Freund. Er stand Herrn Dr. Friedrich Flick und unserem Hause bei Wiederaufbau und Weiterentwicklung der Unternehmensgruppe mit seinem reichen Erfahrungsschatz und ungewöhnlichem Können loyal zur Seite.

Wir werden dem Verstorbenen in Dankbarkeit ein treues und ehrendes Gedenken bewahren.

FRIEDRICH FLICK
INDUSTRIEVERWALTUNG KGa.A.

Unsere liebe Mutter und Schwiegermutter, unsere Oma *und Urgroßmutter*

Alida Hauschildt
geb. Soltwedel

geb. 27. 12. 1896

ist am 27. 6. 1984 aus ihrem erfüllten Leben im Schlafe von uns gegangen.

Wir hatten sie sehr lieb

Eva Maria Springer geb. Hauschildt
Ursel Huntenburg geb. Hauschildt
Erich Springer
Walter Huntenburg
Enkelkinder und Urenkel

Die Trauerfeier findet im engsten Familienkreis statt.

Konsul Dr. Joachim Haase

geb. 30.9.1905 gest. 18.6.1984

In Dankbarkeit für alle Liebe und Fürsorge, die er uns in seinem Leben schenkte, nehmen wir Abschied.

Im Namen aller Angehörigen
Karla Haase geb. Wiese

Johannesburg S.A.
z.Zt. Hannover 51
Fuchsrain 21

Die Trauerfeier hat auf Wunsch des Entschlafenen im engsten Familienkreis stattgefunden.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47-43 80,
-39 42 oder -42 30
Berlin
(0 30) 25 91-29 31
Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18
und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Zwischentief?

Wt. – Offensichtlich hat die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung an Schwung verloren. Vorübergehend oder mittelfristig? Das ist die Frage, die sich Unternehmen und Konjunkturforscher stellen. Besorgt forschen die Institute nach einem „Zwischentief" in der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie halten ein schwächeres Wachstum als bislang vorhergesagt für möglich. Von drei auf 2,5 Prozent hat das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung seine Wachstumsprognose für dieses Jahr korrigiert.

Infolge der Auseinandersetzung um die Arbeitszeitverkürzung und des Streiks werde in der Wirtschaft vorsichtiger disponiert als zu Jahresanfang, meint die Bundesbank. Sie beurteilt jedoch die Aussichten für die weitere Entwicklung nach Beendigung des Streiks unverändert positiv. Mit der Hoffnung auf ein größeres wirtschaftliches Wachstum verbinden Wirtschaftspolitiker, Unternehmen und Konjunkturforscher die Erwartung, daß es gelingen wird, die Beschäftigtenzahlen zu erhöhen. Im Kern geht es darum: Ist der wirtschaftliche Aufschwung von Dauer, läßt er sich über 1985 hinaus verlängern? Denn hiervon hängt entscheidend nicht nur die Konjunktur, sondern darüber hinaus die Lösung der strukturellen Schwierigkeiten in der Wirtschaft ab.

Zum ersten Mal seit 1980 wurde im Vorjahr ein gesamtwirtschaftliches Wachstum von „gut einem Prozent" erreicht. Für 1984 wird ein kräftigerer Aufwärtstrend erwartet. Es bleibt zu hoffen, daß die Signale – trotz der Dämpfung im Frühjahr – für 1985 positiv bleiben werden.

Skandal

hdt. – Von der griechischen Aprikosenernte, die im Wirtschaftsjahr 1983/84 rund 130 000 Tonnen betrug, gingen fast 50 000 Tonnen in die Intervention, das heißt, sie wurden vernichtet; sie lassen sich eben nicht so lange lagern wie Butter. Dabei sind die griechischen Aprikosen nur ein Beispiel für die verfehlte Agrarpolitik der EG. Nach den eigenen Zahlen der EG-Kommission waren es insgesamt 1,593 Millionen Tonnen Obst und Gemüse, die in die Intervention gingen, eine breite Produktpalette von Auberginen bis Zitronen. Daß die 1,875 Tonnen des Vorjahres nicht erreicht wurden, lag lediglich an der geringeren Apfelernte. Deutlicher als mit den genannten Zahlen läßt sich wohl nicht demonstrieren, daß hier etwas faul ist am System. Wenn das aber nicht geändert wird, sind weitere Produktionssteigerungen genauso unvermeidlich wie noch mehr Beschränkungen im Handel mit Nicht-EG-Ländern. Damit aber wird die Intervention, derzeit vor allem eine Belastung für den Steuerzahler, mehr und mehr auch zum Politikum – ein Skandal ist sie schon lange.

Den Aufschwung verpaßt

Von LEO FISCHER

Nach wie vor lassen die Rohstoff-Märkte einen einheitlichen Aufwärtstrend vermissen, den man eigentlich aufgrund des weltweiten Konjunkturaufschwungs, wie ihn die jüngsten OECD-Zahlen bestätigen, erwarten sollte. Aber die Börsianer – gleichgültig, ob sie am Aktien- oder am Rohstoffmarkt agieren – denken offensichtlich bereits an das kommende Jahr. Und nach der jüngsten OECD-Konjunktur-Prognose werden die Wachstumsraten in den Industrieländern 1985 schon wieder zurückgehen. Die Erhöhung der Prime-Rate (von 12,5 auf 13 Prozent), des Zinses, den die US-Geldinstitute ihren besten Industriekunden in Rechnung stellen, müßte der Skepsis über die künftige Konjunkturentwicklung neue Nahrung geben. Zudem verteuert der allgemeine Zinsanstieg die Lagerhaltung und führt tendenziell zu einer verhaltenen Nachfrage der Verarbeiter. Und die Spekulanten, die an den Rohstoffbörsen im allgemeinen eine wichtige Rolle spielen, müssen sich aufgrund der steigenden Zinskosten mit ihren Engagements gleichfalls zurückhalten, die oft – zumindest zu einem Teil – durch Kredite finanziert werden.

Dennoch gab es gerade bei den zinsanfälligen Metallen einige auffallende Preisbewegungen nach oben. So erreichte Zinn mit 9320 Pfund einen neuen historischen Höchstpreis, und Blei notierte Ende Juni mit 384,50 auf einem neuen Spitzenniveau für die letzten 32 Monate.

Für die Blei-Hausse war vor allem der starke Rückgang der Lagervorräte an der London Metal Exchange verantwortlich. Hinzu kamen Produktionseinbußen in den USA und Australien aufgrund von Streiks. Der Abbruch der Tarifverhandlungen bei dem Blei-Hersteller St. Joe Resources, wo seit März gestreikt wird, sorgte in der letzten Woche für einen neuerlichen Preisschub. Bei Zinn haben neben einem markttechnisch bedingten knappen Angebot vor allem Käufe für die Ausgleichslager des internationalen Zinn-Abkommens den Preisauftrieb ausgelöst.

Nachdem der Zink-Preis in der ersten Woche des Berichtsmonats mit 795,5 Pfund je Tonne einen Zehn-Jahres-Rekord erreicht hatte, setzte in der zweiten Juni-Woche ein Preisverfall ein, der erst bei 617,50 Pfund zum Stillstand kam. Hervorgerufen wurde die Baisse durch eine Veröffentlichung des amerikanischen Büros für Metallstatistik, nach der die US-Zink-Vorräte im Mai um 5833 auf 28 205 Tonnen gestiegen waren. Die leichte Erholung vom Jahrestief auf zuletzt 642,50 Pfund ist vor allem als technische Reaktion auf den vorausgegangenen Preissturz anzusehen, denn die Londoner Metallbörse meldete zuletzt eine weitere starke Zunahme der Lagervorräte.

Auch Kupfer stand zeitweise unter erheblichem Preisdruck. Neben dem Streik der IG Metall in der Bundesrepublik wirkten sich die in der Diskussion befindlichen Importrestriktionen in den USA negativ aus. Die International Trading Commission (ITC) hat Präsident Reagan empfohlen, die amerikanischen Kupferimporte drastisch einzuschränken. Die Entscheidung, ob und in welchem Umfang die Einfuhren reduziert werden, liegt nun beim Präsidenten. Die zwischenzeitliche Preisschwäche wird auch damit erklärt, daß erstmals seit 19 Wochen wieder ein Anstieg der Kupfervorräte an der Londoner Börse gemeldet wurde. Gegen Monatsende konnte sich die Notiz für das rote Metall aber wieder erholen, als sich Trend eines Rückgangs der Londoner Lagerbestände wieder fortsetzte.

Trotz der Gefahr eines Frostes in Brasilien, der sich in der Regel preistreibend auswirkt, konnte die Kaffee-Notiz das hohe Niveau des Vormonats nicht behaupten. Gedämpft wurden die Preiserwartungen durch den Beschluß der Internationalen Kaffee-Organisation, die für das letzte Quartal des laufenden Kaffee-Jahres (zum 30. September) vorgesehenen Exporte sofort, also noch im Juni, auf den Markt zu bringen. Damit wurde eine weitere Million Sack für den Export freigegeben.

Auf das niedrigste Niveau seit Januar 1983 fiel der Zucker-Preis. Darin kommt offensichtlich die Enttäuschung darüber zum Ausdruck, daß sich die Delegierten der Verbraucher- und Produzenten-Länder, die in Genf über eine neues Zucker-Abkommen verhandeln, nicht auf ein System zur Preisstabilisierung einigen konnten.

Am Kautschuk-Markt ist der Konjunkturaufschwung bislang völlig vorbeigegangen. Seit Jahresanfang ging der Preis um 25 Prozent zurück und sank auf das niedrigste Niveau seit Februar 1982. Weltweit entfallen 70 Prozent des Kautschuk-Verbrauchs auf die Auto-Industrie. Der Aufschwung in der US-Automobil-Industrie reichte nicht aus, die Nachfrage entscheidend zu beleben. Vor allem der Arbeitskampf in der Bundesrepublik mit den hohen Produktionsausfällen bei den Autobauern hat alle Prognosen über eine Zunahme des Verbrauchs über den Haufen geworfen.

Rohstoffe	Börse	Einheit	Ende Juni 1984	Ende Mai 1984	Hoch 1984	Tief 1984
Kupfer	L	£/t	999,50	1017,25	1095,25	964,50
Zink	L	£/t	642,50	779	797,50	617,50
Zinn	L	£/t	9320	9102,50	9320	8337,50
Blei	L	£/t	384,50	319,75	384,50	273,75
Gold	L	$/Unze	373,50	383,45	406	364
Silber	L	p/Unze	620,50	658,25	679,70	561,20
Platin	L	£/Unze	275,20	282,25	284,90	260,50
Weizen	C	Cts/bu	346,75	356	396,50	321,62
Mais	C	Cts/bu	348,25	350,50	361,62	316,50
Kakao[1]	L	£/t	1814	2088,50	2103,50	1638,50
Kaffee[1]	L	£/t	2217,50	2322,50	2530,50	1942,50
Zucker	L	£/t	100	108	137	100
Sojaöl	C	Cts/lb	32,40	36,82	41,08	24,76
Baumwolle[2]	Li	Cts/kg	82,50	86,60	90,10	82,40
Schweißwolle	S	Cts/kg	584	577,50	607	555,10
Kautschuk	L	p/kg	60,50	68,35	94,75	58,50
Indices:						
Moody's (31.12.31=100) New York			1055,8	1077,2	1087,5	1040,2
Reuter's (31. 9.31=100) London			1915,3	1974,2	2020,4	1915,3

[1] Zweite Abladung
[2] 1A-Index-Preis

L = London C = Chicago S = Sydney Li = Liverpool
Zusammengestellt von der Commerzbank AG

ARGENTINIEN / Buenos Aires erhält kurze Atempause – Hoffnung auf den IWF

In letzter Minute kam Einigung mit den US-Gläubigerbanken zustande

HORST-A. SIEBERT, DW, Washington

Praktisch in letzter Minute haben sich Argentinien und seine Gäubigerbanken auf ein neues Finanzpaket im Volumen von 450 Milliarden Dollar verständigt, das es dem Land ermöglicht zumindest einen Teil der überfälligen Zinsen zu zahlen. Die amerikanischen Banken sind damit aus einer bedrohlichen Situation befreit worden. Wenn es nicht im letzten Augenblick zu einer Einigung gekommen wäre, wären für das zweite Quartal erhebliche Wertberichtigungen notwendig geworden.

Argentinien bleibt gleichwohl der schwierigste Fall unter den lateinamerikanischen Schuldnerländern. Das bestätigt die jüngste Zitterpartie, in der Buenos Aires wieder in letzter Stunde vor der Erklärung der Zahlungsunfähigkeit bewahrt worden ist. Aber die Atempause dauert nicht lange: Argentinien, dessen Auslandsverpflichtungen 45 Milliarden Dollar ausmachen, ist mit rund einer Milliarde Dollar an Zinszahlungen im Rückstand; zunächst begnügten sich die Banken mit der Zahlung von 350 Millionen Dollar, die Anfang April fällig waren und bis zum 30. Juni prolongiert worden sind.

Mit noch größerer Mühe als im kritischen März schnürten die Banken ein kompliziertes Finanzpaket zusammen, um Argentinien die Begleichung dieser 90 Tage alten Zinsschulden zu ermöglichen. Einmal stellt Buenos Aires 225 Millionen Dollar aus eigenen Reserven bereit. Zum anderen gewähren die amerikanischen, europäischen und japanischen Banken einen neuen Kredit über 125 Millionen Dollar. Seine Laufzeit beträgt jedoch nur 45 Tage; sie kann aber verdoppelt werden.

Außerdem haben die Banken die Rückzahlung eines Teildarlehens über 750 Millionen Dollar, das Argentinien vor anderthalb Jahren eingeräumt wurde und am 15. Juni fällig ist, um 90 Tage verlängert. Ebenso verfuhren sie mit einem Kredit über 100 Millionen Dollar, der im März ausgehandelt worden und ebenfalls am Samstag fällig war. Zugleich gaben die vier lateinamerikanischen Länder Brasilien, Mexiko, Kolumbien und Venezuela Buenos Aires zusätzlich 30 Tage Zeit, die im März vorgestreckten 300 Millionen Dollar abzulösen. Das US-Schatzamt, das seine Hilfezusage zurückgezogen hatte, war an dem „Deal" diesmal nicht beteiligt.

Für die amerikanischen Banken sind die Zinszahlungen deshalb wichtig, weil sie in ihrem Geschäftsergebnis für das zweite Quartal 1984 keine Wertberichtigungen vorzunehmen brauchen, und zwar für einen großen Teil der argentinischen Schulden. Dennoch werden viele US-Großbanken künftig strengere Maßstäbe anlegen und bestimmte Ausleihungen als Problemkredite verbuchen. Entsprechend verringern sich die Gewinne. Die Manufacturers Hanover Corp., New York, Argentiniens größter privater Kreditgeber, wendet die neue Politik bereits an. Danach sinkt der Nettogewinn im zweiten Quartal um rund 25 auf 70 Millionen Dollar. Ohne das Arrangement hätte das Minus 35 Millionen Dollar betragen.

Eingelenkt haben die Banken, so heißt es in Washington, auf Drängen des Internationalen Währungsfonds (IWF). Der geschäftsführende Direktor de Larosière unterrichtete das Steuerungskomitee der Banken über Fortschritte in den Verhandlungen über ein wirksameres argentinisches Austerity-Programm. Im Vordergrund stehen geringere Lohnerhöhungen, ein Abbau der Budgetdefizite und schnellere Abwertungen, die alle politisch schwer durchzusetzen sind. In Argentinien beträgt die Inflationsrate nahezu 600 Prozent.

In ersten Stellungnahmen hieß es in New Yorker Finanzkreisen, das in letzter Minute zusammengestellte neue Hilfsprogramm signalisiere, daß das Land in seinen Bemühungen um eine Bewältigung der schwerwiegenden Schuldenprobleme einige Fortschritte gemacht hat. Allerdings dürfe nicht übersehen werden, daß es sich auch bei dem neuen Programm wiederum nur um eine vorübergehende Lösung handele. Es sei jedoch ermutigend, weil damit deutlich gemacht werde, daß beide Seiten an der Lösung der grundlegenden Schwierigkeiten zusammenarbeiten.

WELTHANDEL

Zollsenkungen vorziehen

AP, Wiesbaden

Die für den Außenhandel zuständigen Politiker der Vereinigten Staaten, Kanadas, Japans und der Europäischen Gemeinschaft haben auf einem informellen Treffen in der Rheingau-Gemeinde Eltville-Erbach bei Wiesbaden ihren Willen bekräftigt, die in der sogenannten Tokio-Runde 1979 vereinbarten Zollsenkungen für die Jahre 1985 und 1986 bereits zum 1. Januar 1985 in Kraft treten zu lassen. Damit solle zu einer weiteren Liberalisierung des Welthandels beigetragen und ein Signal gegen Handelsprotektionismus gesetzt werden, erklärte der Vizepräsident der EG-Kommission, Wilhelm Haferkamp, zum Abschluß des zweitägigen Treffens mit dem amerikanischen Handelsminister William Brock und den Außenhandelsministern Kanadas und Japans, Gerald Regan und Hikosaburo Okonogi.

Die „Viererrunde" kommt aufgrund einer Empfehlung des Weltwirtschaftsgipfels von Ottawa im Jahre 1981 in unregelmäßigen Abständen zu informellen Gesprächen zusammen, um über mögliche Konsequenzen aus den Gipfelbeschlüssen zu beraten.

Der Londoner Gipfel dieses Jahres habe dazu aufgefordert, „protektionistischem Druck zu widerstehen, Handelsschranken abzubauen und neue Anstrengungen zur Liberalisierung des Welthandels zu unternehmen", sagte Gastgeber Haferkamp. Dies habe im Mittelpunkt der zweitägigen Beratungen gestanden, erklärte er weiter.

BAUHERRENMODELL

Keine weiteren Einschränkungen

HEINZ HECK, Bonn

Erst mit einer sechswöchigen Fristverlängerung wird die Bundesregierung Mitte August den vom Parlament angeforderten Bericht über Bauherrenmodelle und Verlustzuweisungsgesellschaften vorlegen. Die Initiatoren des Beschlusses, die Vertreter der Sozialausschüsse in der Bonner Unions-Fraktion, verfolgen mit dem Auftrag an das Finanzministerium vor allem die Absicht, künftig steuerliche Verluste im Rahmen von Bauherrenmodellen und Verlustzuweisungsgesellschaften auf 50 Prozent der jährlichen Steuerschuld zu begrenzen.

Nach Informationen der Bonner Zeitschrift „Vermögen und Steuern" ist schon jetzt abzusehen, daß die Bundesregierung die Steuervorteile der Bauherrenmodelle nicht noch weiter beschränken will. Der Bericht werde darlegen, heißt es, welche einschränkende Wirkung bereits die früher ergriffenen Maßnahmen, vor allem das für Ende 1984 vorgesehene Auslaufen der Mehrwertsteuer-Option, gehabt haben. Dabei wird daran erinnert, daß der Wohnungsbau- wie der Wirtschaftsminister und die Bauindustrie eine Verlängerung der Auslauffrist für die Mehrwertsteuer-Option um drei bis sechs Monate fordern.

Der Finanzminister werde darauf hinweisen, daß alles, was ein Bauherrenmodell ausmache, die Ausnutzung geltenden Steuerrechts sei, wie es auch den „normalen" Bauherren eines Einfamilienhauses zugute komme.

AUF EIN WORT



„Wir sind gewiß nicht am Ende unserer Zukunft oder auf dem Weg ins technologische Abseits. Aber nur mit erheblich verstärkten Anstrengungen wird es uns gelingen, die amerikanische und japanische Herausforderung zu bestehen. Noch zu verbreitet ist die Haltung, daß man den technischen Wandel abbremsen und gleichzeitig seine vorteilhafte Wirkung auf Beschäftigung und Wohlstand vereinnahmen kann."

Prof. Dr. Karl Heinz Beckurts, Vorstandsmitglied der Siemens AG, Berlin/München FOTO: XY

Rekordjahr der Weltbank

AP, Washington

Die Ausleihungen der Weltbank haben in dem am Samstag zu Ende gegangenen Geschäftsjahr die Rekordsumme von 15,523 Milliarden Dollar erreicht. Empfänger waren 79 Regierungen. Die meisten Kredite im Gesamtbetrag von 11,949 Milliarden Dollar wurden von der Weltbank-Tochter Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung vergeben. Im Vorjahr hatte die Kreditsumme 11,136 Milliarden Dollar betragen. Die Weltbank wird von 146 Ländern getragen.

FORSCHUNGSFÖRDERUNG

Kritik am Haushaltsansatz für Personalkostenzuschüsse

KAREN SÖHLER, Bonn

Die Forschungsförderung des Mittelstandes wird einer der Streitpunkte zwischen Wirtschafts- und Finanzministerium sein, wenn morgen das Kabinett den Haushaltsentwurf 1985 diskutiert und verabschiedet. Während das Wirtschaftsministerium für das unter seiner Schirmherrschaft seit 1979 laufende Programm für Personalkostenzuschüsse 450 Mill. DM veranschlagt hat, denkt Stoltenberg nur an 350 Mill. DM. Gegenüber dem vergangenen Jahr bedeutete diese Summe zwar eine Ausweitung um 30 Mill. DM, gegenüber 1982 jedoch eine Verminderung um 40 Mill. DM.

Das Wirtschaftsministerium weist darauf hin, daß schon die voraussichtlich 9000 Anträge in diesem Jahr den verfügbaren finanziellen Rahmen sprengen. Wie ein Sprecher erklärt, hätten bereits die 4500 Anträge im ersten Programmjahr 320 Mill. DM verbraucht. Auch wenn der Maximal-Zuschuß pro Unternehmen 1982 von 400 000 auf 120 000 DM begrenzt worden sei, könne mit der gleichen Summe nicht die doppelte Zahl von Anträgen bedient werden.

Die finanziellen Engpässe haben sich noch nicht auf die Auszahlungsmodalitäten ausgewirkt, würden aber spätestens nächstes Jahr eine reibungslose Abwicklung verhindern, wenn Stoltenberg auf seinen Volumen-Vorstellungen beharrt. Daher drängt das Wirtschaftsministerium auf Klarheit: Entweder werde diese Mittelstands-Stützung, die etwa zehn Prozent der gesamten Wirtschaftsförderung ausmacht, während einer festgelegten Laufzeit mit einer angemessenen Kapitalausstattung kalkuliert, oder sie werde vermutlich gestrichen, meint der Sprecher.

US-AKTIENMÄRKTE

Zinsschübe torpedieren die erwartete Sommerhausse

H.-A. SIEBERT, Washington

In einem Klima großer Unsicherheit läßt sich an den US-Aktienmärkten kaum Geld verdienen. Das zeigt die Bilanz des ersten Halbjahres. Der populäre Dow-Jones-Industrie-Index schwankte wie selten zuvor: Zwischen dem Hoch und Tief lagen 200 Punkte, unterm Strich blieb schließlich ein Minus von 127 Punkten oder zehn Prozent. Der breitere Nyse-Index mit mehr als 1500 Werten verlor sogar 6,80 Punkte oder 14 Punkte.

An der Wall Street weiß niemand so recht, wie es weitergeht. Die Prime Rate steht bei 13 und langfristige Zinsen kosten 13,56 Prozent. Seit Januar hat die private Kreditnachfrage um 30 Prozent zugenommen, die Weichen für noch teureres Geld scheinen gestellt. Andererseits sind viele gute Aktien billig. Das führte am Freitag auch zu einer leichten Erholung. Der „Dow" stieg um 5,85 auf 1132,40, der Nyse-Index um 0,19 auf 88,38 Punkte. Im Wochenverlauf gewannen die „Blue Chips" 1,33 Punkte, während Standardpapiere 0,68 Punkte einbüßten.

Wieder einmal zeigt sich, daß der „Dow" nicht das wahre Börsengeschehen widerspiegelt. Außerhalb der hochkarätigen Wachstumswerte tut sich wenig. Im Markt sind nur Institutionen, private Anleger bleiben ihm fern. Sie benutzen Renten mit hoher Rendite als Zwischenstation und warten auf Haushaltskorrekturen nach der Wahl. Die US-Aktienbörsen haben die schlimmsten sechs Monate seit 1973 hinter sich; ernst zu nehmende Broker sagen eine Periode großer Kursausschläge voraus. Nach ihrem Urteil findet der traditionelle Sommerspurt diesmal nicht statt.

MOLKEREIWIRTSCHAFT / Nicht ausschließlich auf Subventionen angewiesen

Deutscher Käse im Ausland gefragt

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die deutsche Molkereiwirtschaft kann auch mit Meldungen aufwarten, die sie mit Stolz verbreitet: So wurde jetzt sogar Frankreich im Käse-Export überrundet, jedenfalls mengenmäßig. Im vergangenen Jahr exportierten die Deutschen 270 000 Tonnen Käse, 246 Prozent mehr als 1970. Die Franzosen brachten es nach Angaben der Centralen Marketing-Gesellschaft der Deutschen Agrarwirtschaft CMA „nur" auf 258 300 Tonnen.

Unter dem Strich dürfte sich das Geschäft für die Franzosen allerdings noch mehr gelohnt haben. Ihr Export brachte ihnen im vergangenen Jahr 1,94 Milliarden Mark ein, verglichen mit 1,64 Milliarden in der Bundesrepublik. Der Grund: Bei den Franzosen dominieren die Weichkäsesorten, die erheblich teurer sind. Dafür ist das deutsche Angebot vielfältiger. In Frankreich sind 467 Käsesorten auf dem Markt, in der Bundesrepublik sollen es mehr als 650 sein.

Trotzdem hat in den vergangenen Jahren auch der Absatz ausländischer Sorten auf dem deutschen Markt zugenommen, und zwar zwischen 1970 und 1983 um 60,4 Prozent auf 270 900 Tonnen. Bisher war nur 1982 der Export höher als die Einfuhr. Immerhin rangiert die Bundesrepublik unter den Käse-Exporteuren jetzt weltweit an zweiter Stelle hinter den Niederlanden, die es auf mehr als 300 000 Tonnen bringen. Dieses sind rund zwei Drittel der niederländischen Gesamtproduktion.

Die Produktion von Käse einschließlich Quark und Frischkäse ist in den vergangenen Jahren auch in der Bundesrepublik kräftig gestiegen – auch ohne staatliche Intervention. 1983 waren es bereits 923 000 Tonnen, verglichen mit 788 000 Tonnen 1979. In der Statistik der UN-Landwirtschaftsorganisation FAO liegt die Bundesrepublik auf dem vierten Platz. Danach lag 1982 die USA mit 2,26 Millionen Tonnen – ein Fünftel der Weltproduktion – eindeutig an der Spitze. Für die Sowjetunion gibt die FAO eine Produktion von 1,5 Millionen Tonnen an, die damit doppelt so hoch wäre wie jene, die deutsche Statistiker ermittelt haben. Rang drei nahm Frankreich mit 1,2 Millionen Tonnen ein.

Der Käsekonsum in der Bundesrepublik hat sich in den vergangenen 15 Jahren nahezu verdoppelt. 1966 wurden einschließlich Speisequark 8,4 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung konsumiert, im vergangenen Jahr waren es bereits 14,5 Kilogramm. Zum einen wird die Qualität des Angebots heute günstiger beurteilt als noch vor einigen Jahren. Zum anderen hat sich der Handel mit der Einrichtung von Bedienungstheken auf die Wünsche der Verbraucher nach Beratung eingestellt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Hilfe für die Armen

Öffentliche Entwicklungshilfe westlicher Industrieländer 1983 in Mio Dollar

USA 7950
Japan 3761
Frankreich 3915
England 1601
Bundesrepublik Deutschland 3181
Niederlande 1195
Kanada 1429
Italien 829
Schweden 779
Australien 753
Norwegen 584
Belgien 477
Dänemark 394
Schweiz 318
Österreich 157
Finnland 153
© Globus
Quelle: OECD
5181

Aus den öffentlichen Kassen der westlichen Industriestaaten flossen im vergangenen Jahr 27,5 Milliarden Mark an Entwicklungshilfegeldern in die Dritte Welt. Zwei Drittel dieser Summe stammten aus vier Ländern: den USA, Frankreich, Japan und der Bundesrepublik Deutschland. Gemessen am Bruttosozialprodukt liegt Norwegen (1,06 Prozent) an der Spitze vor den Niederlanden (0,91 Prozent). QUELLE: GLOBUS

US-Indikatoren gesunken

Washington (Sbt.) – Zum ersten Mal seit August 1982 ist in den USA der Index der führenden Konjunkturindikatoren gesunken. Der Rückgang machte jedoch nur 0,1 Prozent aus, wobei zwei wichtige Barometer nicht verfügbar waren. US-Handelsminister Baldrige warnte deshalb vor übertriebenen Hoffnungen auf eine schnelle Verlangsamung des derzeitigen Wirtschaftsbooms. Er wies vor allem auf die steil gestiegenen Investitionsgüteraufträge und die umfangreichen neuen Orders für Vormaterialien und Konsumgüter, beides zu 72er Preisen, hin.

Weg der Kurse

	29.6.	22.6.
Boeing	43,625	43,125
Chrysler	24,875	25
Citicorp	30,625	31,25
Coca-Cola	57,75	59,625
Exxon	40,25	40,25
Ford Motors	35,75	36,25
IBM	105,25	105,25
PanAm	5	5,25
US Steel	24,625	25,25
Woolworth	35,625	36,375

Konferenz gescheitert

Genf (dpa/VWD) – Die Bemühungen um ein neues internationales Zuckerabkommen sind gescheitert. Auf der am 12. Juni in Genf begonnenen Zuckerkonferenz konnte man sich nicht über die Aufteilung von Exportquoten einigen. Zwar wurde beschlossen, die Konferenz noch bis zum Mittwoch zu verlängern. Doch geht es dabei nur noch um ein sogenanntes Verwaltungsabkommen ohne die entscheidenden wirtschaftlichen Regelungen.

Beteiligung an Ariane

Rom (VWD) – Italien will sich an dem europäischen Raumfahrtprogramm „Ariane V" beteiligen. Das kündigten die Ministerpräsidenten Frankreichs und Italien, Pierre Mauroy und Bettino Craxi, in Rom an. Wie Mauroy präzisierte, wird sich Italien an der Entwicklung des für „Ariane V" bestimmten Motors „HM 60" beteiligen.

Skeptisch für Gold

Johannesburg (dpa/VWD) – Ein wesentlicher Anstieg des Goldpreises ist nach Ansicht des südafrikanischen Bergbaukonzern Anglo American Corporation, größter Goldproduzent der westlichen Welt, in den kommenden Monaten nicht zu erwarten. Im Jahresbericht 1984 gibt das Unternehmen vor allem die Folgen der Überversorgung des Marktes mit Barrengold im vergangenen Jahr als Grund an. Der noch bestehende Überhang werde eine wesentliche Preiserhöhung verhindern. Anglo erwarte lediglich einen bescheidenen Nachfragezuwachs im industriellen Bereich.

Benzin wieder billiger

Hamburg/Bochum (dpa/VWD) – Die Benzinpreise sind an den Markentankstellen der Bundesrepublik wieder ins Rutschen geraten. Wie Esso mitteilte, ist von den zwei Pfennig der letzten Erhöhungsrunde, die am 18. Juni begonnen hatte, nur etwa ein halber Pfennig übrig geblieben. Die BP ermittelte als bundesweite Durchschnittspreise 136,26 Pfennig je Liter Super- und Normalbenzin mit und ohne Bedienung. Kurz nach der letzten Anhebung waren es 137,09 Pfennig gewesen.

Sperry begibt Anleihe

München (sz.) – Eine Anleihe über 150 Mill. DM legt die Sperry Curacao N. V. unter Garantie der Sperry Corp., New York, über ein internationales Bankenkonsortium auf, das von der Bayerischen Vereinsbank AG angeführt wird. Die Emission ist bei einer Laufzeit von 10 Jahren mit einem Zinssatz von 8 Prozent und einem Ausgabekurs von 100 Prozent ausgestattet (Zinstermin 16. Juli). Die Zulassung zum Handel an den Börsen Düsseldorf, Frankfurt und München wird beantragt.

Zuschüsse absetzbar

München (AP) – Wenn Geschäftsleute auf freiwilliger Basis Zuschüsse zum Bau einer Fußgängerzone leisten, können sie diese nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofes in München als sofort abzugsfähige Betriebsausgaben steuerlich von ihrem Gewinn absetzen. Dagegen seien nach einer Mitteilung des Bundesfinanzhofs aufgrund gesetzlicher Vorschrifen zu leistende Zuschüsse für den Bau einer Fußgängerzone keine sofort abzugsfähigen Betriebsausgaben oder Werbungskosten, sondern Aufwendungen, die die Anschaffungskosten des Grund und Bodens erhöhen. (Aktenzeichen Bundesfinanzhof IV R 137/80.)

BANK VON ENGLAND

Verbesserte Exportaussichten

WILHELM FURLER, **London**

Die Bank von England zeichnet in ihrem jüngsten Quartalsbericht ein überraschend optimistisches Bild von der konjunkturellen Entwicklung in Großbritannien. Trotz der Produktionsverluste bei Steinkohle durch den seit 16 Wochen dauernden Arbeitskampf der Bergleute dürfte, so die Notenbank, die britische Gesamtproduktion ihr Wachstum im ersten Quartal dieses Jahres mit einer Jahresrate von etwa drei Prozent fortgesetzt haben. Vor allem die Exporte seien seit dem Sommer letzten Jahres erheblich gestiegen – begünstigt durch den Erholungsprozeß in der Weltwirtschaft.

Das Exportvolumen sei unter Ausklammerung von Nordseeöl zwischen dem dritten Quartal 1983 und dem ersten Quartal dieses Jahres um etwa zehn Prozent gewachsen. Dabei sei der bei weitem größte Teil der gestiegenen Exporte nach Westeuropa gegangen, was die große Bedeutung dieser Nachbarmärkte unterstreiche.

Die verbesserten Exportaussichten und die gleichzeitig stark zunehmenden Industrie-Investitionen während der vergangenen zwei Quartale hätten eine deutlich breitere Basis für den gegenwärtigen Wirtschaftsaufschwung in Großbritannien geschaffen. Dies gelte um so mehr, als der Verbraucherboom, der zunächst allein die konjunkturelle Verbesserung trug und der aber im ersten Quartal dieses Jahres stark nachließ, in den vergangenen zwei Monaten offensichtlich wieder eingesetzt hat.

Etwas besorgt blickt die Notenbank auf die Entwicklung der Lohnkosten. Zur Zeit lägen sie in der verarbeitenden Industrie Großbritanniens zwar nur um etwa vier Prozent über dem Vorjahresniveau. Aber im Durchschnitt seien die Lohnstückkosten in allen Wettbewerbsländern im gleichen Zeitraum überhaupt nicht gestiegen.

SCHWEDEN / Nach Ende des Preisstopps lassen sich die Ziele der Inflationsbekämpfung kaum noch realisieren

Löhne sollen um höchstens fünf Prozent steigen

R. GATERMANN, **Stockholm**

Nach der Diskonterhöhung der Schwedischen Nationalbank von 8,5 auf 9,5 mit Wirkung vom Freitag lief gestern der vor zweieinhalb Monaten eingeführte allgemeine Preisstopp aus. Nach Aufhebung des Preisstopps muß die Hoffnung, bis Ende dieses Jahres die Teuerungsrate auf vier Prozent zu drücken, nun völlig aufgegeben werden und das Ziel, für Dezember 1985 auf drei Prozent zu kommen, muß als ziemlich unrealistisch angesehen werden.

Notenbankchef Bengt Dennis begründete die Diskonterhöhung vor allem mit dem steigenden internationalen Zinsniveau, das für Schweden seit April einen Nettodevisenabfluß von umgerechnet rund 1,5 Milliarden Mark zur Folge hatte. Finanzminister Kjell Olof Feldt mußte endgültig sein wichtigstes politisches Ziel der Inflationsbegrenzung aufgeben; auch die Aussichten, die positiven Effekte der kräftigen 16-Prozent-Abwertung der Schweden-Krone im Herbst 1982 über einen längeren Zeitraum erhalten zu können, schwinden nun. Statt Ende dieses Jahres auf eine Inflationsrate von vier Prozent zu kommen, werden es jetzt mindestens sechs Prozent sein, und über eine 12-Monats-Periode knapp neun.

Die Tarifabschlüsse, die laut Feldt bei höchstens sechs Prozent einschließlich Lohnnebenkosten liegen sollten, brachten ungefähr neun Prozent – die Grubenarbeiter erkämpften sich sogar über 13 Prozent – und sprengten radikal den von der Regierung abgesteckten gesamtwirtschaftlichen Rahmen.

Für 1985 bahnte sich eine ähnliche Entwicklung an, die die Regierung allerdings gebremst zu haben glaubt. In mehreren Verhandlungen mit den Tarifparteien kam man überein, 1985 die Lohn- und Gehaltssteigerungen auf fünf Prozent zu begrenzen; die Einzelheiten sollen bereits bis Oktober ausgehandelt sein, damit der Finanzminister sie in seinem Haushaltsentwurf für 1985/86 berücksichtigen kann. Diese Vereinbarung liest sich schön auf dem Papier, nur weiß niemand, ob und wie sie in die Praxis umgesetzt werden kann. Die Metallarbeitergewerkschaft nimmt aus diesem Jahr bereits einen Überhang von 4,5 Prozent mit und ähnlich ist die Situation in einigen Angestelltengruppen.

Zudem schafft die gute bis sehr gute Ertragsentwicklung der Industrie Unruhe in Arbeitnehmerkreisen. Die Beschäftigten wollen daran beteiligt werden. Die Gewerkschaften werden wahrscheinlich versuchen, die Forderung nach mehr Lohn durch zusätzliche Urlaubstage – die Rede ist von drei bis fünf – zu kompensieren. Damit würde man sich an die Vereinbarung mit der Regierung halten.

Waren die Tarifverhandlungen in Schweden bis 1983 stark auf die Zentralverbände konzentriert, so sind sie in diesem Jahr, wo erstmals seit drei Jahrzehnten branchenweise verhandelt wird, weitgehend auf die betriebliche Ebene verlegt worden.

Auch der Finanzminister sieht sich mit dem Dilemma konfrontiert, einerseits für mäßige Tarifabschlüsse eintreten zu müssen, andererseits aber die hohen Unternehmensgewinne nicht ignorieren zu können, die zum überwiegenden Teil durch die 16-Prozent-Abwertung verursacht wurden. Als Sozialdemokrat bietet sich ihm ein sehr zwiespältiges Bild. Eine Lösung könnte sein, daß den Unternehmen in irgendeiner Art, entweder durch höhere Abgaben oder Zwangsrücklagen, die Erträge beschnitten werden.

FLUGHAFEN FRANKFURT / Wieder im Aufwind

Zum ersten Mal Dividende

dpa/VWD, **Frankfurt**

Der Frankfurter Flughafen, der führende Verkehrsflugplatz der Bundesrepublik, ist „wieder im Aufwind". Wie der Vorstandsvorsitzende der Frankfurter Flughafen AG (FAG), Erich Becker, sagte, brachte das Geschäftsjahr 1983 Zuwachsraten in allen Verkehrssparten. Erstmals erhielten die Aktionäre – der Bund, das Land Hessen und die Stadt Frankfurt – eine Dividende von 12 Mill. DM.

Neue Rekordzahlen verzeichnete die FAG – so Becker – beim Passagieraufkommen mit 17,8 Mill. Fluggästen (plus 2,8 Prozent), bei der Fracht mit 685 000 Tonnen (plus 7,6 Prozent) und bei der Luftpost mit 99 000 Tonnen (plus 1,3 Prozent). Lediglich die Zahl der Starts und Landungen sei mit gut 222 000 knapp unter dem Höchststand von 1980 geblieben. Der Umsatz stieg 1983 auf 850,9 (1987: 806,3) Mill. DM. Die Investitionen betrugen 132,4 Mill. DM. Der Überschuß nach Steuern erreichte 33,1 Mill. DM, 13 Mill. mehr als im Vorjahr.

Die Nutzung der Startbahn West, die nach fast 20jähriger Planung am 12. April in Betrieb genommen wurde, ist nach Darstellung Beckers seither stetig verbessert worden. Überraschend übte Becker Kritik an den hohen Tarifen der Lufthansa im europäischen Verkehr. Die FAG wolle deshalb mit einer Reform der Landegebühren den innereuropäischen Flugverkehr begünstigen. Der neue hessische Finanzminister Hans Krollmann (SPD) wird Vorsitzender des FAG-Aufsichtsrats. Er löst den früheren Finanzminister Heribert Reitz ab.

Hypothekargeschäft ausgeweitet

hdt. **Münster**

Um fast 20 Prozent auf 1,16 (0,97) Mrd. DM konnte die Westfälische Landschaft-Bodenkreditbank, Münster, ihre Bilanzsumme 1983 steigern. Darin schlägt sich die Erhöhung der langfristigen Ausleihungen nieder, deren Summe um 28 Prozent auf 990 Mill. DM zunahm. Die stärkste Ausweitung entfiel auf das Hypothekargeschäft. Die Ausleihungen erreichten hier mit 257 (131) Mill. DM fast das Doppelte des Vorjahres. Im Kommunalkreditgeschäft und bei den Ausleihungen im Treuhandbereich aus dem staatlichen Förderungsprogramm für die Landwirtschaft gingen die Aktivitäten jedoch erheblich zurück. Der erzielte Jahresüberschuß von knapp 1,5 Mill. DM floß satzungsgemäß in die Rücklagen. Das immer noch sehr niedrige Eigenkapital erhöhte sich somit auf 16,5 Mill. DM.

NAMEN

Heinz A. Lessing, Mitglied des Verwaltungsrates des Bankhauses Joh. Berenberg, Gossler & Co. Hamburg, wird heute 75 Jahre.

Dr. **Nikolaus Graf Strasoldo,** persönlich haftender Gesellschafter des Bankhauses Sal. Oppenhaeim jr. & Cie, Köln/Frankfurt, vollendete am 1. Juli sein 70. Lebensjahr.

Hanno Zetsche, freiberuflicher Berater der Wein- und Kornbrennerei Both, Ahrweiler, wird heute 60. Jahre.

Hagen Feldmann, Präsident der Eurochem-Unternehmensgruppe, Inning, wird heute 70 Jahre.

Joachim von Beust, Nestor der deutschen Presseausschnittbüros feiert am 3. Juli den 75. Geburtstag.

Manfred Mühleisen (47), Vorstandsmitglied der Kodak AG, Stuttgart, und bisher zuständig für das Ressort Technik, hat die Leitung des Ressorts Marketing übernommen. Er ist Nachfolger von **Peter O. Schmidt,** der neue Aufgaben bei der europäischen Kodak-Zentrale, London, übernommen hat.

Dr. **Richard Ihn,** im Vorstand der Magdeburger Feuerversicherungs-AG, Hannover, zuständig für die Ressorts Vertrieb und Recht, übernimmt diese Bereiche zusätzlich bei der Magdeburger Allgemeine Lebens- und Rentenversicherungs-AG. Gleichzeitig hat **Fritz Schomaker** als ordentliches Vorstandsmitglied das HUK-Ressort bei der Magdeburger Feuer übernommen.

Gerhard Krischer, kaufmännischer Direktor der Robert Bosch GmbH, ist per 1. Oktober in den Vorstand der Nino AG, Nordhorn, berufen worden. Er übernimmt das Ressort Finanzen, das bislang von Vorstandschef Dr. **Walter Ferner** mitverwaltet wurde.

Landesbürgschaft für Ilse Werke

dos. **Hannover**

Das Land Niedersachsen wird dem in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Möbelhersteller Ilse Werke KG in Uslar mit einer 2-Mill.-DM-Bürgschaft unter die Arme greifen. Die Bürgschaft bezieht sich nach Angaben eines Sprechers des Wirtschaftsministeriums auf einen Betriebsmittelkredit, der zu 80 Prozent abgesichert wird. Mit Hilfe des Kredits will das südniedersächsische Unternehmen ein Sanierungskonzept realisieren, dem eine Neuordnung einzelner Produktionsbereiche zugrunde liegen soll.

Die Ilse Werke erzielten 1983 einen Umsatz von 54 Mill. DM. Beschäftigt werden rund 450 Mitarbeiter. Neben der Herstellung von Wohn- und Büromöbeln befaßt sich das Unternehmen mit der Produktion von Saunen und Sperrholzerzeugnissen.

RENTENMARKT / Diskonterhöhung stört nicht

Hoffnung auf Ausländer

Der Rentenmarkt hat die Diskonterhöhung mit größter Gelassenheit zur Kenntnis genommen. Er vertraute der Aussage der Bundesbank, daß mit diesem Schritt kein Signal zur Zinssteigerung gesetzt werden sollte, obwohl eine Verteuerung der Bankenrefinanzierung in der Tendenz natürlich für eine Zinssteigerung spricht, sofern sie sich am Markt durchsetzen läßt. Im übrigen hoffen die Rentenhändler, daß sich das bei kaum veränderten Kursen als praktisch tot bezeichnete Geschäft wieder etwas belebt, wenn sich ausländische Investoren nach der Beendigung des marktlähmenden Arbeitskampfes in der Metallindustrie vielleicht wieder mehr für D-Mark-Rententitel interessieren sollten. (cd.)

Emissionen	29.6. 84	22.6. 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,57	7,57	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,68	7,68	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,68	7,68	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	7,80	7,83	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öffntl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,67	7,65	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,38	7,36	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,18	8,19	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,67	7,65	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	8,08	8,11	8,08	8,45	10,32

BASF'83

Dividendenbekanntmachung der BASF Aktiengesellschaft

Die ordentliche Hauptversammlung vom 29. Juni 1984 hat beschlossen, für das Geschäftsjahr 1983 eine Dividende von DM 7,– auf jede Aktie im Nennbetrag von DM 50,– zu verteilen.
Die Auszahlung erfolgt nach Abzug von 25% Kapitalertragsteuer vom 2. Juli 1984 an gegen Einreichung der rechten Hälfte des Erneuerungsscheins.
Mit der Dividende ist für anrechnungsberechtigte inländische Aktionäre ein Steuerguthaben von 9/16 der Dividende (= DM 3,9375 pro Aktie) verbunden. Steuerguthaben und Kapitalertragsteuer können auf die Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer der inländischen Aktionäre angerechnet bzw. erstattet werden.
Der Abzug von Kapitalertragsteuer entfällt bei solchen inländischen Aktionären, die ihrer Depotbank eine „Nichtveranlagungs-Bescheinigung" des für sie zuständigen Finanzamtes eingereicht haben. In diesem Fall wird auch das Steuerguthaben durch die auszahlende Bank vergütet.

Die Dividende wird bei der Gesellschaftskasse in Ludwigshafen am Rhein und bei den unten genannten Kreditinstituten und ihren Niederlassungen ausgezahlt.

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Bankhaus H. Aufhäuser
Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft
Badische Kommunale Landesbank -Girozentrale-
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerzbank Aktiengesellschaft
Delbrück & Co.
Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Hamburgische Landesbank Girozentrale
Georg Hauck & Sohn Bankiers KGaA
Hessische Landesbank -Girozentrale-
Landesbank Rheinland-Pfalz -Girozentrale-
Landesbank Schleswig-Holstein -Girozentrale-
Merck, Finck & Co.
Metallbank GmbH
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank Aktiengesellschaft
Württembergische Kommunale Landesbank Girozentrale
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft

Ferner sind Zahlstellen in:

Belgien:
Kredietbank N. V., Brüssel
Banque de Paris et des Pays-Bas, Belgique S. A., Brüssel

Frankreich:
Banque Paribas, Paris
Banque Nationale de Paris, Paris
Crédit du Nord, Paris
Crédit Lyonnais, Paris
Lazard Frères et Cie., Paris
L'Européenne de Banque, Paris
Société Générale, Paris

Großbritannien:
Kleinwort, Benson Limited, London
S. G. Warburg & Co. Ltd., London

Österreich:
Creditanstalt-Bankverein, Wien

Niederlande:
Algemene Bank Nederland N.V., Amsterdam
Amsterdam-Rotterdam Bank N.V., Amsterdam

Schweiz:
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich
Schweizerischer Bankverein, Basel
Schweizerische Volksbank, Bern

sowie Niederlassungen dieser Banken in den jeweils genannten Ländern.

Ludwigshafen am Rhein, den 2. Juli 1984
Der Vorstand

BASF Aktiengesellschaft
6700 Ludwigshafen

BASF

PHILIPS

PHILIPS

Bilanz zum 31. Dezember 1983
(Kurzfassung)

AKTIVA	TDM
Anlagevermögen	
Sachanlagen	114.335
Finanzanlagen	213.046
Umlaufvermögen	
Vorräte	238.704
Forderungen	359.738
Flüssige Mittel	3.581
	929.404
PASSIVA	
Grundkapital	150.000
Rücklagen und Sonderposten	173.534
Rückstellungen	
Pensionen	210.048
Andere Rückstellungen	150.889
Verbindlichkeiten	
Langfristige Verbindlichkeiten	604
Andere Verbindlichkeiten	194.719
Bilanzgewinn	49.610
	929.404

Gewinn- und Verlustrechnung 1983
(Kurzfassung)

ERTRÄGE	TDM
Gesamtleistung	1.348.519
Andere Erträge	71.779
	1.420.298
AUFWENDUNGEN	
Materialeinsatz	507.890
Personalaufwand	430.644
Abschreibungen und Wertberichtigungen	37.494
Steuern (einschl. Vermögensabgabe)	62.118
Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil	8.373
Andere Aufwendungen	308.184
	1.354.703
Jahresüberschuß vor Verschmelzungsgewinn	65.595
Verschmelzungsgewinn	22.750
Jahresüberschuß	88.345
Gewinnvortrag	15
Einstellung in Rücklagen	38.750
Bilanzgewinn	49.610

Der vollständige Jahresabschluß und der Teilkonzernabschluß sind dem Bundesanzeiger zur Veröffentlichung eingereicht. Diese Abschlüsse tragen den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfers.

Philips Kommunikations Industrie AG — Nürnberg, den 19. April 1984

Wertpapier-Kenn-Nr. 576700

Die Hauptversammlung vom 28. Juni 1984 hat für das Geschäftsjahr 1983 beschlossen, den Bilanzgewinn von DM 49.610.127,10 wie folgt zu verwenden:

a) Dividende von 18% auf das Grundkapital in Höhe von DM 150 Mio = DM 27.000.000,—
b) Bonus von DM 7,50 je Aktie im Nominalwert von DM 50,— = DM 22.500.000,—
Vortrag des verbleibenden Restes auf neue Rechnung DM 110.127,10

Die Auszahlung der Gewinnanteile erfolgt gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 3 ab 29. Juni 1984.

Zahlstellen sind die Niederlassungen der folgenden Banken in München, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Köln und Nürnberg:
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Sal. Oppenheim jr. & Cie
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.

Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 9/16 = 56,25% der Dividende einschließlich Bonus verbunden. Steuerguthaben und Kapitalertragssteuer werden auf die Einkommen- oder Körperschaftssteuer des Aktionärs angerechnet.

Der Abzug der Kapitalertragssteuer entfällt bei solchen Aktionären, die ihrer Depotbank eine »Nicht-Veranlagungsbescheinigung« des für sie zuständigen Finanzamtes eingereicht haben. In diesem Fall wird auch das Steuerguthaben durch die auszahlende Bank vergütet.

Nürnberg, im Juni 1984
Der Vorstand

Philips Kommunikations Industrie AG

Data Systems | TE KA DE Fernmeldeanlagen | F&G Nachrichtenkabel und -anlagen



AIGNER / Kooperation öffnet Tür zum US-Markt

Einbußen im Leder-Bereich

DANKWARD SEITZ, München

Verstärkt ausbauen will die Etienne Aigner AG, München, in der nächsten Zeit ihr Auslandsgeschäft. Wie Vorstandsvorsitzender Hans Dieter Steinke anläßlich der Vorlage des Geschäftsberichts 1983 mitteilte, sollen noch in diesem Jahr in verschiedenen Ländern 14 neue Läden eröffnet werden. Ein Schwerpunkt wird dabei Asien mit allein 10 Neueröffnungen bilden, wovon wiederum vier in Japan erfolgen sollen. In der Bundesrepublik ist hingegen an keine Ausweitung des Ladennetzes gedacht.

Eine wesentlich bedeutendere Expansionsmöglichkeit hat sich Aigner aber jetzt in den USA eröffnet, wo man bisher aufgrund der Lizenzrechte nicht aktiv werden durfte. Nach Angaben von Steinke wurde kürzlich mit der Jonathan Logan Inc. ein Grundsatzvertrag über eine enge Zusammenarbeit abgeschlossen. Logan besitzt das Exklusivrecht für das Markenzeichen „Aigner" auf dem amerikanischen Markt, ohne daß jedoch irgendeine Beziehung zur deutschen Aigner-Gruppe bestand, und verkaufte unter diesem Namen fast ausschließlich Schuhe.

Der Kooperationsvertrag mit Logan ab Anfang 1985 sieht vor, daß die deutsche Etienne Aigner ihr Produkt-Know-how zur Verfügung stellt und von den Amerikanern die Markterschließung übernommen wird. Steinke geht dabei davon aus, daß Logan in der Anfangszeit Produkte zu Testzwecken von Aigner beziehen wird. Zu einem späteren Zeitpunkt sei dann eine gemeinsame Produktion in den USA durchaus denkbar.

Nicht nur unter diesen Aspekten ist Steinke recht zuversichtlich, die bei der Börseneinführung der Aigner-Aktie Anfang dieses Jahres gemachten optimistischen Prognosen erfüllen zu können. Die Entwicklung der ersten vier Monate 1984 habe zwar nicht befriedigt, doch habe man per Ende Mai wieder ein Umsatzplus von 7 Prozent erreicht. Inzwischen sei der Auftragseingang für die Herbst/-Winter-Saison so erfreulich, daß das Umsatzziel von 185 Mill. DM erreicht werden könne und damit auch die in Aussicht gestellte Dividende von 7,50 DM auf das erhöhte Grundkapital von 12 (8) Mill. DM.

Das Jahr 1983 bezeichnete Steinke als „ganz normal". Gegen den Markt habe man immerhin ein Umsatzplus von 14 Prozent auf 169 Mill. DM in der Gruppe erzielt – in der AG waren es 128,5 (119,6) Mill. DM. Das Inlandsgeschäft steuerte dazu 101,5 Mill. DM (plus 12,8 Prozent) und im Ausland 67,5 Mill. DM (plus 16,0 Prozent). Sehr unterschiedlich entwickelten sich allerdings die Sparten. Getragen von einem Umsatzplus von 52,6 Prozent auf 49,3 Mill. DM im Fashion-Bereich und von 42,0 Prozent auf 28,4 Mill. DM in der Kosmetik konnte der Umsatzrückgang bei Leder von 5,2 Prozent auf 91,3 Mill. DM mehr als ausgeglichen werden.

Kein Zeichen der Ertragsschwäche ist, so Steinke, daß der Konzern mit einem um 25 Prozent auf 1,8 Mill. DM verringerten Jahresüberschuß schließt, obwohl sich der Steueraufwand auf knapp 2,0 (5,3) Mill. DM verminderte. Man habe nur diese günstige Gelegenheit genutzt und für Marketing sowie für die Erschließung neuer Märkte erheblich mehr aufgewandt, was in den auf 55,3 (46,1) Mill. DM gestiegenen sonstigen Aufwendungen zum Ausdruck komme. Die AG weist einen Jahresüberschuß von 2,7 (2,4) Mill. DM aus. Nach Rückstellung von 0,9 (0,5) Mill. DM in die offenen Rücklagen verbleibt ein Bilanzgewinn von 1,8 (1,9) Mill. DM. Daraus wird auf das alte Grundkapital eine unveränderte Dividende von 11,25 DM ausgeschüttet.

SCHWARZKOPF / Die großen Marken haben sich im Wettbewerb stabilisiert – Friseurgeschäft läuft besser

Betriebsergebnis um fast 50 Prozent verbessert

JAN BRECH, Hamburg

Unternehmenspolitisches Ziel der Hans Schwarzkopf GmbH, Hamburg, bleibt es, auf den Massenmärkten Haar- und Körperpflegemittel, die führenden Positionen bei nur noch geringem Wachstum zu festigen und eine bessere Rendite weiteren Marktanteilsgewinnen vorzuziehen. Auf diesem Wege, so betonen die Geschäftsführer Karl Josef Ballhaus und Hans Heinrich Meyer-Seebeck, sei Schwarzkopf im Berichtsjahr 1983 ein gutes Stück vorangekommen. Veränderungen im Umsatzmix hätten zu einem „signifikant" besseren Betriebsergebnis geführt. „Signifikant" besser heißt für Meyer-Seebeck in diesem Fall fast 50 Prozent. Die Stärkung der Ertragslage gehe auch aus der Entwicklung des Brutto-Cash-Flow hervor, der um fast 31 Prozent auf 29 Mill. DM gestiegen sei.

Im Abschluß der Schwarzkopf GmbH wird der Jahresüberschuß mit 4 Mill. DM ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr liegt er zwar um 2 Mill. DM niedriger, doch waren 1982 im Gewinn 4 Mill. DM außerordentliche Erträge enthalten. Bei einem Periodenvergleich muß zudem berücksichtigt werden, daß Schwarzkopf 1983 zu Lasten des Ergebnisses Teilwertabschreibungen von 10,7 Mill. auf die Tochtergesellschaften in Spanien und Südafrika vorgenommen hat. Der Bilanzgewinn des Jahres 1983 ist mit 4 Mill. DM doppelt so hoch wie der des Vorjahres. Er wird auf 40 Mill. DM Stammkapital ausgeschüttet, das zu 51,15 Prozent die Familie Schwarzkopf und zu 48,75 Prozent die Hoechst AG hält.

Das Geschäft im Inland, erklärt Ballhaus, sei von der Stabilisierung der großen Marken gegen harten Wettbewerb, von Innovationen und dem Einstieg in den Haartönungsmarkt geprägt gewesen. Der Umsatz der Schwarzkopf-Gruppe Deutschland stieg um 3,7 Prozent auf 511 Mill. DM (Exportanteil 12,5 Prozent). Die bedeutenden Marktanteile am Körper- und Haarpflegemarkt wurden weitgehend behauptet. Bei Haarspray hält die Marke „Taft" 38 Prozent, bei Schampoo „Schauma" 31 Prozent und bei Haarwasser „Seborin" 25 Prozent. Mit Spülern ist Schwarzkopf zu 18 Prozent, mit Festigern zu knapp 16 und mit dem Deo „Bac" zu 18 Prozent am Markt beteiligt.

Zugewonnen hätten, so Ballhaus, die höherpreisigen Herren-Serien der Olivin-Division. Deren verstärkter Absatz beeinflußte das Ergebnis ebenso positiv wie die Ausweitung des mit besseren Margen arbeitenden Friseurgeschäfts, dessen Anteil am Inlandsumsatz von 12,5 auf 13 Prozent stieg.

Weiter gewachsen ist Schwarzkopf im Ausland. Der Gruppenumsatz einschließlich der ausländischen Beteiligungsgesellschaften stieg um 4,4 Prozent auf 801 Mill. DM, der Weltumsatz, der die Umsätze der Schwarzkopf Lizenznehmer mit einbezieht, um 2,9 Prozent auf 1,1 Mrd. DM. Von den 10 ausländischen Tochtergesellschaften arbeiteten nach Angaben von Meyer-Seebeck bis auf die in Italien, Spanien und Südafrika mit Gewinn. Während die italienische Gesellschaft ausgeglichen abschloß, erlitten die in Spanien und Südafrika (70 Prozent Schwarzkopf-Beteiligung) hohe Verluste, die die Teilwertabschreibungen erforderlich machten. Meyer-Seebeck erwartet, daß die Probleme beider Firmen bis 1985 behoben sind.

In diesem Jahr, so erklärt Ballhaus, blieben für Schwarzkopf Rendite-Überlegungen im Vordergrund. Die Zuwendung zu höherpreisigen Spezialprodukten werde fortgesetzt, nachdem die großen Massenmärkte nach unten abgesichert seien. In den ersten 5 Monaten dieses Jahres ist das Friseurgeschäft um 5,6 Prozent ausgeweitet worden. Das mengenmäßig dominierende Handelsgeschäft mit den großen Konsum-Marken hat aufgrund einer zeitlichen Neuordnung des Rabattsystems bislang keinen Zuwachs erzielt. Das Auslandsgeschäft ist um 15,3 Prozent gewachsen.

HOESCH

Für dieses Jahr zuversichtlich

dpa/VWD, Dortmund

Die wirtschaftliche Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte ist nach Auffassung des Vorstandsvorsitzenden der Hoesch Werke AG, Detlev Rohwedder, mit einer Reihe von Unsicherheiten und Risiken belastet. Vor der Hauptversammlung sagte Rohwedder, unsicher sei vor allem, welche Auswirkung der Arbeitskampf in der Metallindustrie auf die weitere konjunkturelle Entwicklung haben werde. Wenn jedoch der Stahlmarkt in der zweiten Jahreshälfte nicht drastisch einbräche, werde Hoesch für das Gesamtjahr erneut mit einem positiven Ergebnis abschließen können. In der HV, in der knapp 55 Prozent des Aktienkapitals in Höhe von 284,5 Mill. DM vertreten waren, wurden weitere Schritte zur Umstrukturierung des Konzerns vollzogen. Das Unternehmen heißt nunmehr Hoesch AG. Der gesamte Stahlbereich sowie die Beteiligungen in der Rohstoffversorgung und im Transport wurden in der neuen Hoesch Stahl AG zusammengefaßt. Die Schwerpunkte der Investitionstätigkeit des Konzerns würden bis Ende 1985 im Stahlbereich (1,5 Mrd. DM) liegen.

Bedeutenderes Lizenzgeschäft

W. NEITZEL, Kornwestheim

Für die Kornwestheimer Salamander-Gruppe, die sich sehr intensiv in Diversifikationsbereichen wie z. B. Schuhpflegemittel, Lederfaserstoffe usw. tummelt, gewinnt das Lizenzgeschäft immer größere Bedeutung. Vorstandsvorsitzender Franz Josef Dazert bezifferte in der HV des Unternehmens die Lizenzeinnahmen des vergangenen Jahres auf über 6 Mill. DM, wovon der größte Teil aus der „DDR" stamme. Über die dort schon seit längerem bestehende Lizenzproduktion für Schuhe hinaus soll in diesem Jahr auch eine Lizenzproduktion von Salamander-Schuhpflegemitteln anlaufen. Neue Investitionen erwäge man bei Salamander in der Kunststoff-Sparte, eine Entscheidung darüber falle in den nächsten Wochen.

Für das Jahr 1984 kündigt Dazert aus den verbesserten Ergebnissen der Tochter-Gesellschaften weiter steigende Beteiligungserträge an. Angespannter sei die Lage in der Schuhsparte. Die Talfahrt der deutschen Schuhproduktion infolge der hierzulande vorhandenen Kostenstruktur werde weiter anhalten. Der Vormarsch des Freizeitschuhs, der in der Bundesrepublik mit befriedigendem Ertrag nicht hergestellt werden könne, gehe weiter. Dies führe – so Dazert – einerseits zu Schließungen in der inländischen Schuhproduktion (1983: 26 Betriebsstillegungen), andererseits nähmen die Neugründungen für die passive Lohnveredelung im Ausland zu. Salamander komme an dieser Entwicklung nicht vorbei. In diesem Jahr schalte man verstärkt ausländische Fertigungsbetriebe ein, in denen mit geliefertem Material Schuhe hergestellt werden. Für 1984 hofft Dazert, einen „befriedigenden" Abschluß vorlegen zu können. Auf 66 Mill. DM Aktienkapital werden für 1983 unverändert 15 Prozent Dividende gezahlt (Präsenz: 66 Prozent).

TECHNO VENTURE MANAGEMENT

Erster Fonds überzeichnet

DANKWARD SEITZ, München

Wegen Überzeichnung ist der erste Techno-Venture-Fonds geschlossen worden. Nach Angaben der TVM Techno Venture Management Gesellschaft mbH & Co. KG, München, an der neben Siemens die Matuschka-Gruppe und TA Associates beteiligt sind, flossen dem Fonds 116 Mill. DM zu, das sind 16 Mill. DM mehr als geplant. In Deutschland hat sich der Fonds bereits an drei Unternehmen beteiligt, die auf den Gebieten Materialprüfung, Chip-Funktionstesting und Software-Erstellung tätig sind. Darüber hinaus wurden Beteiligungen in den USA, Großbritannien, Singapur und Japan erworben.

TVM wurde im Oktober 1983 gegründet und legte Anfang 1984 den ersten Fonds auf. Das Beteiligungskapital wurde neben Siemens von der Deutschen Bank, Bayer, Daimler-Benz, den Hauni-Werken, Mannesmann, MBB, der Österreichischen Industrieverwaltungs-AG sowie der Zahnradfabrik Friedrichshafen und der Stiftung Volkswagenwerk zur Verfügung gestellt.

Als nächsten Schritt bereitet TVM die Gründung eines weiteren Venture-Capital-Fonds vor, der den Namen „Techno Venture International" tragen und ein Fonds-Vermögen von etwa 30 Mill. DM haben soll. Mit ihm will TVM nach eigenen Angaben ausländischen Industriefirmen und Finanzierungsinstituten die Möglichkeit bieten, sich an jungen Unternehmen in Deutschland zu beteiligen. Vom Gesamtvolumen der beiden Fonds von etwa 150 Mill. DM sollen für Investitionen in Deutschland etwa 90 Mill. DM zur Verfügung stehen.

Um dem besonderen Interesse am Standort Berlin und den sich dort neu entwickelnden Technologien Rechnung zu tragen, hat TVM jetzt ein Techno-Venture-Büro im Berliner Innovations- und Gründerzentrum eröffnet. Erste Beteiligungen in Berlin werden derzeit ebenso wie die Ansiedlung neuer Gesellschaften geprüft.

LIECHTENSTEINER BANK / Präsenz in Frankfurt

Schwerpunkt Privatkunde

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Bank in Liechtenstein AG, Vaduz, will sich in der Bundesrepublik mit einer Tochtergesellschaft niederlassen, die als „Bank in Liechtenstein (Frankfurt) GmbH" firmieren soll. Noch in diesem Monat wird die Gründung bei der Bankenaufsicht beantragt. Die zu 95 Prozent von der Fürst-von-Liechtenstein-Stiftung, Vaduz, kontrollierte Bank mit einer Bilanzsumme von knapp 3 Mrd. DM ist dem deutschen Kapitalmarkt traditionell sehr eng verbunden.

Über ihre Präsenz in Frankfurt will die Bank ihre Kontakte zu in der Bundesrepublik international operierenden institutionellen Kunden intensivieren. Das DM-Geschäftsvolumen habe, so heißt es in einer Mitteilung der Bank, ein Ausmaß angenommen, das die Präsenz in Frankfurt rechtfertige, und dies um so mehr, als sich in der Bundesrepublik eine Renaissance für börsennotierte Wertpapiere erkennen lasse.

Die Frankfurter Tochter der Bank in Liechtenstein, die zunächst mit 10 Mill. DM Kapital ausgestattet wird und die sich um eine Börsenzulassung bewirbt, will sich auf das klassische, nicht bilanzwirksame Privatkundengeschäft konzentrieren. Schwerpunkte sollen die Anlageberatung und Vermögensverwaltung für in Deutschland und international operierende Kunden, die Anlageberatung von Privatkunden, der Wertpapier- und Devisenhandel sowie die Teilnahme an Emissionskonsortien sein.

Die Geschäftsleitung wird bei Ulrich Fehrung (bisher M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.) und Alois Konstantin Erbprinz zu Löwenstein (bisher Merck, Finck & Co.) liegen. Dem Aufsichtsrat werden neben dem Bank-Verwaltungsratsvorsitzenden Christian Norgren auch Wolfgang Reuter, bis vor kurzem Chef der Union-Investment GmbH, und Egment Frommelt, Vorsitzender der Direktion der Bank in Liechtenstein, angehören.

MESSE-AG / Großes Investitionsprogramm genehmigt

Neues Konzept im Herbst

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Bei der Deutschen Messe- und Ausstellungs-AG, Hannover, wird derzeit an einem langfristig angelegten Konzept gearbeitet, das die Stellung Hannovers unter den deutschen Messeplätzen stärken soll. Einzelheiten dazu wollte der Vorstand noch nicht mitteilen. Klaus E. Goehrmann, Vorstandsvorsitzender der Messe-AG, deutete aber an, daß weitreichende Konsequenzen zu erwarten sind. Offen blieb, ob dies auch den Veranstaltungsbereich betrifft. „Qualifizierte Äußerungen" seien erst im Herbst, wenn die Arbeiten abgeschlossen und die Aufsichts- und Beiratsgremien unterrichtet worden sind, zu erwarten.

Genehmigt hat der Aufsichtsrat jetzt das Investitionsprogramm, das Aufwendungen von 80 Mill. DM vorsieht und bis zur Hannover-Messe 1985 abgewickelt sein soll. Niedersachsens Wirtschaftsministerin Birgit Breuel, zugleich Aufsichtsratsvorsitzende der Messe-AG, wies darauf hin, daß die Mittel nicht dem Ausbau der Kapazitäten, sondern der Verbesserung der Infrastuktur des Messegeländes dienten. Die Finanzierung der Investitionen erfolge aus eigener Kraft und verteile sich auf Abschreibungen (zwei Drittel) und die Aufnahme von Krediten am Kapitalmarkt.

Zu den wichtigsten baulichen Maßnahmen gehören die Neugestaltung des Nordgeländes mit einer Eingangshalle, die Erweiterung des Informationszentrums und die Errichtung einer Leichtbauhalle im Freigelände, mit der zusätzliche Fläche für die Hannover-Messe '85 gewonnen werden soll. Erhebliche Bedeutung auch aus landespolitischer Sicht kommt dem Bau eines Hörfunk- und Fernsehzentrums zu.

Messe-Finanzvorstand Hubert H. Lange geht davon aus, daß die 1983 und 1984 entstandenen Verluste von jeweils rund 3 Mill. DM in den beiden folgenden Jahren wieder ausgeglichen werden können. Der Umsatz 1984 dürfte die Größenordnung des Vorjahres (135 Mill. DM) erreichen. Die finanzielle Situation habe sich weiter verbessert. In absehbarer Zeit ergebe sich kein zusätzlicher Kapitalbedarf. Die Gesellschafter, das Land Niedersachsen und die Stadt Hannover, seien nicht gefordert. Die Loslösung der Büro- und Informationstechnik von der Hannover-Messe ist nach den Worten Goehrmanns kein aktuelles Thema.

MOET-HENNESSY / Chandon Handelsgesellschaft rückte bei Sekt in den Club der Flaschenmillionäre auf

Lust an Prestige-Cognac bewirkte Umsatzsprung

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Deutschen haben im vergangenen Jahr besonders emsig die Champagner-Korken knallen lassen: 40 Prozent mehr Champagner-Einfuhren als im Jahr zuvor zeigt die Außenhandelsstatistik. Davon profitierte auch die Nobel-Marke Moët & Chandon, von der 1,2 (i. V. 0,9) Mill. Flaschen verkauft wurden. Der Hang zum Luxus hat der Chandon Handelsgesellschaft, der deutschen Tochter der französischen Moët-Hennessy Gruppe, auch in den anderen Bereichen das Geschäft belebt: Beim im Deutschland hergestellten Sekt M. Chandon rückte sie mit einer 17prozentigen Steigerung in den Club der Flaschenmillionäre.

Beim Cognac Hennessy wurde (bei einem um gut 8 Prozent geschrumpften Markt) der Absatz mit gut einer Million Flaschen gehalten; per Saldo erzielte Chandon eine Umsatzsteigerung um 16,5 Prozent auf 68,5 (59) Mill. DM und fuhr damit 2 (2,4) Mill. DM Gewinne in.

Daß sich imageträchtige Namen gut verkaufen, zeigt auch die Entwicklung beim zweiten deutschen Bein der Gruppe, der Parfums Christian Dior GmbH, Köln, die mit einem 13prozentigen Umsatzplus auf 24 Mill. DM deutlich besser als der Gesamtmarkt abschnitt. Dagegen ist man im noch jungen Geschäft mit pharmazeutischer Kosmetik (ROC) mit 8 Mill. DM Umsatz weit unter der Planung (15 Mill.) geblieben, nach Ansicht von Henri François-Poncet, deutscher Generalbevollmächtigter der Gruppe, allein eine Folge interner Probleme des Importeurs.

Das Geschäft in D-Mark trägt freilich insgesamt nur 5 Prozent zum Umsatz der Moët-Hennessy Gruppe bei, die im vergangenen Jahr ihren Umsatz um gut ein Viertel auf 5,74 (i. V. 4,59) Mill. Franc steigerte. (Nach aktuellen Kursen 1,9 (1,5) Mrd. DM). Daran sind Champagner und Weine mit 880 (725) Mill. DM beteiligt. Auf Cognac und Spirituosen entfallen 529 (407) Mill. DM), auf Parfums und Kosmetik 471 (375) Mill. DM.

Die kräftigsten Sprünge machte Moët-Hennessy im vergngenen Jahr übrigens in Asien (plus 43 Prozent); dafür sorgte vor allem die Lust der Japaner am Cognac mit Prestigenamen. In den USA, wo im vergangenen Jahr mit dem Erwerb des zweitgrößten Rosenzüchters der Welt Neuland betreten wurde, stiegen die Umsätze um 40 Prozent, hier ließ aber die Gewinnentwicklung zu wünschen übrig.

Am schwächsten legte die Gruppe in Frankreich (plus 16,5 Prozent) und im übrigen Europa (plus 18 Prozent) zu, Bereiche, auf die nach der bewußten regionalen Diversifizierung der letzten Jahre aber nur noch knapp die Hälfte des Umsatzes entfällt; 1980 waren es noch zwei Drittel. Der Nettogewinn stieg um (konsolidiert) 18,5 Prozent auf 134 (113) Mill. DM. Die Aktionäre der Holding (Moët-Hennessy SA partizipieren mit 20 (18) FF Dividende auf ein um 12,5 Prozent erhöhtes Kapital.

Auch in diesem Jahr will die Gruppe, deren breite Basis negative Schwankungen abfedert, mit Riesenschritten weiterwachsen. Nach einem Umsatzplus von 38 Prozent in den ersten fünf Monaten wird für das ganze Jahr ein Plus von 20 Prozent (auch beim Gewinn) angepeilt.

GALOPP / Hengst Ordos, der Derby-Sieger von 1983, gewann in Hamburg mit Peter Alafi den Großen Hansa-Preis

Favorit Abary nur Vierter, da wurde Trainer Jentzsch lautstark wütend über seinen Jockey Georg Bocskai

KLAUS GÖNTZSCHE, Hamburg

Der vierjährige Hengst Abary aus der Zucht des Gestüts Fährhof gilt als derzeit bester deutscher Grand-Prix-Galopper. Im Vorjahr gelang ihm ein spektakulärer Sieg gegen Orofino im Großen Preis von Berlin, zuletzt war er zweimal gegen Ordos, den Derby-Sieger des Vorjahres, erfolgreich. So war es nur logisch, daß Abary beim 88. Großen Hansa-Preis (Europa-Gruppe II, 2200 m, 102 000 Mark, 60 000 Mark dem Sieger) am Samstag in Hamburg als 15:10-Totofavorit antrat. Er hat das Vertrauen nicht gerechtfertigt und wurde nur Vierter. Ordos mit Peter Alafi (48) gewann das Hauptrennen des vorletzten Tages der Hamburger Derby-Woche bei strömendem Regen mit anderthalb Längen Vorsprung vor Kaiserstern, Alex und Abary, den nur ein kurzer Kopf vom Fünften Feuersturm trennte. Im direkten Duell steht es jetzt nur noch 4:3 für Abary.

Entscheidend für die unerwartete Niederlage durfte die Reittaktik von Jockey Georg Bocskai (25) gewesen sein. Im Feld der nur sechs Starter übernahm er sofort die Spitze, während sich Peter Alafi mit Ordos klug zurückhielt, seinem Pferd Kräfte für den Endspurt aufsparte und auf der Zielgeraden leicht die Konkurrenz auf die hinteren Ränge verwies.

Abarys Trainer Heinz Jentzsch (64) ließ Bocskai den Ärger deutlich hören. Der normalerweise auch in solchen Situationen besonnene Championtrainer sprach harte Worte. Jentzsch: „Der Bocskai muß wohl bei meiner Order weggehört haben. Oder er hat beim Kollegen von Mitzlaff zugehört."

Für das Gestüt Zoppenbroich, Jockey Peter Alafi und Trainer Sven von Mitzlaff (70) war der Ordos-Erfolg der vierte in Folge in diesem Rennen. Königsstuhl und zweimal Orofino hießen die Sieger seit 1981. Ordos widerlegte durch seinen überzeugenden Erfolg auch die gelegentlich nach Niederlagen aufgetischte Entschuldigung, er könne auf weichem Geläuf nicht so schnell galoppieren wie auf trockenem Boden.

Unter dem Strich dokumentierte der Hansa-Preis allerdings, wie bedenklich es momentan wieder einmal in der deutschen Grand-Prix-Klasse zugeht. Sechs Starter in einer 102 000-Mark-Prüfung sind eine Zumutung, vor allem auch für den Veranstalter, der den Rennpreis aufbringen muß.

Das Starterfeld des Hansa-Preises dezimierte sich noch einen Tag vorher durch einen tragischen Unfall des sechsjährigen Hengstes Belesprit aus dem Gestüt Hofgut Fremersberg in Baden-Baden. Beim letzten Galopp mit seinem Trainingsgefährten Ordos auf der Hamburger Derby-Bahn zog sich Belesprit eine Fraktur des Schultergelenks zu. In der Tierklinik in Sottrum bei Bremen wurde er am Freitagabend um 22.00 Uhr eingeschläfert. Eine Verwendung als Rennpferd und auch als Deckhengst wäre nicht mehr möglich gewesen. Belesprit war das bisher beste Pferd des Baden-Badener Unternehmers Erich Eilebrecht-Kemena, der in den Weinbergen vor den Toren der Kurstadt sein Gestüt betreibt. 291 400 Mark hat der Hengst in 26 Rennen gewonnen, die beiden wichtigsten seiner insgesamt sieben Siege waren der Große Preis von Gelsenkirchen 1982 und das Spreti-Rennen 1983 in Iffezheim. Belesprit bestach vor allem durch seine Formbeständigkeit. Der Hengst war versichert, die Höhe aber nicht bekannt.

Durch Belesprits Ausfall reduzierte sich die karge deutsche Grand-Prix-Truppe weiter. Durch Verletzungen oder Unfälle sind in den letzten Monaten bereits Solo, Ocos, Anno, Orofino, Strong Lion, Revlon Boy, Index und Ludovico ausgefallen. Tombos und Anatas haben die hohen Erwartungen nicht erfüllt, auch Überraschungssieger Ako ist wieder einmal nicht auf dem Posten. Die Hoffnungen ruhen, wie alljährlich, auf den Pferden des Derby-Jahrgangs.

Für die verantwortlichen Funktionäre des Hamburger Renn-Clubs wurde die diesjährige Derby-Woche zu einer frustrierenden Angelegenheit. Ständiger Regen sorgte dafür, daß vor allem an den Wochentagen und am ersten Wochenende die Tribünen leer blieben. Finanzieller Schaden größeren Ausmaßes wurde durch ein in Deutschland einmaliges Sponsoren-Engagement verhindert. Von den etwa 1,3 Millionen Mark an Rennpreisen kommen fast 300 000 Mark von den Konten rennsportbegeisterter Unternehmen. 200 000 Mark zahlte erstmals die deutsche Niederlassung des IBM-Konzerns. Das 115. Deutsche Derby (bei Redaktionsschluß noch nicht gelaufen) wurde mit dem wenig einprägsamen Untertitel IBM-PC-Pokal angeboten.

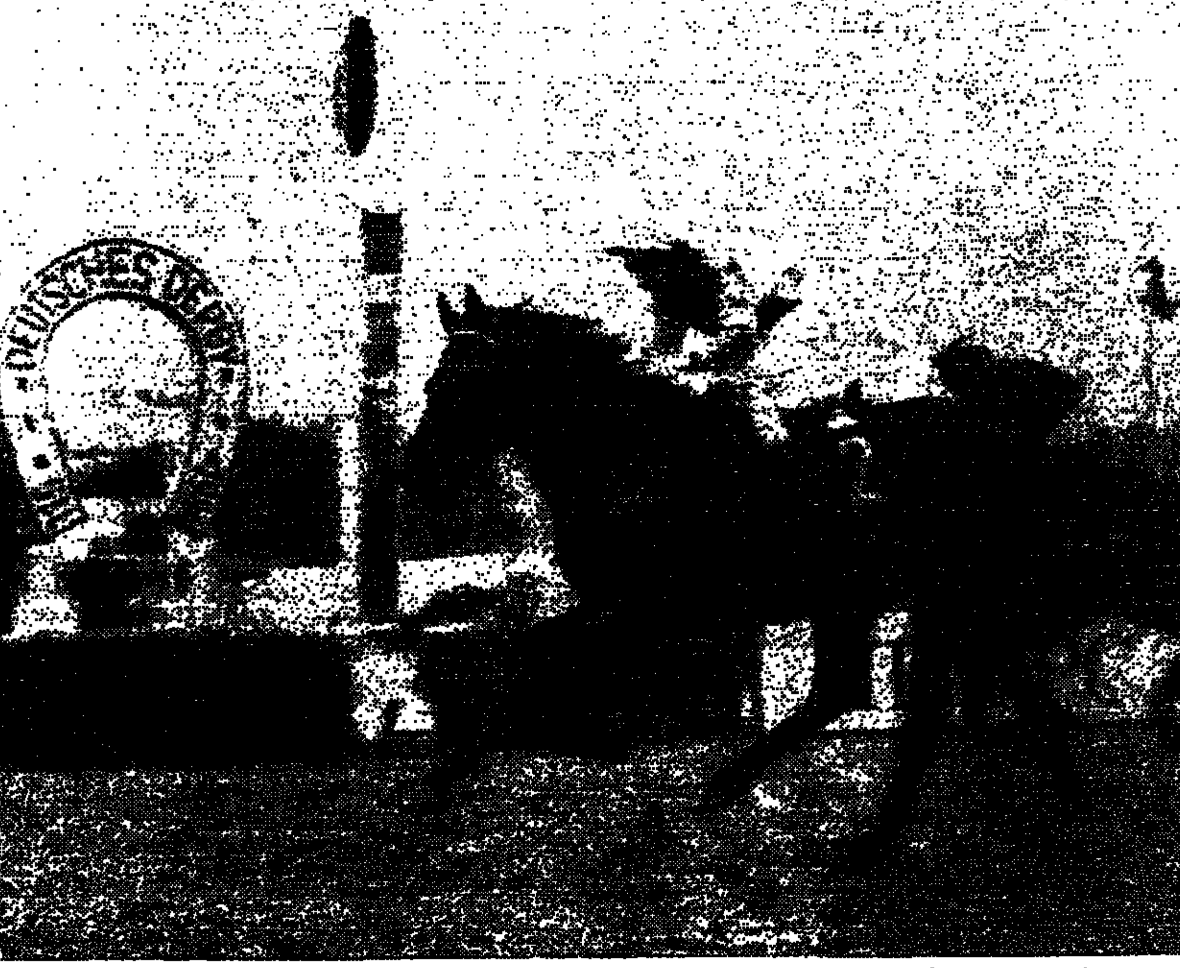
Das Interesse des Hamburger Publikums an der Derby-Woche ist seit Jahren gleichbleibend gering, vom Derby-Tag abgesehen. Ohne den überaus engagierten Vorstand des Renn-Clubs stünde die Veranstaltung mit Sicherheit am Rande der Existenzfähigkeit. Präsident Joachim Willink (69) pflegt gute Kontakte zum Senat, sämtliche Vorstandsmitglieder sind ständig auf Sponsoren-Suche.

Trotzdem wird die Derby-Woche wohl immer ein Provisorium bleiben. Ein Rennverein, der einmal im Jahr veranstaltet, muß schon sportliche Delikatessen servieren, wie es der Internationale Club in Baden-Baden bei zwei Meetings vormacht. In Hamburg-Horn aber wird, von wenigen Ausnahmen abgesehen, zu viel Hausmannskost geboten.

Derbyrede von Astrid Bresges

Mit Galopper-Präsident Walter Scheel als höchstem Gast fand am Samstagabend im Hamburger Hotel Inter Conti das Derby-Vordinner statt. Sämtliche Besitzer der im Derby startenden Pferde waren eingeladen. Hinter den Kulissen wurde vor allem über die neue Satzung des Galopper-Verbandes diskutiert, die seit Monaten ein ständiger Streitpunkt unter den verschiedenen Interessengruppen ist. Nun hofft man, morgen in einer Direktoriums-Sitzung das neue Werk endlich verabschieden zu können.

Die Derby-Rede hielt am Sonntag im Hotel Atlantic Astrid Bresges, die 24 Jahre alte Tochter von Helga Bresges, der Besitzerin des Vorjahres-Derby-Siegers Ordos. Die Laborantin in der Pathologischen Abteilung der Düsseldorfer Uni-Klinik durfte im Gegensatz zur 17 Jahre alten Schülerin Steffi Seiler die Rede halten. Akos Besitzerin hatte man im Vorjahr zur Derby-Rede praktisch ausgeladen.



Bei strömendem Regen ein sicherer Sieg mit anderthalb Längen Vorsprung: Ordos mit Peter Alafi im Sattel beim Großen Hansa-Preis in Hamburg-Horn. FOTO: WITTERS

Von Loeper mit dem Favoriten gescheitert

Auf der Trabrennbahn in Hamburg-Bahrenfeld wurde das schon zur Tradition gewordene Jokkey- und Trainerfahren ausgetragen. Mario Hofer aus München siegte mit der sechsjährigen Stute Borussia, die eigentlich der verletzte Championjockey Lutz Mäder fahren sollte. Das Rennen für die Turf-Prominenz gewann bereits zum fünften Mal Heinz Harzheim, der Juniorchef des Kölner Gestüts Bona. Er steuerte den zehnjährigen Wallach Intervall mit 3 1/2 Längen Vorsprung vor Fratz ins Ziel. Diesen 20:10-Favoriten fuhr Direktoriums-Generalsekretär Hans-Heinrich von Loeper. Intervall gehört Kristen Frahm, Mitarbeiterin der Hamburger Trabrenn-Gesellschaft. Bei der gleichen Veranstaltung gewann die zweijährige Stute Galante mit Helmut Beckemeyer eine Abteilung des Versuchsrennens der Zweijährigen. 260 000 Mark hat Marion Jauss aus Berlin an Vorbesitzer Alwin Schockemöhle bezahlt, für den ersten Sieg gab es 25 000 Mark. Das Kuriose an diesem Transfer: Marion Jauss ist selbst Züchterin von Galante. Im Jährlingsalter verkaufte sie das Pferd (für einen unbekannten Preis) an den Olympiasieger im Springreiten. Allerdings soll Schockemöhle noch einen Anteil an Galante halten.

*

Nach Anzahl der Siege war ein der breiten Turf-Öffentlichkeit weitgehend unbekannter Mann der erfolgreichste Besitzer am Samstag der Derby-Woche. Dr. Günter Briel aus dem Örtchen Rödinghausen bei Melle in Ostwestfalen feierte die Siege seiner Pferde Auenmaid und Corsar. Der Landarzt humpelte zur Siegerehrung. Beim Tennis hatte er sich einen Bänderriß zugezogen.

*

Das sportlich neben dem Hansapreis zweitwichtigste Rennen, der Preis von Berlin (20 000 Mark, 11 700 Mark dem Sieger), gewann der dreijährige Hengst Zugriff. Mitbesitzer ist NDR-Sportchef Fritz Klein, auch Vorstandsmitglied des Hamburger Renn-Clubs.

*

Die höchste Siegquote in der deutschen Derby-Geschichte wurde vor zwei Jahren ausgezahlt: auf Ako gab es 608:10. Lange Gesichter machten die Wetter im Jahre 1905. Nach dem Sieg von Patience bekamen sie nur ihren Einsatz zurück: 10:10, die kleinste Siegquote der Derby-Geschichte. Die höchste Dreierwette stammt aus dem Jahre 1971. Für die Reihenfolge Lauscher-Madruzzo-Quisquis gab es 368 228:10. Die größte Wette der Derby-Geschichte kassierte der Ungarn Ernst von Blascovits. Er hatte seine Derby-Siegerin Budgyoengye drei Jahre vor ihrem Sieg (1885) bei einem Buchmacher zum Festkurs von 1000:10 Gulden, gewettet. Sein Einsatz: 10 000 Gulden.

Die Auszahlung: Eine Million Gulden.

*

Zwei Pferde halten den Zeitrekord des Deutschen Derbys: Nereide (1973) und Athenagoras (1973) bewältigten die 2400-m–Distanz in 2:28,8 Minuten. Die langsamste Zeit stammt aus dem Jahre 1927. Im sogenannten Sumpfderby war der Schlenderhaner Hengst Mah Jong erst nach 3:32 Minuten im Ziel.

KLAUS GÖNTZSCHE

TOUR DE FRANCE / Peters im Gelben Trikot – Interview mit dem einzigen deutschen Fahrer

Der ehrgeizige „El Raimundo" Dietzen ist in Spanien weitaus populärer als in seiner Heimat

KLAUS BLUME, Bonn

Am Freitag begann in St. Denis bei Paris die Tour de France, der radsportliche Höhepunkt dieses Jahres. 3900 Kilometer sind bis zum 22. Juli in 23 Etappen zu bewältigen, wobei es nur einen Ruhetag gibt, am 14. Juli in Grenoble. Neun Bergetappen in den Pyrenäen und in den Alpen, fünf verschiedene Zeitfahrabschnitte und eine Mammutetappe über 330 Kilometer von Nantes nach Bordeaux am 7. Juli bilden die schwersten Prüfungen der diesjährigen Tour. Favoriten sind die beiden Franzosen Laurent Fignon (Vorjahrssieger) und Bernard Hinault (viermaliger Gewinner der Tour), der Ire Sean Kelly, der Australier Phil Anderson und der Spanier Angel Arroyo. Als Geheimtip gilt der amerikanische Weltmeister Greg Lemond, ein Teamkollege von Laurent Fignon.

Gleich zum Auftakt, beim Einzelzeitfahren in St. Denis über 5,4 Kilometer, kam es zum großen Duell zwischen den beiden ehemaligen Mannschaftskollegen Laurent Fignon und Bernard Hinault. Im Ziel war Hinault drei Sekunden schneller als Fignon. Die erste Etappe nach dem Prolog gewann der Belgier Frank Hoste im Spurt, Hinault mußte das Gelbe Trikot des Führenden an den Belgier Ludo Peeters abgeben, der von einer Zeitgutschrift profitierte, die er nach einem Ausreißversuch unterwegs erhalten hatte. Hinault: „Ohne Gelbes Trikot ist es unterwegs viel leichter für mich."

Von den deutschen Fahrern ist in diesem Jahr nur Reimund Dietzen aus Trier dabei, der überraschend Dritter der Spanien-Rundfahrt „Vuelta" geworden ist. Auf den ersten beiden Teilstücken der Tour de France placierte sich Dietzen im mittleren Feld, allerdings nur mit Sekundenabständen zum Träger des Gelben Trikots. Warum das so ist, erklärt Dietzen, der Senkrechtstarter dieser Saison, in dem nachfolgenden Interview. Die WELT telefonierte mit Reimund Dietzen.

WELT: Dietrich Thurau traut Ihnen bei der Endabrechnung am 22. Juli in Paris einen Platz unter den ersten Zehn zu ...

Dietzen: Der hat gut reden daheim in seinem Wohnzimmer. Ich bin nicht mehr so gut in Form wie im Frühjahr, schließlich habe ich in diesem Jahr schon an die 70 Straßenrennen und rund 30 Querfeldein-Veranstaltungen hinter mir.

WELT: Aber Sie werden dennoch die Tour, wie auch die Spanien-Rundfahrt, als Kapitän des spanischen TEKA-Rennstalls bestreiten?

Dietzen: Mal sehen. Das muß sich in den ersten neun Tagen herausstellen. Da sind zum Beispiel die beiden Kolumbianer Edgar Corriedor und Patrocinio Jimenez in unserem Team. Beide sind erstklassige Bergfahrer, die schon im vorigen Jahr als Amateure bei der Tour de France für Aufsehen sorgten. Corriedor wurde auf der schweren Bergetappe nach Alp d'Huez Dritter, Jimenez trug eine zeitlang das Trikot des besten Kletterers im Feld. Dann haben wir noch den Spanier Pedro Munoz, der sich optimal auf die Tour vorbereitet hat und nach dem Gesamtsieg trachtet.

WELT: Und welche taktische Rolle spielen Sie?

Dietzen: Auf den Flachetappen einrollen, nicht abhängen lassen, um dann ebenfalls, wenn es geht, in den Bergen etwas Richtiges tun zu können.

WELT: Sie gelten derzeit als bester deutscher Radprofi, aber sie arbeiten in Spanien. Ihre Frau lebt in Trier. Läßt sich so etwas auf Dauer überhaupt bewerkstelligen?

Dietzen: Natürlich. Ob meine Frau nun in Spanien oder in Deutschland lebt, ist doch zweitrangig. Ich bin als Radrennfahrer sowieso die meiste Zeit nicht daheim. Und in Spanien kennt man mich, nennt man mich „El Raimundo". Ich komme gut zurecht. Ich beherrsche mittlerweile die Sprache, auch den Jargon der spanischen Rennfahrer.

WELT: Das ist wohl notwendig, denn der spanische unterscheidet sich vom übrigen europäischen Radsport doch ungemein ...

Dietzen: Radsport ist für die Spanier: Rauf auf den Berg. Radrennen ohne ordentliche Berge gibt es in Spanien nicht. Deshalb haben sie auch keine Sprinter wie zum Beispiel die Belgier. Deshalb kann sogar ich, als allenfalls mittelprächtiger Spurter, in Spanien Sprintankünfte gewinnen.

WELT: Rund 100 Rennen sind Sie in diesem Jahr bereits vor Beginn der Tour de France gefahren. Ist das nicht ein bißchen zuviel?

Dietzen: Also, ich bin ganz schön kaputt, und am 12. September nach der Katalonien-Rundfahrt ist für dieses Jahr endgültig Schluß. Das habe ich meiner Firma schon mitgeteilt. Danach bekommt mich niemand mehr aufs Fahrrad, erst recht nicht zum Herbstklassiker „Lombardei-Rundfahrt" im Oktober nach Italien.

WELT: Aber da wären doch im Herbst schon die ersten Querfeldein-Rennen für den Cross-Spezialisten Dietzen zu fahren, oder nicht?

Dietzen: Wahrscheinlich fange ich damit etwas später an, oder ich fahre vorerst überhaupt keine Querfeldein-Rennen mehr. Wenn ich daran denke, was ich im letzten Winter deshalb allein an Kilometern im Auto zurückgelegt habe, um die Renntermine in Deutschland, in der Schweiz, in Belgien, in Luxemburg und in Holland einzuhalten, dann graust es mir davor.

WELT: Also am besten keine Cross-Rennen mehr?

Dietzen: Wahrscheinlich drei, vier Jahre lang nicht mehr. Denn ich kann an einen harten Rennwinter nicht gleich zweieinhalb Monate mit rund 50 Straßenrennen im heißen Spanien dranhängen. Das schaffe ich auf die Dauer nicht, da verbrauche ich mich zu schnell.

WELT: Deshalb finden Sie Thuraus Prognose, bei der Tour unter den ersten zehn zu sein, wohl auch falsch?

Dietzen: Normalerweise nicht. Aber ich bin ja auch in der Vuelta mit einer miesen Form gestartet und dann doch Dritter geworden. Deshalb habe ich mir folgendes gedacht: Wenn ich nach neun Tagen sehe, daß es mit einer vorderen Placierung im Gesamtklassement nichts wird, versuche ich wenigstens, eine Etappe zu gewinnen. Auf alle Fälle werde ich bis nach Paris durchfahren. Immerhin bin ja der Dritte der Spanien-Rundfahrt 1984, gefahren bei Hitze, Schnee, Hagel und Regen. Und so etwas verpflichtet im Grunde für eine gute Vorstellung bei der Tour de France.



Reimund Dietzen aus Trier ist der einzige Deutsche bei der Tour de France. Sein Ziel: Mindestens eine Etappe gewinnen. FOTO: W. A. ROTH

MOTORRAD / Hartes Rennen der 250-ccm-Klasse

Beschwerde über Mang Rüder Fahrstil im Regen

K. Bl. ASSEN/BONN

„Man kann nur immer wieder an die Vernunft der Kollegen appellieren, das Ergebnis nicht über alles zu stellen." Der Münchner Martin Wimmer sagt das als Sprecher der internationalen Motorrad-Rennfahrer nach dem Großen Preis von Holland in Assen. Vorausgegangen war das Rennen der 250 ccm-Klasse, eine Triumphfahrt der beiden Deutschen Manfred Herweh (3. Platz) und Toni Mang (4. Rang) hinter dem siegenden Titelverteidiger Carlos Lavado (Venezuela). In der Weltmeisterschafts-Wertung liegen Herweh (55) und Mang (54) hinter dem ausgestiegenen französischen WM-Spitzenreiter Christian Sarron (72 Punkte) nun auf den nächsten beiden Plätzen.

Doch welcher Einsatz war notwendig! Wimmer erzählt: „Nach dem Rennen kam der Franzose Jean-François Balde zu mir, um sich über Toni Mang zu beschweren. Balde befand sich nach seiner Darstellung im Inneren einer Kurve, als Toni ihn, ebenfalls auf dem inneren Kurvenrand, nach oben drückte. Hätte Balde seine Linie nicht verlassen, wären beide unweigerlich gestürzt. Aber der Franzose hat sich aufgerichtet und fuhr im dritten Gang, das sind annähernd 170 Stundenkilometer, ins Gras und stürzte. Toni hat den Balde regelrecht ins Abseits befördert."

Und was sagt der viermalige Weltmeister Toni Mang dazu? „Es geht nicht härter oder unfairer im Motorradsport zu als früher. Es bleibt nur deshalb mehr beim Betrachter hängen, weil heutzutage viel mehr über unseren Sport im Fernsehen gebracht wird. Und was wir auf der Piste tun, sieht einfach deshalb gefährlicher aus, weil eben nicht zwei oder drei Fahrer das Rennen bestimmen, sondern 12 oder gar 13."

Und drei deutsche Rennfahrer, Mang, Herweh und Wimmer, gehören in der Klasse bis 250 ccm dazu, Mang und Herweh können sogar noch Weltmeister werden. Manfred Herweh freilich nur dann, wenn er in acht Tagen beim Großen Preis von Belgien in Spa-Francochamps wieder aufs Motorrad steigen kann. Er hat nur unter großen Schmerzen das Rennen in Holland beenden können. Herweh: „Zum Schluß konnte ich einfach nicht mehr. Ich konnte mich auch kaum mehr auf dem Motorrad bewegen, um in den Kurven das Körpergewicht richtig zu verlagern."

Die Schmerzen hatten im rechten Arm eingesetzt, Folgen eines Sturzes in Salzburg, als eine offene Wunde nicht ganz ernst genommen wurde. Mit einer Schleimbeutel-Entzündung und leichtem Fieber fuhr Herweh das schwere Regenrennen in Assen! Seine Frau sagt: „Er ist ja viel zu ehrgeizig, um aufzugeben."

Passiert ist Gott sei Dank nichts, doch als der Schweizer Cornu an ihm vorbei fuhr, konnte Herweh nicht mehr reagieren – die Schmerzen im rechten Arm waren zu groß. Gleich nach dem Rennen fuhr Herweh zu einem befreundeten Unfallarzt und Sportmediziner, um sich notfalls operieren zu lassen.

Zuviel des Einsatzes? Toni Mang sagt über den Zustand seiner Branche: „Ich glaube nicht, daß sich in der entscheidenden Weltmeisterschaftsphase die deutschen Fahrer im Kampf gegen die Ausländer unterstützen werden. Vor allem, wenn wir alle drei noch gute Chancen haben. Dann wird wohl niemand auf den anderen Rücksicht nehmen. Aber Freundschaften unter Motorradrennfahrern, die gibt es ja ohnehin kaum mehr. Da ist der Kampf der Sponsoren, der Geldgeber, und das macht auch den Fahrern den Umgang miteinander schwerer. Das Fahrerlager eines Motorrad-Grand-Prix ist nicht mehr der Platz, um Freundschaften zu schließen."

So ging es im Regen von Assen auch nur darum, sich wegen der eigenen Sicherheit untereinander abzustimmen. Martin Wimmer, der Fahrersprecher, hatte nach dem Abbruch im Regen erreicht, daß vor dem zweiten Start erst eine Runde gefahren wurde, damit anschließend jeder für sich entscheiden konnte, welche Reifen er bei wechselhaftem Wetter benutzt. Wimmer hatte obendrein ausgemacht, daß er bei einem dauerhaften Regenguß vom Motorrad aus per Handzeichen den Abbruch des Rennens verlangen wird. In solchen Dingen sind sich die Fahrer also mittlerweile einig. Aber, wenn jemand rüde fährt? Wimmer: „Ich kann nur immer wieder sagen: Stellt nicht die Placierung über alles."

NACHRICHTEN

Olsen zu Manchester

Manchester (sid) – Der dänische Fußball-Nationalspieler Jesper Olsen hat einen Dreijahresvertrag bei Manchester United unterschrieben. Olsens bisheriger Verein Ajax Amsterdam erhält eine Ablösesumme von 3,7 Millionen Mark.

Absage für Olympia

Rio de Janeiro (dpa) – Der brasilianische Fußball-Meister Fluminense Rio de Janeiro mußte die Teilnahme am olympischen Turnier absagen. Die vom Nationalen Olmypischen Komitee (NOK) Brasiliens nominierte Vereinsmannschaft hat zur gleichen Zeit Spiele um die Meisterschaft ihres Bundesstaates auszutragen.

940 000 Mark Verlust

Stuttgart (dpa) – Der deutsche Fußball-Meister VfB Stuttgart schloß das Geschäftsjahr 1983 mit einem Bilanzverlust von 940 000 Mark ab. Der Verein, der in der vergangenen Saison einen Zuschauerschnitt von 31 076 erreichte, hat für die neue Spielzeit schon 7000 Dauerkarten verkauft.

Stuttgart holt Claesen

Stuttgart (sid) – Der belgische Fußball-Nationalspieler Nico Claesen hat einen Zweijahresvertrag beim VfB Stuttgart unterschrieben. Stuttgart zahlt dem FC Seraing (Belgien) eine Ablöse von 1,1 Millionen Mark. Stuttgart hat mit Sigurvinsson (Island) und Corneliusson (Schweden) nun drei Ausländer unter Vertrag stehen. Der Schwede soll verkauft werden.

Anwalt aus der „DDR"

Karlsruhe (dpa) – Der Fußball-Profi Dietmar Roth vom Bundesliga-Aufsteiger Karlsruher SC wird von Rechtsanwalt Wolfgang Vogel aus der „DDR" verteidigt. Roth war vor einer Woche auf der Transitstrecke nach Berlin in einen Verkehrsunfall verwickelt. Dabei starb ein fünf Jahre altes Mädchen aus der „DDR" an den Folgen eines Lungenrisses.

Aktiengesellschaften

Paris (dpa) – Französische Sportvereine können ihre Profi-Abteilungen in Zukunft als Aktiengesellschaften führen. Die Nationalversammlung stimmte einem entsprechenden Gesetz zu.

Christl Cranz 70 Jahre

Bonn (dpa) – Der erste Glückwunsch des neuen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker galt mit Christl Cranz einer der berühmtesten deutschen Skiläuferinnen. Christl Cranz, 1936 Olympiasiegerin in Garmisch, feierte gestern ihren 70. Geburtstag.

Sieg zum Auftakt

Kiel (dpa) – Der Kieler Uwe Mares gewann mit seiner Yacht „Flurschaden" die Auftakt-Regatta bei der Segel-Weltmeisterschaft der Dreiviertel-Tonner. Die „Positron" mit dem Sauerländer Karl-Heinz Dehler belegte den zweiten Platz vor der „Right On" mit Nils Springer (Arnis).

Remmert nach Moskau

Hamburg (dpa) – Deutschlands erfolgreichster Jockey Peter Remmert ist von der sowjetischen Turf-Organisation nach Moskau eingeladen worden. Remmert nimmt an den Galopp-Rennen anläßlich des 150jährigen Bestehens der Moskauer Galopp- und Trabrennbahn am 27. Juli teil.

Schockemöhle enttäuschte

Wolfsburg (dpa) – Paul Schockemöhle (Mühlen) belegte in der zweiten Qualifikation zum Großen Preis von Wolfsburg nur die Plätze drei und vier. Es siegte der englische Profi David Broome auf Royal vor Jürgen Ernst (Verden) auf Lustig.

Rekord nach elf Jahren

München (dpa) – Einer der ältesten deutschen Gewichtheberrekorde ist gefallen. Beim letzten Olympia-Test in München verbesserte Manfred Nerlinger vom ESV München-Neuaubing im Superschwergewicht den elf Jahre alten Rekord von Rudolf Mang um ein halbes Kilo auf 183,5 Kilogramm.

Sieg für Demuth

Gottwaldov (dpa) Harald Demuth (Dachau) und sein belgischer Beifahrer Willy Lux gewannen auf einem Audi 80 Quattro die erstmals zur Europameisterschaft zählende Barum-Rallye in der Tschechoslowakei.

WM in Österreich

Wien (sid) – Die Eishockey-Weltmeisterschaft 1987 findet in Österreich statt. Auf dem Kongreß des Weltverbandes (IIHF) in Pörtschach/Kärnten erhielt Österreich den Vorzug gegenüber Mitbewerber Schweden. Die B-Weltmeisterschaft 1986 wird in Holland ausgetragen.

44 Goldmedaillen

New York (dpa) – Bei den dritten Internationalen Spielen für Behinderte in New York gewann die deutsche Mannschaft 44 Gold-, 41 Silber- und 35 Bronzemedaillen. Die erfolgreichste Mannschaft stellten die Amerikaner, die 104 Wettbewerbe für sich entschieden.

WIMBLEDON / Die 15 Jahre alte Steffi Graf ist die jüngste Teilnehmerin aller Zeiten in einem Achtelfinale

Unbekümmertes deutsches Mädchen und die Feier zum 100. Jubiläum des Damentennis mit Korsett, Strohhut

CLAUS GEISMAR, London

Für ein unbekümmertes deutsches Mädchen, das zur Zeit auf der Schulbank ihrer zehnten Klasse in Brühl bei Heidelberg fehlt, wird heute in Wimbledon ein lebendiges Geschichtsbuch aufgeschlagen. Steffi Graf, die vor zwei Wochen ihren 15. Geburtstag feierte, hat als jüngste Teilnehmerin des Turniers das Achtelfinale erreicht. Zum erstenmal spielt sie am Montag auf dem Centre Court von Wimbledon, dem Mekka aller Tennisspieler. Steffi Graf kämpft gegen Jo Durie (23) – und gegen 16 000 Zuschauer, die Englands neue Nummer eins im Damentennis gewinnen sehen wollen.

Aber vor diesem Achtelfinale beginnt der historische Aufmarsch aller noch lebenden Wimbledon-Siegerinnen. England liebt die Nostalgie. Und wenn man sie in Fleisch und Blut präsentieren kann, wird sie auch im Sport nicht ausgelassen. In diesem Jahr ist es genau 100 Jahre her, seitdem in Wimbledon zum erstenmal Damen spielen durften. Das hat der All England Lawn Tennis and Croquet Club zum Anlaß genommen, alle Siegerinnen der Wimbledon-Geschichte nach London einzuladen. Die älteste Siegerin, die stolz in die Arena ihres größten sportlichen Triumphes zurückkehren darf, ist 73 Jahre älter als Steffi Graf. Sie heißt Kathleen Godfrey und war die Gewinnerin der Jahre 1924 und 1926. Kathleen Godfrey, inzwischen 88, spielt immer noch Tennis.

Für die Herren hat Wimbledon schon im Jahr 1877 begonnen. Die Damen mußten sieben Jahre länger warten, weil ein Modeproblem nicht gelöst werden konnte. Im Wimbledon-Club durften die Damen damals nur Croquet spielen. Denn es war unfein, wenn die Ladies der viktorianischen Zeit ins Schwitzen gerieten. Im Wimbledon-Museum am Rande des Centre Courts kann man noch heute die Korsett-Stangen bewundern, in die sich die ersten Wimbledon-Siegerinnen zwängen mußten. Sie spielten nicht nur mit Korsett – sie spielten sogar mit Strohhut und selbstverständlich in langen Kleidern, die sogar die Fußgelenke bedeckten.

Teddy Tinling (72), der als Zar der Tennis-Modeschöpfer gilt und ein halbes Jahrhundert lang die Mode von Wimbledon diktiert hat, ist überzeugt: Damals ist aus einem ganz einfachen Grund die weiße Kleidungsregel des Tennissports entstanden: Falls die ersten Damen von Wimbledon doch ins Schwitzen geraten sollten, dann mußte das viktorianischen Augen möglichst verborgen bleiben. Die Antwort war einfach: Am besten ließ sich dieses Problem unter weißen Kleidern verstecken.

Die Mädchen in den kurzen Rökken, die Wimbledon 1984 gewinnen wollen, werden noch über etwas anderes staunen: Noch 1948 ist ein Vorstandsmitglied des Clubs abends heimlich in die Damengarderobe geschlichen, um sich die „unaussprechlichen" Höschen der Amerikanerinnen Gussy Moran anzusehen. Teddy Tinling hatte für sie Hosen mit einem Spitzenbesatz entworfen. Gussy Moran durfte schließlich damit spielen. Aber Teddy Tinling wurde 30 Jahre lang aus Wimbledon verbannt.

Nicht nur die kurzen Röcke unterscheiden die Spielerinnen dieses Jahres von den Tennis-Heldinnen der Vergangenheit. Kathleen Godfrey kann Steffi Graf erzählen, was sie für ihre Siege 1924 und 1926 kassiert hat: einen Gutschein im Wert von 25 Pfund (damals: 500 Mark). Dafür durfte sie sich bei einem Juwelier in der Londoner Bond Street ein Schmuckstück kaufen. Steffi Graf fährt sogar dann mit 23 000 Mark nach Hause, wenn sie heute verliert. Erreicht sie das Viertelfinale, sind ihr sogar schon 40 000 Mark garantiert.

Unter den 18 noch lebenden Wimbledon-Siegerinnen, denen aus Anlaß des 100jährigen Damen-Jubiläums auf dem Centre Court eine Erinnerungsplakette übergeben wird, darf Billie Jean-King mit dem größten Beifall rechnen. Die inzwischen 40jährige Amerikanerin hat in ihrer Tennis-Karriere im Einzel, Doppel und Mixed 20 Wimbledon-Titel gewonnen und damit sogar alle Männer der Wimbledon-Geschichte geschlagen.

Steffi Graf hat ab heute noch sechs Tage Zeit, ebenfalls einen Wimbledon-Rekord zu brechen. Glücklicherweise ist ihr das selbst gar nicht klar. Die jüngste Siegerin, die es jemals in Wimbledon gegeben hat, hieß Lottie Dod. Sie war 15 Jahre und 285 Tage alt, als sie 1887 gewann. Steffi Graf ist an dem Endspieltag der Damen 15 Jahre und 23 Tage alt.

Aber soweit will und kann die junge Heidelbergerin noch nicht denken, sie will ihre Karriere in kleinen Schritten erleben. Sie sagt: „Wenn mir vorher einer gesagt hätte, ich könnte das Achtelfinale in Wimbledon erreichen, ich hätte über soviel Verwegenheit aufgeschrieen." Weil sie aber die für Schwarz-Weiß Cuxhaven spielende Deutsch-Amerikanerin Bettina Bunge mit 7:5, 6:3 besiegte, ist sie schon weiter, als sie es sich in ihren Träumen vorstellen konnte.

Bettina Bunge, die nach einer langen Verletzungspause allmählich wieder in Form kommt, hatte im zweiten Satz von 3:2 vorne gelegen, aber sie erkannte nicht, daß sie mit Bällen entlang der Linie von Steffi Graf immer wieder passiert wurde – bis zum Ende. Sylvia Hanika und Eva Pfaff, die Aushängeschilder des deutschen Damen-Tennis in den letzten Jahren, sind in Vergessenheit geraten.

Denn was einzig und allein zählt, ist die Leistung. Und die bringt neben Steffi Graf derzeit auch Claudia Kohde aus Saarbrücken. Selten gab sich die deutsche Nummer eins lokkerer und ungezwungener als in den Tagen von Wimbledon. Nachdem durch ein 6:3, 6:1 über die Amerikanerin Anne Kiyomura auch für Claudia Kohde der Einzug in die Runde der letzten 16 geschafft war, meinte ihr Stiefvater Jürgen Kilsch: „Jetzt beginnt das Turnier für Claudia erst richtig." Und es muß heute nicht zu Ende sein, wenn sie auf die zweimalige Wimbledongewinnerin Chris Evert-Lloyd trifft.



Trost vom Sieger: Bill Scanlon hilft Boris Becker bei der ersten Verarztung seines linken Knöchels. FOTO: UPI

Boris Becker im Rollstuhl vom Platz

C. G. London

Seit Jahren heißt der Court Nummer zwei von Wimbledon bei den Spielern der „Platz der Unglücksraben". Auf dieser etwas holprigen Rasenfläche, die nicht ganz so flach ist wie der des Centre Courts, hat es immer wieder Favoritenstürze gegeben. Aber noch nie war ein Sturz so schwer wie der des Unglücksraben Boris Becker. Der 16 Jahre alte Deutsche mußte schließlich in einem Rollstuhl vom Platz gebracht werden mußte.

Es war derselbe Tag, an dem Boris Becker im offiziellen Programmheft lesen konnte, daß noch niemals vor ihm ein 16jähriger die dritte Wimbledon-Runde erreicht hat. Der Club hatte sogar den Archivar des Wimbledon-Museums in der hauseigenen Bibliothek nachschlagen lassen, um diese Tatsache zu bestätigen. Boris Becker führte im vierten Satz 2:1, als er mit einem Volley nach vorn stürmte und mit dem Fuß umknickte. Sein Gegner Bill Scanlon: „Als ich zum Netz lief, lag er stöhnend am Boden. Innerhalb von Sekunden schwoll sein Fußgelenk um mehrere Zentimeter an. Es sah so aus, als wenn ihm jemand Golfbälle in die Socken gesteckt hätte." Kreidebleich vergrub der 16jährige sein Gesicht in einem Handtuch. Als die Sanitäter Becker vom Platz trugen, verabschiedeten ihn 3000 Zuschauer mit einer Beifallsovation. Ein Krankenwagen brachte ihn sofort ins nächste Unfallhospital. Dort wurde eine schwere Bänderdehnung im linken Knöchel festgestellt.

Arthur Ashe, Wimbledon-Sieger des Jahres 1975, der sich das Match von Becker angesehen hatte, kommentierte: „Dies ist die größte Begabung, die ich in diesem Jahr in Wimbledon gesehen habe. Er kann die Nummer eins werden." In einem Gespräch mit der WELT ergänzte der Amerikaner: „Hoffentlich macht Becker nicht denselben Fehler, den deutsche Spieler 15 Jahre lang gemacht haben. Sie bleiben zu viel in Deutschland. Die Bundesliga ist kein Ersatz für internationale Turniererfahrung." Sie wollte er nach Wimbledon in den USA sammeln. „So ein Mist", schimpfte sein neuer Manager Ion Tiriac. Sein Trainer Günter Bosch war den Tränen nahe: „Jetzt fällt er wohl für wochen aus."

RADSPORT

Wittenborn überraschte

sid/dpa, Büttgen

Nur einen Tag nach seiner Final-Niederlage in der Einzelverfolgung über 4000 Meter konnte der Berliner Rolf Gölz wieder strahlen. Mit der Weltjahresbestzeit von 4:19,32 Minuten gewann Gölz bei den deutschen Bahnradmeisterschaften in Büttgen mit dem RSC Schüler-Derby Berlin den Titel in der 4000-m-Mannschaftsverfolgung.

Das Vereinsquartett mit Rolf Gölz, Michael Marx, Matthias Lange und Christian Goldschagg übertraf mit seiner Zeit die vom Weltmeister-Vierer (Gölz/Marx/Günther/Strittmatter) im italienischen Monteroni erzielte Bestzeit von 4:24,44 Minuten deutlich. Nach ihrem Versagen in der Einer-Verfolgung erwiesen sich Gölz und Marx im Finale gegen die RSG Wiesbaden als die besten Fahrer, sehr zur Freude von Bundestrainer Udo Hempel.

Im Hinblick auf Olympia muß sich Hempel dennoch Sorgen um seinen Vierer machen. Dafür sorgte Ingo Wittenborn, der sich in der Einzelverfolgung überraschend den Sieg holte. Der 19 Jahre alte Bielefelder fuhr im Finale 4:41,78 Minuten und verwies Titelverteidiger Rolf Gölz (4:54,64) klar auf den zweiten Platz. Vor allem die Art und Weise, wie Wittenborn sogar einen Rückstand von 2,1 Sekunden auf den Berliner wettmachte, beeindruckte auch Udo Hempel. „Der Junge ist toll gefahren. Jetzt muß ich die Lage erst einmal überschlafen, denn Ingo hat sich sogar in den Kreis der Olympia-Kandidaten hineingefahren", erklärte der Bundestrainer.

Eine weitere Überraschung gab es im Tandem. Die Vizemeister des letzten Jahres, Frank Weber (Bielefeld) und Jürgen Greil (Köln), holten sich den Titel und verwiesen die Favoriten Fredy Schmidtke/Dieter Giebken (Köln/Berlin) auf den zweiten Rang.

Wachablösungen erlebten auch die Frauen-Wettbewerbe. Birgit Strecke wurde Meisterin im Sprint und löste damit die im vergangenen Jahr zurückgetretene Claudia Lommatzsch ab. Den Titel in der Einzelverfolgung gewann die Deutsche Straßenmeisterin Sandra Schumacher (Stuttgart), die bereits im Halbfinale Titelverteidigerin Gabriele Altweck (München) ausgeschaltet hatte.

FUSSBALL

Köppel arbeitet mit Beckenbauer Ribbeck abseits

sid/dpa, Frankfurt

In der Nachfolge von Fußball-Bundestrainer Jupp Derwall wird es keine Zwischenlösung geben. Am Samstag erklärte Franz Beckenbauer: „Ich habe mich mit DFB-Präsident Hermann Neuberger geeinigt. Zusammen mit Horst Köppel werde ich die Verantwortung für die Nationalmannschaft übernehmen. Unser Engagement wird nicht nur die nächsten Länderspiele, sondern auch die Qualifikation und die mögliche Teilnahme am Turnier um die Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko umfassen."

Die geplante einjährige Übergangslösung war geplatzt, weil Neubergers Wunschkandidat Helmut Benthaus seinen Vertrag beim VfB Stuttgart erfüllen wird und auch kein Interesse an einem Vorvertrag zeigte. Benthaus: „Selbstverständlich reizt mich die Nationalelf, aber bis zum 30. Juni 1985 bin ich Trainer des VfB. Und wie dann meine Stimmung und Lage ist, kann man heute nicht wissen."

Empört über die Entwicklung reagierte Erich Ribbeck, daß nicht er, sondern Horst Köppel die Nationalmannschaft trainieren soll. Noch am Samstag mittag gegen 13 Uhr, so Ribbeck, habe ihm Neuberger telefonisch versichert, die Entscheidung falle erst bei einer Sitzung am Mittwoch in Frankfurt. Es gebe mehrere Modelle, die zur Diskussion stünden. Ribbeck spiele dabei eine Rolle und werde sofort nach der Sitzung informiert. Nach der Beckenbauer-Aussage rief Ribbeck sofort DFB-Vizepräsident Otto Andres (Frankfurt) an. Ribbeck: „Andres setzte sich dann mit Neuberger in Verbindung und sagte mir anschließend, es bleibe selbstverständlich bei dem Mittwoch-Termin. Ich zweifle nicht an den Worten Bekkenbauers. Um so schleierhafter ist mir, was überhaupt gespielt wird."

Für Erich Ribbeck liegt die Vermutung auf der Hand, daß er entgegen anderen Beteuerungen ausgebootet werden soll, obwohl er offiziell immer noch Stellvertreter des Bundestrainers ist. Er sagt: „Auf einmal soll mir angelastet werden, was bei der WM 1982 in Spanien passierte. Da sind einige Leute falsch informiert."

Für Ribbeck wäre eine Zusammenarbeit mit Franz Beckenbauer denkbar: „Mit seiner positiven Ausstrahlung und seiner enormen Erfahrung kann er sehr viel bewegen." Ribbeck spricht allerdings auch davon, daß die Kompetenzen klar abgesteckt werden müßten. Das bedeutet für ihn, daß er und nicht Beckenbauer der Chef sein müßte. Zuzutrauen ist Erich Ribbeck auch eine Rückkehr in die Bundesliga.

ITALIEN / Noch einen Weltstar verpflichtet

Neapel tanzt und singt: Diego Maradona kommt

KLAUS RÜHLE, Rom

Freude und Jubelstimmung in Neapel: Nach mühsamen Verhandlungen, die immer wieder unterbrochen wurden, ist der argentinische Fußball-Star Diego Armando Maradona nun doch noch vom spanischen Erstligaklub FC Barcelona an den italienischen A-Liga-Verein AC Neapel transferiert worden. Ein echtes Meisterwerk, denn wenige Stunden zuvor galten die Verhandlungen als endgültig gescheitert. Den Ausschlag für das Happy-End scheint Maradona selbst gegeben zu haben. Er wollte und will einfach nicht länger für Barcelona spielen. Am Ende drohte er, sich zwei Jahre zurückzuziehen, wenn der Vertrag mit Neapel nicht unterzeichnet würde.

Es sieht beinahe so aus, als ob es sich um ein abgesprochenes Spiel zwischen Maradona und dem Präsidenten des neapolitanischen Fußball-Klubs, Corrado Ferlaino, handelte. Tatsache ist jedenfalls, daß Ferlaino am Samstagnachmittag plötzlich im Privatflugzeug nach Barcelona startete und dort zur allgemeinen Überraschung den Vertrag unter Dach und Fach brachte. Welche Summe dafür aufgebracht werden muß, ist nicht ganz klar. Der von mehreren neapolitanischen Banken garantierte Kredit in Höhe von rund 22 Millionen DM dürfte nur dann ausreichen, wenn Maradona auf die ihm zustehenden zusätzlichen 15 Prozent der Vertragssumme verzichtet. Das aber ist kaum anzunehmen.

Als die Nachricht von der Vertragsunterzeichnung am Abend in Neapel eintraf, überschlugen sich die Ereignisse. Die Stadt verwandelte sich in wenigen Minuten in ein gigantisches Volksfest. Die Menschen strömten auf die Straßen, zündeten Fackeln und Freudenfeuer an. Sangen und tanzten bis in die frühen Morgenstunden des Sonntag. Eine ganze Stadt ist wie berauscht von der Idee, mit Maradona das große Los gezogen zu haben. In Neapel ist man überzeugt davon, daß der argentinische Superstar eine halbe Fußballmannschaft wert ist und die Qualität der Heim-Elf vervielfachen wird. Viele neapolitanische Fußballfans glauben, daß ihre Stadt jetzt die Chance hat, Juventus, Roma und Inter Mailand zu übertreffen und italienischer Fußballmeister in der nächsten Saison zu werden.

Freilich ist der Maradona-Vertrag erst gültig, wenn der italienische Fußball-Verband seine Zustimmung gegeben hat. Das Dokument ist nämlich nicht termingerecht hinterlegt worden. Doch Ausnahmen bestätigen die Regel. Auch im Falle des brasilianischen Spitzenspielers Toninho Cereso bekam der AS Roma im vergangenen Jahr trotz Terminüberschreitung die Zustimmung des Verbandes. Die Funktionäre der italienischen Fußball-Liga werden es sicher nicht wagen, ihre Zustimmung für die Verpflichtung Maradonas zu verweigern, denn sie wissen, daß sie damit einen Volksaufstand in Neapel heraufbeschwören würden...

*

Zwei deutsche Mannschaften leisteten sich am ersten Spieltag der Intertoto-Runde peinliche Fehlstarts. Borussia Mönchengladbach wurde vom dänischen Meister Lyngby Kopenhagen mit 4:0 besiegt, Bundesliga-Absteiger 1. FC Nürnberg mußte bei AIK Stockholm sogar eine deklassierende 2:8-Niederlage hinnehmen. Nur Braunschweig bewies beim 3:1 über Standard Lüttich ansprechende Frühform. Fortuna Düsseldorf hat noch nicht in den Wettbewerb eingegriffen.

Ohne Nationalspieler Hans-Günter Bruns, der seinen Urlaub nachholt, und den verletzten Wilfried Hannes stand Mönchengladbach auf verlorenem Posten. Vor 1600 enttäuschten Zuschauern wirkte der Pokalfinalist nach nur einem leichten Training am Donnerstag kraft- und lustlos. Eine wahre Lehrstunde erhielt der 1. FC Nürnberg. Nach den Querelen der Woche, wobei Trainer Heinz Höher den Neuaufbau konsequent begann und alte Spieler wie Burgsmüller, Abramczik und Hintermaier sogar vom Training ausschloß, wirkte die Mannschaft rundum desolat. Nachdem das 19jährige Talent Hans Dorfner, von Bayern München nach Nürnberg gewechselt, zumindest zwei Treffer erzielt hatte, mußte der Zweitliga-Klub in den letzten fünf Minuten allein drei Treffer hinnehmen.

Obwohl auch Braunschweig während der Woche nur fünf Trainingseinheiten absolvierte, bot der Bundesligaklub gegen den skandalgeschädigten Klub von Horst Hrubesch, Standard Lüttich, eine akzeptable Vorstellung. Kindermann, Pahl und Lux erzielten die Tore in Ehmen bei Wolfsburg, wo 40000 Zuschauer den vom Veranstalter garantierten 20 000-Mark-Scheck mehr als abdeckten. Lediglich die schwache Leistung der Belgier und der Totalausfall von Torjäger Horst Hrubesch warfen einen Schatten auf die Begegnung. Der ehemalige Mittelstürmer der Nationalmannschaft gewann gegen seinen Kontrahenten Matthias Bruns nicht einen Zweikampf und wurde von den Fans am Ende sogar mit Hohngelächter verabschiedet.

FUSSBALL / Schon die siebte deutsche Meisterschaft für die Damen von Bergisch Gladbach

Ihre große Furcht: „Wir siegen uns zu Tode"

DW. **Frankfurt**

Schwarzmalerei oder ernüchternde Realität? „Wir siegen uns noch zu Tode", sagte Gottfried Finken, Präsident der SSG 09 Bergisch Gladbach, vor einem Jahr. Damals hatten die Fußball-Damen seines Vereins ihre sechste deutsche Meisterschaft gewonnen.

In diesem Jahr kam es noch schlimmer: Nur 1500 Zuschauer sahen das Endspiel in Frankfurt. Sie erlebten einen 3:1 (1:1)-Sieg von Bergisch Gladbach über den FSV Frankfurt. Der Titel des deutschen Meisters im Damen-Fußball ging zum siebten Mal an die Mannschaft, die auch den Pokal gewann.

Die Zuschauer, unter ihnen Bundestrainer Gero Bisanz und Bundesliga-Trainer Dietrich Weise, sahen einen deutschen Meister, der seinem Gegner technisch und taktisch überlegen war. Durch ein Freistoß-Tor von Nationalspielerin Susanne Jahn ging der Gastgeber aus Frankfurt in der 27. Minute überraschend in Führung. Vier Minuten später glich Silvia Neidt, eine von neun Nationalspielerinnen des Titelverteidigers, aus. Die überragende Stürmerin Petra Bartelmann (52.) und Gisela Dahl (90.) sicherten den Gladbachern den verdienten Sieg. Auch die Hereinnahme der 87maligen Handball-Nationalspielerin Hanne Koch, die den FSV Frankfurt noch ins Finale geschossen hatte, vermochte dem Spiel keine Wende mehr zu geben.

Sieben Meistertitel, sechs davon in Folge, und drei Pokalsiege – das haben von der männlichen Konkurrenz weder Schalke noch Nürnberg, weder München noch Mönchengladbach geschafft. Als die Damen vor 15 Jahren mit dem Fußball begannen, da wurden sie als „FC Pumphose" verspottet, und die Funktionäre des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) runzelten die Stirn. Gewöhnt haben sie sich inzwischen längst daran, denn sie haben ihre Vormachtstellung behalten. Die Zuschauerzahlen sind immer noch das einzige Kriterium für derartige Bewertungen.

Hinzu kommt die Einseitigkeit dieser Branche: Bergisch Gladbach gleich Damen-Fußball. Anne Trabant-Haarbach, Trainerin des deutschen Meisters, sagt: „Es wird immer schwieriger, diese Mannschaft, die alles gewonnen hat, was es zu gewinnen gibt, neu zu motivieren. Und so sind natürlich auch die Zuschauer vom Erfolg verwöhnt. Es wird erst dann wieder aufwärts gehen, wenn es für Bergisch Gladbach einen ernsthaften Gegner gibt."



Das Siegen schon gewohnt: Bergisch Gladbachs Spielführerin Gaby Dlugi mit dem Meisterschaftspokal. FOTO: AP

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

TENNIS

Internationale Meisterschaft von England in Wimbledon, fünfter Spieltag. **Herreneinzel:** Connors – Davis (beide USA) 6:4, 6:7, 6:3, Lendl (CSSR) – Gehring (Deutschland) 6:4, 6:2, 7:6. – Sechster Spieltag: Scanlon (USA) – Becker (Deutschland) 6:2, 2:6, 7:6, 1:2, Becker aufgegeben, McEnroe (USA) – Masur (Australien) 6:0, 6:4, 6:3, Sadri (USA) – Acuna (Chile) 7:5, 7:6, 7:5, Gomez (Ekuador) – Forget (Frankreich) 6:3, 6:4, 4:6, 1:6, 9:7, Cash (Australien) – Motta (Brasilien) 6:1, 6:2, 6:4, Gerulaitis – Gilbert (beide USA) 7:6, 6:1, 3:6, 6:4, Moor (USA) – Edmondson (Australien) 6:3, 6:4, 3:6, 4:6, 6:2, Curren (Südafrika) – Krishnan (Indien) 6:2, 3:6, 7:6, 7:6. – **Dameneinzel**, dritte Runde: Graf – Bunge (beide Deutschland) 7:5, 6:3, Durie (England) – Steinmetz (USA) 6:2, 6:4, Temesvari (Ungarn) – Leo (Australien) 6:2, 6:2, Kohde (Deutschland) – Kiyomura-Hayashi (USA) 6:3, 6:1, Mandlikova (CSSR) – Tanvier (Frankreich) 6:4, 7:6, Karlsson (Schweden) – Wade (England) 6:2, 4:6, 11:9, Sukova (CSSR) – Casale (USA) 7:6, 6:7, 6:4, Lloyd-Evert (USA) – Croft (England) 6:3, 6:4. – **Herrendoppel**, zweite Runde: Edberg/Jarryd (Schweden) - Bale/-Lewis (England) 6:4, 6:2, 6:4, Delatte/Kriek (USA) – Stefanki/van t'Hof (USA) 6:3, 7:5, 7:5. – **Damendoppel**, zweite Runde: Lloyd-Evert/Tanvier (USA/Frankreich) – Jordan/Sayers (USA/Australien) 6:3, 3:6, 6:2, Cherneva/Sawschenko (UdSSR) – Antonoplis/Mould (USA/Südafrika) 6:4, 6:3, Fairbank/Reynold (Südafrika/USA) – Sands/Vanier (USA/Frankreich) 6:3, 6:2, Fernandez/Moulton (USA) – Kinney/Mentz (Südafrika) 6:0, 6:2, Blount/Wright – Leand/Piatek (alle USA) 6:0, 7:6, Collins/Medrago (USA/Brasilien) – Hobbs/Turnbull (England/Australien) 7:6, 6:4, Allen/White – Henricksson/Yeargin (alle USA) 6:3, 3:6, 6:3, Jordan/Smith (USA) – Cecchini/Simmonds (Italien) 6:4, 7:5, Potter/Walsh (USA) – Bassett/-Temesvari (Kanada/Ungarn) 6:3, 6:4, Smith/White (USA) – Reva/Elissenko (UdSSR) 6:2, 7:5.

HANDBALL

Länderspiel, Frauen: Deutschland – CSSR 16:16. – **Junioren-Länderspiel:** Deutschland – Schweiz 18:21. – **Freundschaftsspiel:** Braunschweig – Olympia-Auswahl der USA 18:21.

HOCKEY

Länderspiel der Herren: Deutschland – Belgien 3:1. – **Länderspiel** der Damen: Deutschland – Belgien 6:1.

GEWICHTHEBEN

Olympiatest der Nationalmannschaft in München: Erstes Schwergewicht (bis 100 kg): 1. Milser (Duisburg) 380 kg (Reißen: 165kg/Stoßen: 215 kg), 2. Immesberger (Kindsbach) 340 kg (155/185). – Zweites Schwergewicht (bis 110 kg): 1. Mis (Wuppertal) 372,5 kg (160/212,5), deutscher Rekord außerhalb der Zweikampf-Wertung mit 214 kg im Stoßen. Superschwergewicht (über 110 kg): 1. Nerlinger (München 400 kg (182,5/217,5), deutscher Rekord außerhalb der Zweikampfwertung mit 183,5 kg im Reißen.

REITEN

Internationales Turnier in Wolfsburg, Punkte-Springprüfung der Klasse S: 1. Macken (Irland) auf Wendy 1040 Punkte, 2. Schmitz (Stolberg) auf Diavolo 980, 3. Ernst (Verden) auf Napoli 870, 4. Simon (Österreich) auf Answer 800. – **Zweite Qualifikation zum Großen Preis:** S-Springen mit einmaligem Stechen: 1. Boome (England) auf Royal 0 Fehlerpunkte/46,82 Sek., 2. Ernst auf Lustig 0/48,58, 3. Schockemöhle (Mühlen) auf So Long 0/51,90, 4. Schockemöhle auf Deister 0/52,35.

SCHWIMMEN

US-Olympia-Ausscheidungen in Indianapolis, fünfter Tag, Herrren (die beiden ersten für Olympia qualifiziert): 100 m Rücken: 1. Carey 55,32 Sek. (Weltjahresbestzeit), 2. Wilson 56,65, 3. Rocca 56,73. – Schmetterling: 1. Morales 1:58,07 Min., 2. Kennedy 1:59,14, 3. Beardsley 1:59,50. – Damen, 800 m Freistil: 1. Cohen 8:28,08 Min. (Weltjahresbestzeit), 2. Richardson 8:28,82, 3. Lineham 8:28,85. – 200 m Lagen: 1. Caulkins 2:12,78 (US-Rekord und Weltjahresbestzeit), 2. Hogshead 2:15,24, 3. Griglione 2:16,14.

MOTORRAD

Großer Preis der Niederlande in Assen, achter von zwölf Läufen zur Motorrad-WM: Klasse bis 80 ccm (12 Runden = 73,608 km): 1. Martinez (Spanien) Derbi, 2. Spaan Zündapp (Holland), 3. Abold Zündapp, 4. Waibel (beide Deutschland) Seel-Real. – Stand in der WM-Wertung: 1. Dörflinger (Schweiz) 61 Punkte, 2. Abold 60, 3. Bianchi 55, 4. Waibel 42. – Klasse bis 125 ccm (16 Runden = 98,144 km): 1. Nieto (Spanien) Garelli, 2. Lazzarini (Italien) Garelli, 3. Müller (Schweiz) MBA, ... 12. A. Waibel MBA, 13. G. Waibel MBA, ... 18. Lichtenberg MBA, ... 23. Abold (alle Deutschland) MBA. – Stand nach fünf WM-Läufen: 1. Nieto 75 Punkte, 2. Lazzarini 56, 3. Müller 27, ... 15. Abold 3, ... 17. G. Waibel 1. – Bis 250 ccm (18 Runden = 110,42 km): 1. Lavado (Venezuela) Yamaha, 2. Cornu (Schweiz) Yamaha, 3. Herweh Real, 4. Mang Yamaha, ... 25. Wimmer (alle Deutschland) Yamaha. – WM-Stand nach sechs Läufen: 1. Sarron (Frankreich) 72, 2. Herweh 55, 3. Mang 54, ... 7. Wimmer 33. – Bis 500 ccm (20 Runden = 122,680 km): 1. Mamola (USA) Honda, 2. Roche (Frankreich), 3. Lawson (USA) Yamaha, ... 7. Reiner Honda, ... 9. Roth (beide Deutschland) Honda. – Stand in der WM-Wertung nach acht Läufen: 1. Lawson 100, 2. Spencer (USA) 72, 3. Mamola 69, ... 8. Roth 12. – Seitenwagen (16 Runden = 98,144 km): 1. Biland/Waltisperg (Schweiz), 2. Streuer/Schnieders (Holland), 3. Schwärzel/Huber (Deutschland). – EM-Stand nach vier Läufen: 1. Streuer/Schnieders 52, 2. Schwärzel/-Huber 38, 3. Michel/Fresc (Frankreich) 32.

FUSSBALL

DM, Endspiel der Damen in Frankfurt: Frankfurt – Bergisch Gladbach 1:3 (1:1), damit Bergisch Gladbach deutscher Meister. – **Intertoto-Runde**, erster Spieltag: Gruppe 1: Lyngby Kopenhagen – Mönchengladbach 4:0. – Gruppe 2: Aarhus – Banik Ostrau 1:0, Aue - Lilleström 0:2. – Gruppe 3: Bröndby – FC Lüttich 2:0. – Gruppe 4: Braunschweig – Standard Lüttich 3:1. – Gruppe 5: AIK Stockholm – Nürnberg 8:2, Magdeburg – Zabrze 2:1. – Gruppe 6: Malmö FF – Luzern 1:0, Sturm Graz – Karl-Marx-Stadt 1:1. – Gruppe 7: IKF Göteborg – LASK Linz 4:1, Videoton – Vitkovice 1:0. – Gruppe 8: Maccabi Nathanya – Wettingen 2:2, Beitar Jerusalem – Admira Wacker Wien 0:2, vorgezogenes Spiel: Nathanya – Jerusalem 3:4. – Gruppe 9: Ferencvaros Budapest – Austria Klagenfurt 0:0, Spartak Trnava – FC Zürich 2:0. – Gruppe 10: GKS Kattowitz – Wacker Innsbruck 2:1, Valerengen Oslo – Växjö 4:3.

RADSPORT

71. Tour de France, Prolog, Einzelzeitfahren Montreuil-sous-Bois – Noisy-le-Sec (5,4 km): 1. Hinault 6:39,44 Min., 2. Fignon (beide Frankreich) 6:42,87, 3. Peiper 6:48,09, 4. Anderson (beide Australien) 6:48,20, 5. Yates (England) 6:49,46, 6. Vandenbroucke (Belgien) 6:50,47, 7. Roche (Irland) 6:51,20, 8. Zoetemelk (Holland) 6:51,65, 9. Lemond (USA) 6:51,74, 10. Knetemann (Holland) 6:53,10, ... 79. Dietzen (Deutschland) 7:13,05. – Erste Etappe Bondy – Saint-Denis, 148,5 km: 1. Hoste (Belgien) 3:27:19 Std. (minus 30 Sek. Gutschrift), 2. Rault (Frankreich) gleiche Zeit (minus 20), 3. Peiper (Australien) gleiche Zeit (minus 10), 4. Planckaert (Belgien), 5. Kelly (Irland), ... 80. Dietzen 43 Sek. zur. – Gesamtstand nach der 1. Etappe: 1. Peeters (Belgien) 3:33:48 Std., 2. Hoste 4 Sek. zur., 3. Peiper 8, 4. Hinault 9, 5. Hanegraaf (Holland) 11, 6. Fignon 12. – **Deutsche Bahnrad-Meisterschaften** in Büttgen, Männer: 4000 m Einzelverfolgung, Finale: 1. Wittenborn (Bielefeld) 4:41,78 Min., 2. Gölz (Berlin) 4:54,64. – Um Platz drei: 1. Alber (Heilbronn) 4:43,57, 2. Goldschagg (Berlin) 4:48,67. – Tandem: 1. Weber/Greil (Bielefeld/-Köln) 8 Punkte, 2. Schmidtke/Giebken (Köln/Berlin) 7, 3. Reinmann/Zimmermann (Berlin) 6. – Frauen: 3000 m Einzelverfolgung, Finale: 1. Schumacher (Stuttgart) 3:53,67, 2. Stegherr (Solingen) 3:54,72. – Sprint, Finale: 1. Strecke (Gelsenkirchen) 2:0-Lauf-Siegerin über Niehaus (Bocholt).

GEWINNZAHLEN

Lotto: 4, 6, 10, 22, 30, 43, Zusatzzahl: 26. – **Spiel 77:** 0 6 8 0 3 2 0. (Ohne Gewähr).

MOTORSPORT

Stefan Bellof ohne Benzin

dpa, **Nürnberg**

Der Belgier Thierry Boutsen ließ die deutschen Formel-1-Asse Manfred Winkelhock (Berglen-Steinach) und Stefan Bellof (Gießen) im entscheidenden Moment hinter sich und gewann überraschend den ersten Lauf der Internationalen Deutschen Rennsport-Meisterschaft auf dem Nürnberger Norisring. Den Porsche-Erfolg vervollständigte Jürgen Lässig (Reutlingen) als Vierter.

Das Auftaktrennen in der höchsten deutschen Rennsportklasse für Automobile war spannend wie selten zuvor. Nach dem Start setzte sich Jochen Mass (Bad Dürkheim) in Front, wurde aber sofort von Alessandro Nannini (Italien) im Werks-Lancia abgelöst. In der zehnten von 68 zu fahrenden Runden übernahm Klaus Niedzwiedz (Unna) im Ford Zakspeed das Kommando, ehe sich Stefan Bellof an die Spitze setzte. Der Gießener Brun-Porsche-Fahrer baute seinen Vorsprung über die ganze Distanz kontinuierlich aus und war eindeutig der Mann des Rennens.

Doch drei Runden vor Schluß erwischte es Bellof, als er mit stotterndem Motor an den Boxen vorbeikam. „Kurz zuvor ging bei meinem Wagen die Reservelampe an und ich wußte, daß es mit dem Benzin knapp werden würde", sagte der enttäuschte Bellof, nachdem er nur als Dritter über die Ziellinie gerollt war.

Am wirtschaftlichsten ging der in der Formel 1 auf Arrows fahrende Thierry Boutsen mit den vom Reglement vorgeschriebenen 100 Litern Treibstoff um und siegte knapp vor Manfred Winkelhock. Er sagte: „Ich wußte, das es am Schluß durch die Sprit-Reglementierung noch einmal spannend werden würde und hielt mich darum anfangs zurück."

Die Ausfalliste führt prominente Namen an. Nur sieben Runden weit kam Jochen Mass, nachdem ihm der Zahnriemen abgesprungen war, auch Alessandro Nannini steuerte den Werks-Lancia nach 13 Runden an die Box. Auch Ford-Zakspeed-Pilot Niedzwiedz schied aus.

Ihre Rollen kreiert sie sich selbst: Gespräch mit der Clownin Gardi Hutter

Nicht mit einer Träne auf der Wange

Der Clown war für die Schweizer Schauspielerin Gardi Hutter die faszinierendste Theaterfigur, die wie keine andere viel Menschliches und Symbolisches in sich trägt. Und so machte sich die junge Frau vor einigen Jahren mit einer gehörigen Portion Mut und Risikobereitschaft auf den schwierigen Weg, die Welt als Theaterclownin zu erobern.

Zuerst zog sie mit ihrem klapprigen Volkswagen ganz allein, nur von ihrem Hund begleitet, von einem Auftrittsort zum andern, inspizierte die Bühne, baute das Bühnenbild auf und nach der Vorstellung wieder ab. Das war vor drei Jahren. Inzwischen zeigte sie ihr Clownstück „Die tapfere Hanna" in Italien, Belgien, Holland, Ungarn, Österreich, Schweiz und Deutschland. Die erst 31jährige ist nicht nur beim internationalen Publikum, sondern auch finanziell angekommen. Heute reist sie bequemer, mit hilfreicher Technikerin und in einem Mercedes-Bus. Der Hund ist natürlich immer noch dabei.

Das Theater sei immer weit weg von ihrer Welt gewesen, erzählt sie. Die Großeltern waren Bauern, die Eltern Schneider, und Gardi machte das Handelsdiplom. „Von einem Tag auf den andern" entschloß sie sich dann, auf die Schauspielschule in Zürich zu gehen. Schon während ihrer dreijährigen Ausbildung hatte sie eine Clown-Nummer gemacht, sah aber bald ein, daß man nicht beides, die Schauspielerei und die Clownerie, machen kann und sich entscheiden muß. Nach anderthalb Jahren als Schauspielerin ging sie dann nach Italien, um an einem Kurs über akrobatische Clownerie teilzunehmen. In Mailand fand sie die Clown-Truppe Teatro Ingenuo, bei der sie so etwas wie eine Lehre machte.

Der Drehpunkt in Gardis Karriere kam, als sie in einem Stück von Aristophanes eine Sklavin spielte. Eine Rolle, die ursprünglich für einen Mann geschrieben war. „Es war eine große Entdeckung", erinnert sie sich. „Plötzlich war eine Urform da." Da es keine Rollen für weibliche Clowns gibt, muß sich die Spaßmacherin ihre Rollen selbst kreieren. „Der Mann hat doch viel Material an Theaterrollen und Clown-Vorbildern", meint sie, „ich bin in einem Vakuum. Es ist wie Amerika entdecken. Ein Neuland. Sehr spannend, vor allem, wenn ich daran denke, was wir noch alles machen können."

Wie sie zur Figur der heldenhaften Wäscherin gekommen ist, erzählt sie so: „Ich habe mir eine bekannte geschichtliche Figur ausgeliehen und

Solo für Spaßvögel – ARD, 22.00 Uhr

um sie herum ein komisches Stück gemacht." Mit dem Regisseur Ferruccio Cainero, der auch ihr Lebensgefährte ist, arbeitete sie wie besessen. „Diese schmuddelige Wäscherin hat einen riesen Haufen schmutziger Wäsche vor sich und sollte den eigentlich waschen. Neben der Wäsche liest sie aber ein Buch über Johanna von Orléans und ihre Heldentaten. Sie möchte auch gerne Heldin werden, verwandelt ihre Waschküche mehr und mehr in ein Schlachtfeld und geht zum Schluß auch darin unter. Die Figur der Hanna ist manchmal schon sehr böse und häßlich." Bei dieser Boshaftigkeit, hat die Hutter da ein wenig von sich selber in die Hanna hineinprojeziert? Die schlanke unscheinbare Künstlerin mit dem ungeschminkten frischen Gesicht ist ganz ehrlich: „Klar, hat es mit mir zu tun, weil gerade so eine Figur aus mir herausgekommen ist."

Hat sie als Frau in die an sich grobe Rollengestaltung eines Clowns Feinheiten hineingebracht? „Ich habe als Frau das Umgekehrte getan. Da waren manche Leute am Anfang erbost, denen war das zu grob und derb. Manchmal hätten sie lieber, daß ich mit einem Halbmond und einem Tränchen an der Wange ganz etwas Liebes und Melancholisches mache. Aber wir Frauen sind manchmal eben derb und grob." Gardi Hutter, die von der Frauenbewegung herkommt, will das Rollenklischee der Frau durchbrechen. Da sie aber nicht mit dem ideologischen Hammer dreinhaut, bereitet sie mit ihrem Ein-Frau-Spektakel viel Lachen und Freude. Daß die Frauen langsam in von Männern dominierte Berufe eindringen, ist inzwischen nichts Neues. Aber wieso gibt es fast keine Clowninnen?

„Das liegt daran, daß der Clown sich bewußt häßlicher mache", meint Gardi. Er hat eine Knollennase, einen Buckel, er schielt, er ist zu groß oder zu klein. Die Frau habe von ihrer gesellschaftlichen Rolle her eher schön zu sein. Auch die zerstörerische Art des Clowns und das Lustigmachen über andere entspräche nicht der Rolle der Frau.

In der letzten Zeit hat Gardi einige Kolleginnen erhalten. Da ist Anne Fratellini, eine Zirkusclownin, und Illi, die zusammen mit ihrem Mann Olli auftritt. Gardi findet es bezeichnend, daß jetzt, da die Frauenbewegung über die erste Hürde hinaus ist, Clowninnen in Erscheinung treten. Nun sei der Moment da, indem man sich distanziere und Frauen auch über sich selbst lachen könnten. „Wenn wir gute und komische Frauenbilder und Clowne schaffen können, sind wir auch einen Schritt weiter, weil das doch Archetypen sind: Figuren wie den Harlekin, den Pierrot oder den Chaplin, die so eine ganze Welt in sich sind. Das gibt dann, glaube ich, etwas ganze Starkes."

HELGA CHUDACOFF

KRITIK

Wenn man dem Herrn das Licht sparen will

Nach den vielen kleinkarierten Filmen unserer Fernsehproduktionen mag einem **„Der Millionen-Coup"** (ZDF) vorkommen wie ein Hauch der großen weiten Welt. Die Kamera schweift mit schier überseeischem Schwung in New York herum, die Darsteller, frisch und unverbraucht, zeigen kernige Persönlichkeitsstrukturen (zum Beispiel dieser Peter Bongartz), man glaubt die sechs Millionen Dollar zu spüren, die in dieser Story die Hauptrolle spielen: Sie wurden auf dem New Yorker Flughafen geraubt. Die Mafia war im Spiel, erfährt man, und sie ist es schließlich, die das Spiel gewinnt, während der Lufthansa-Mitläufer ins Kaschott muß.

Wie gesagt: Das Spiel ist von großer Rasanz, das heißt von der flachen alles fortfegenden Stoßrichtung, so daß unsereins aus der Entzifferung der Einzelszene nicht herausfindet. Das Personal, in vielen interessanten Einzelzügen ins Bild montiert, verliert mehr und mehr das eigene Gesicht, schließlich gerät die Szene zum Quiz-Spiel: Wie kommt der zu dem und wieso dieser zu jenem und weshalb guckt der und der so blöd in die triste Gegend? Die Demontage der Glaubwürdigkeit endet mit einem – wahrscheinlich auch für den Selbstmörder – überraschenden Suizid.

Das Ganze spielt sich ab, als ginge es streng nach der Anweisung für Dienstboten des seligen Jonathan Swift: „Tut alles im Finstern, euerm Herrn das Licht zu sparen." Ob dies ein Rückgriff auf Swift, also um mehr als 250 Jahre oder auf den jüngst gestorbenen Faßbinder ist, weiß man nicht. Auf alle Fälle ist es primitiver Symbolismus.

Ein Schluß im Sinne einer Verabschiedung oder Bündelung findet nicht statt. Der Sack wird nicht wieder zugebunden. Die Geschichte fasert aus.

Fazit: Der Film ist trotz allem stellenweise sehr schön. Aber – halten zu Gnaden – auch schön langweilig. Was ja des Krimis Tod ist, um nicht zu sagen: Selbstmord.

VALENTIN POLCUCH





III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Auf los geht's los
Spiele, Spaß und Prominente bei Joachim Fuchsberger
11.55 Tagebuch
Aus der evangel. Welt
12.10 Bilder aus Amerika
Hanns Joachim Friedrichs und Dieter Kronzucker berichten
12.55 Presseschau
Aktueller Beitrag
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Ich wollt' ich wär ...
Was sich Zeitgenossen wünschen
Auch in der neuen Ausgabe der Sendereihe erfüllt Susanne Offenbach den unterschiedlichsten Zeitgenossen ausgefallene und originelle Wünsche.
17.20 Das Geheimnis des 7. Weges
3. Teil: Schein und Wirklichkeit
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Magnum
Vor Brünetten wird gewarnt
Als Robin Masters, Thomas Magnums Arbeitgeber, Morddrohungen von Unbekannten erhält, die es offensichtlich auf seinen neuen Roman abgesehen haben, engagiert er die attraktive Joy Doyle zu seinem Schutz.
21.00 Nur ein Viertelstündchen
Caroline Reiber präsentiert bekannte Melodien von der Oper bis zum Schlager
21.15 Teddy Kollek
Ein Leben für Jerusalem
22.00 Solo für Spaßvögel
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Glück
Französischer Spielfilm (1934)
Der anarchistische, junge Künstler Philippe Lutcher verübt eines Tages in Paris auf eine Filmdiva ein Attentat, weil er die Massen auf den seiner Meinung nach widerwärtigen Rummel um den Star aufmerksam machen will. Der Anschlag mißglückt.
0.50 Tagesschau

ZDF

17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Begleitet von seinem Kollegen Dan Wilde kommt Colt Seavers in eine Kleinstadt. Hier wird Dan von der Polizei festgenommen und unter Mordverdacht gestellt. Colt glaubt jedoch nicht an Dans Schuld.
19.00 heute
19.30 Mehrheit zweiter Klasse
Israels orientalische Juden
Bericht von Friedrich Mönckmeier
20.15 Dr. Mabuse: Die Todesstrahlen
Deutscher Spielfilm (1964)
Der unheimliche Dr. Mabuse gibt keine Ruhe. Um die Weltherrschaft an sich zu reißen, will er sich in den Besitz der „Todesstrahlen" bringen. An dieser teuflischen Waffe, mit der ganze Städte in Sekunden vernichtet werden können, arbeitet Professor Larsen in einem Laboratorium vor der Insel Malta.
21.45 heute-journal / Politbarometer
22.10 Klartext: Arbeitnehmer gesucht
Seit Anfang dieses Jahres werden in den Wochenendausgaben der Zeitungen wieder mehr Stellen angeboten. Wie kommt es zu dieser Entwicklung? Wer wird gesucht? An wen wenden sich die Angebote? Diesen und anderen Fragen geht Jutta Ahlemann in ihrem Bericht auf den Grund.
22.55 Internat. Leichtathletik-Meeting in Stockholm, Tennis-Meisterschaften in Wimbledon
0.15 heute



Eine Frau muß nicht immer schön sein: Theaterclownin Gardi Hutter in „Solo für Spaßvögel" – Um 22.00 Uhr, ARD FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Deutsch (65)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

WEST / NORD / HESSEN

Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 Die Internationale
Vierteiliger Film von Willy Reschl
1. Teil: Der Ausbruch der Weltrevolution (1917 – 1923)
1919 gründete Lenin, der 1917 in Rußland gesiegt hatte, die Kommunistische Internationale (Komintern), eine Weltpartei, deren verschiedene Sektionen sich streng an Weisungen der Moskauer Zentrale zu halten hatten.
21.00 Die Krimistunde (1)
Geschichten für Kenner
Von Henry Slesar
Unter Zeugen / Besser als Mord / Der Antrag / Der Sündenbock
Freunde sanften Psycho-Horrors können sich freuen: Im Sommerprogramm werden, jeweils am Montag, acht Folgen dieser Reihe wiederholt.
22.00 Der Sternenhimmel im Juli
22.15 Das Sommerkonzert
22.55 Letzte Nachrichten

NORD / HESSEN

Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Sesamstraße
18.30 Klamottenkiste
Charlie Chaplin:
Der Nachtschwärmer
Der Landstreicher
19.00 Ärger im Bellona Club (1)
Lord Peter Wimsey
Krimi in vier Teilen
19.45 Götter und Helden der Germanen (1)

SÜDWEST

19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
Durchbruch nach Virginia City
20.20 Der Mann für den kleinen Ärger
Florian Renoth
Schiedsmann
21.05 Mad Movies oder Als die Bilder laufen lernten
Mit Bob Monkouse
21.30 Swinging USA (5)
In dieser Folge u.a.:
Jay McShann „Hootie's blues"
Amerikanischer Dokumentarfilm (1978)

BAYERN

19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
Die Monats-Ikone
22.05 Der alte Mann und der Krieg
Porträt des amerikanischen Kinderarztes Dr. Benjamin Spock
23.05 Die Rückkehr des Whistler
Amerikanischer Spielfilm (1946)
0.05 Rundschau

SCHWIMMEN / US-Olympia-Ausscheidungen

Pablo Morales jagt deutsche Goldhoffnung Michael Groß

sid, **Indianapolis**

Die Schwimmer der USA können einen Monat vor den Olympischen Spielen in Los Angeles auf ähnliche Erfolge hoffen wie 1976 in Montreal, als sie zwölf von 13 Goldmedaillen gewannen. Für die Damen, die vor acht Jahren nur einen Sieg errangen, ist wegen des Boykotts der Ostblock-Länder diesmal mehr zu erwarten. Und Michael Groß (Offenbach) wird über 200 Meter Freistil und 200 Meter Schmetterling auf harte Konkurrenz stoßen. Das ist das Fazit der Olympiaausscheidungen der amerikanischen Schwimmer in Indianapolis.

Dem 20 Jahre alten Mike Heath aus Dallas traut Mark Spitz zu, am 29. Juli über 200 Meter Freistil Michael Groß den Sieg vor der Nase wegzuschnappen. „Heath hat das Zeug, fünf Goldmedaillen zu gewinnen", sagte Spitz, der es 1972 in München auf sieben Olympiasiege brachte. Nach seinem Landesrekord über 200 Meter Freistil (1:47,92), mit dem er den Weltrekord von Groß (1:47,55) nur um 37 Hundertstelsekunden verfehlte, sagte der junge Amerikaner ganz selbstbewußt: „Es geht sicher noch etwas schneller."

Über 100 und 200 Meter Schmetterling hat Michael Groß einen Gegner bekommen, der international noch ein unbeschriebenes Blatt ist: Pablo Morales. Der 19 Jahre alte Kalifornier, Sohn kubanischer Eltern, holte sich nach seinem Weltrekord über 100 Meter (53,38 Sekunden) auch den Sieg auf der 200-Meter-Strecke (1:58,07).

Don Gambril, Trainer der Olympiamannschaft, hat aber noch weitere Goldmedaillenkandidaten in seinen Reihen. So bewies Rückenspezialist Rick Carey mit seinem Weltrekord über 200 Meter (1:58,86) und seiner Weltjahresbestzeit über 100 Meter (55,32), daß er zur Zeit nicht zu schlagen ist. Über 100 Meter Brust hat Gambril sogar zwei heiße Eisen im Feuer: Weltrekordler John Moffet (1:02,13) und Steve Lundquist, der nur drei Hundertstel langsamer war.

Bei den Damen konnten nur Tracy Caulkins, die beide Lagenstrecken und über 100 Meter Brust gewann, sowie Tiffany Cohen, die Siegerin über 400 und 800 Meter Freistil, überzeugen.

WASSERBALL / Gutes 11:11 gegen die Ungarn

Viel Vorschußlob: „Das läuft ja schon ganz prima . . ."

sid, **Duisburg**

„Mir ist nach diesem Spiel vor Olympia nicht bange", sagte Bodo Hollemann, der Wasserballwart des Deutschen Schwimm-Verbandes (DSV), nach dem 11:11 der deutschen Nationalmannschaft gegen Ungarn. Nach drei Siegen gegen Griechenland (14:6), Spanien (10:7) und Australien (11:7) boten die Schützlinge von Bundestrainer Nicolae Firoiu beim Sechs-Nationen-Turnier in Duisburg im Spiel gegen Ungarn ihre bisher beste Leistung. „Das läuft ja schon ganz prima. Die Mannschaft findet immer besser zueinander, und Armando Fernandez gewöhnt sich immer mehr an seine neuen Mitspieler", lobte Hollemann den Europameister von 1981.

Im vorweggenommenen Endspiel der beiden überragenden Teams des Turniers führte die deutsche Mannschaft eine Minute vor Schluß sogar noch mit 11:10. Doch zwanzig Sekunden vor dem Abpfiff gelang dem Budapester Tierarzt Tamas Farago noch der Ausgleich. Der Punktgewinn für die deutschen Spieler war aber lange Zeit nicht abzusehen, denn bereits nach vier Minuten lagen sie mit 0:2 und nach 21 Minuten beim 8:10 abermals mit zwei Treffern Differenz in Rückstand. Doch Dirk Theismann, Frank Otto und Hagen Stamm konnten das Blatt in den letzten Minuten noch einmal wenden und diesen Rückstand in eine 11:10-Führung verwandeln.

Besonders viel Pech in diesem Spiel hatte Hagen Stamm. Der Berliner Student traf viermal nur Pfosten und Latte des ungarischen Tores. Zusammen mit seinem Vereinskameraden Frank Otto von Spandau 04 Berlin war er dennoch mit drei Treffern erfolgreichster Schütze in der deutschen Mannschaft. Der gebürtige Mexikaner Armando Fernandez, der wie Stamm und Otto beim sechsmaligen deutschen Meister spielt, erzielte in seinem zwölften Länderspiel für Deutschland zwei Tore.

Bei den Ungarn, die nach dem Olympia-Boykott fast des gesamten Ostblocks ihre Bronzemedaille von 1980 nicht verteidigen können, waren Farago und Laszlo Kuncz die überragenden Spieler.

Pankraz, I. Silone und das Finanzkapital

Neulich in der Standard-Talkshow des NDR, in der üblicherweise die ungetrübte Fidelität regiert, gab es einen Zwischenfall. Der exilrussische Schriftsteller Lew Kopelew ließ sich nicht auf das verabredete launige Hickhack mit dem Talkmaster ein, sondern nutzte seinen Auftritt zu einem wortgewaltigen Plädoyer für seinen Freund Sacharow und gegen die Trägheit der westlichen Herzen bei der Bekämpfung des kommunistischen Totalitarismus. Aus der Schar der anderen eingeladenen Gäste erwuchs ihm sofort eine Widersacherin in Gestalt einer bekannten westdeutschen „Investitions-Maklerin", die offenbar ihre guten Geschäfte mit Moskau gefährdet sah und einfach „nicht glauben" wollte, was Kopelew da erzählte.

Es war eine denkwürdige Konfrontation: Hier der aus seinem Land vertriebene Ex-Kommunist, dessen Stimme vor innerer Beteiligung zitterte, da die prominente Vertreterin des westlichen Finanzkapitals, die während der ganzen Debatte kalt wie Hundeschnauze blieb und die die sowjetischen Verhältnisse in rosigen Farben schilderte. Pankraz mußte dabei intensiv an einen anderen Ex-Kommunisten denken, den verstorbenen Schriftsteller und väterlichen Freund Ignazio Silone, der einst zu den Chefs der italienischen KP gehört hatte, später enttäuscht aus der *Partei austrat und in einem Artikel* schrieb, daß die entscheidende, die endgültige Auseinandersetzung des zwanzigsten Jahrhunderts wohl „zwischen Kommunisten und Ex-Kommunisten stattfinden" werde.

Silones Äußerung rief damals brüllendes Höhngelächter bei seinen ehemaligen Genossen hervor. Georg Lukács meinte maliziös, Silones Birne sei mittlerweile so aufgeweicht, daß er nicht einmal mehr die Grundbegriffe des marxistischen Elementarkurses nachbuchstabieren könne. „Jedermann" wisse doch, daß der Hauptgegner des Kommunismus das großbürgerliche Bank- und Finanzkapital sei. Hinter diesem stecke ja auch eine ganz andere Macht als „hinter dem Häuflein erbärmlicher Renegaten". Die Renegaten könne man getrost auf ihrem „Müllhaufen der Geschichte" sitzen lassen, das imperialistische Finanzkapital aber gälte es zu vernichten.

Mittlerweile sind viele Jahre seit der Kontroverse zwischen Silone und Lukács vergangen, so daß man einigermaßen Bilanz ziehen kann. Und da muß man wohl oder übel feststellen: Das Verhältnis zwischen Moskau und dem internationalen Finanzkapital hat sich ganz ausgezeichnet entwickelt. Schon der bolschewistische Staatsstreich vom Oktober 1917 wäre ohne Finanzkapital, nämlich ohne die berühmten Parvus-Millionen, nicht möglich gewesen. Als später Stalin im Ural seine Rüstungsindustrie um Magnitogorsk aufbauen wollte, waren die internationalen Bankiers zur Stelle und finanzierten das Unternehmen. Die sonst so killerfreudigen Kommunisten, die ihre „Renegaten" oft sogar im Ausland zu treffen wußten, haben noch nie einen großen Finanzmann umgebracht, im Gegenteil: Von Armand Hammer bis F. Wilhelm Christians reicht die lange Kette der Großfinanziers, denen sie den roten Teppich ausgerollt haben und weiterhin ausrollen.

Und nun dagegen der Umgang *mit den „Renegaten"! Ihnen gilt* der volle Haß des Systems und seiner Propagandisten. Über sie werden blutrünstige Proskriptionslisten angelegt, und während die Finanzkapitalisten lediglich im Grundkurs, wo die Deppen zuhören müssen, ein bißchen theoretisches Polemik-Fett abbekommen, werden den Ex-Kommunisten ganze Geheimkonferenzen auf höchster ideologischer Ebene gewidmet. Ihre eigenen Bücher sind streng sekretiert, die Namen der Titel selbst aus den Registern der Bibliotheken ausgemerzt. Wie groß muß die Furcht der Funktionäre vor diesen Namen und *Buchtiteln sein!*

Ein Silone oder Koestler, ein André Glucksmann, Yves Montand oder Lew Kopelew – sie alle machen den Moskowitern sehr viel mehr zu schaffen als ein Herr Friedrichs oder Christians. Damit aber Silones Wort über die Partner der entscheidenden Auseinandersetzung wahr werde, müssen die Politiker des Westens endlich anfangen, mehr auf die Ex-Kommunisten und weniger auf die Bankiers zu hören. Das Wort der ersteren ist ja inzwischen unangreifbar. Alles, was Silone oder Koestler seinerzeit über die *Moskauer Geheimprozesse schrieben*, hat sich (trotz Armand Hammer) als vollkommen wahr erwiesen, und auch der besagten Investitions-Maklerin aus der Hamburger Talkshow gelang es nicht, Kopelew als Lügner hinzustellen.

Was indessen die Menschenkenntnis und das politische Urteilsvermögen der meisten Bankiers betrifft, so tauchen darüber immer mehr Zweifel auf. Diese Leute haben blindlings in Südamerika investiert, weil sie offenbar glaubten, bei den sambaversessenen Brasilianern würde sich ein Kredit genauso schön *auszahlen wie bei den fleißigen* Japanern. Sie stopften das kommunistische Polen mit ihrem Geld und trieben es damit (völlig ungewollt) in die Katastrophe. Sie sind drauf und dran, die größte internationale Finanzkrise seit Menschengedenken anzurühren, und *viele von ihnen verlassen sich* wahrscheinlich darauf, daß der Staat zu gegebener Zeit schon einschreiten werde, um einen zweiten „Schwarzen Freitag" zu verhindern.

Offensichtlich verführt der tagtägliche Umgang mit abstrakten Millionen und Milliarden, die nur auf dem *Papier* oder *auf* dem Computerschirm erscheinen, zu einer abstrakten Weltsicht, bei der man nicht mehr zwischen tüchtig und ineffizient, gut und böse unterscheiden kann. Die Erfahrungen der Ex-Kommunisten hingegen sind ungemein konkret und lebensnah. *Bei der großen Auseinandersetzung* um Freiheit oder Unfreiheit geben sie zweifellos den besseren Cicerone ab.

Pankraz

Augenzwinkernd die Dallas-Fanfare zerfetzt: Die „Jazz Bühne" in Ost-Berlins neuem Friedrichstadtpalast

Ein Cockpit für den Krieg der Sterne

Auch sozialistische Abwässer sind nicht länger umsonst. Ich stehe im Waschraum des Ost-Berliner Friedrichstadtpalastes, lese das Schild mit der Aufschrift „Pacht-Toilette" und die Preise: Händewaschen 10 Pfennig, Vollbenutzung das Doppelte. Also entrichte ich meinen Obolus in die bereitstehende Untertasse („Kasse des Vertrauens"), derweil der WC-Wärter angelegentlich die Spiegel wienert und aus dem Saal ein gedämpfter Max Roach herüberweht. „Also, ich mag das nicht", meint der junge Mann und beweist Kennerschaft in Sachen West-Schallplatten. „Da steh' ich mehr auf Rock, wie Frank Zappa. Wenn ich Glück habe, kriege ich bald ‚Live at Fillmore East'!"

Mit dem Jazz hatten sie noch keine Erfahrung, die Mitarbeiter des Friedrichstadtpalastes einen Steinwurf entfernt vom ost-westlichen Nadelöhr, dem Bahnhof Friedrichstraße. Gerade erst vor einen guten Monat war das Sichtbeton-Gebäude mit seinem Neo-Jugendstil und den schillernden Mosaiksteinchen in der Außenwand eröffnet worden. Bis dahin hatte die Volksbühne den Jazz-Freunden zu der jährlichen „Jazz Bühne" des „DDR"-Rundfunks ein plüschenes, intimes Heim gewährt.

Alles Neue hat seinen Reiz, so auch der neue „Palast", der den langsam vor sich hin rottenden alten Varietékomplex schräg gegenüber am Berliner Ensemble ersetzt. So drücken sich noch vorbeiflanierende Passanten an den Eingangstüren die Nasen platt, nur um einen Blick in das Foyer zu werfen. „Immer wieder kommen welche und sagen, sie wollen sich nur mal so umsehen", meint die gutmütige Eingangsdame verständnisvoll, als der Andrang abebbt und Luft für ein kleines Pläuschchen läßt. „Aber das geht doch nun wirklich nicht ..."

Jetzt also ist Jazz angesagt, jene jährliche Reihe von Fernseh- und Rundfunkkonzerten, die sich seit ihrer Einrichtung zur wohl repräsentativsten Veranstaltung ihrer Art im anderen Teil Deutschlands entwickelt hat. Man präsentiert Weltstars aus Ost und West, nicht wahllos, sondern nach wohldurchdachtem Konzept für jedes einzelne Konzert. Und man vergißt die eigenen Talente nicht, setzt sie dem Vergleich aus. Sie können ihn oft aushalten, markieren gar eigene Akzente. So wie Ulrich Gumpert, der unten im Foyer mit der Dame am *Getränkeausschank schäkert und* sich im Plausch mit dem Leiter der West-Berliner „Free Music Production", Jost Gebers, köstlich amüsiert. Er war im Vorjahr erst auf der „Jazz Bühne" zu Hause. Jetzt hört er von oben Applaus aufbranden und ist sich sicher: „Da spielen bestimmt Schwarze ..."



Verblüffte das Ostberliner Publikum mit seinem Spiel und seiner Pocket-Kamera: Maurice Merle (Mitte), Louis Sclavis (links) und der Workshop de Lyon im neuen Friedrichstadtpalast FOTO: SCHMIDTENDORF

Das Publikum im Saal ist klatschfreudig, und das nicht nur bei den erkennbaren „Top Acts". Als der französische Saxophonist Maurice Merle wie bei jedem seiner Konzerte die Pocket-Kamera zückt und Publikum sowie seinen „Workshop de Lyon" *ablichtet, ist die Menge zunächst* verblüfft. Doch dann Beifall sogar für die Ankündigung, daß der wohltönende Pianist Axel Donner sich vor einer Woche vom „DDR-Jazz-Veteran" Günter Fischer getrennt habe und nur noch im Duo auftreten wolle. Beifall auch, als die 17köpfige Hannes Zerbe Blechband die Friedensmelodei der Nicole und die Erkennungsfanfare der „Dallas"-Serie anspielt und augenzwinkernd zerfetzt.

Sonderbeifall auch für den Gastsolisten Pinguin Moschner an der Posaune, der zwischen die Versatzstücke aus Marsch, Tango, Swing und Free ein mitreißendes Tuba-Solo setzt. Ganz zwanglos fügt sich der gewichtige Musiker aus der Bundesrepublik in das „DDR"-Ensemble ein. Seine Rettung ist der ebenfalls mitspielende Hornist Martin Mayes. Der stammt aus Großbritannien – so wird aus einem potentiellen deutsch-deutschen Ensemble ein internationales, *womit es auch den „DDR"*-Kulturrichtlinien genügt und nicht nur dem Publikum.

„Na, wie gefällt Dir unser neuer Palast"? fragt in der Pause ein Musiker im Foyer. Sein Anflug von Grinsen mag auf jene Kühle deuten, die den neuen Friedrichstadtpalast von der alten Volksbühne unterscheidet. Kalte Steinflächen bilden die einzigen Sitzflächen, auf denen sich zum Pausenende leere Gläser stapeln. Imbißstände, Nischen zum Zurückziehen fehlen. Dafür staut es sich an den Getränkeständen, deren Preise z.B. mit 4,50 Mark für ein Sektglas mühe*los Weltniveau erreichen.*

Am Saal selbst freilich gibt es nichts zu Meckern. Bequeme Sitze, eine angenehme Akustik und die halbrund in den Raum gebaute Flachbühne lassen von jeder Seite gleich gute Kunsterlebnisse zu. In der Pause gelingt auch der Instrumentewechsel *für das* dreizehnköpfige brillante East Asia Orchestra aus Japan schnell und präzise. Die Gerätschaften waren bereits hinter dem Vorhang aufgebaut, der nur noch hochgezogen werden muß. Neben mir schaut ein jugendlicher Zuhörer auf die zahllosen Scheinwerferkabinen ganz oben gegenüber der Bühne und meint schmunzelnd: „Hier sollte man den nächsten Teil von ‚Krieg der Sterne' drehen, der Saal gäbe ein prima Cockpit ab, und aus den Kabinen kommen die Laserstrahlen ..."

Wer zählt in der deutschen Nachbar-Republik zur Jazz-Gemeinde? *Soziologische Erhebungen gibt* es nicht darüber. Man muß sich schon umschauen in den Konzerten der „Jazz Bühne". Gesetzte Herrschaften finden sich da ebenso wie Junggebliebene und Freaks. Der schlaksige junge Mann mit dem selbstgestrickten Woll-Käppi ist so einer, auch jener Langhaarige, der sich von den Klängen der polnischen „String Connection" derart animieren läßt, daß er zum Tänzchen am äußeren Bühnenrand ansetzt. Zwar sieht ihn im Dunkel kaum einer. Doch ein dezenter beschlipster Herr führt ihn dennoch schnell zur Seite. Ein Tänzer im Ka*merabild, unbezahlt und unbestellt*, wäre denn doch zu viel des Guten.

Das Gros der Jazz-Fans, auch jene ohne das genügende Geld oder Glück beim Erstehen der Palast-Karten, trifft sich wie so oft im „Haus der jungen Talente" an der Klosterstraße. Übernächtigte Gestalten liegen in der Ecke, Würstchen, Wein und andere Kulinaritäten halten die Lebensgeister für die stärker rhythmischen, eingängigen Jazzgruppen im Saal aufrecht. Beim Flurgeflüster der Fans kommt auch der Rock-Bereich nicht zu kurz. „Da ist in der ‚Unterhaltungskunst' jetzt 'ne ganz ausführliche Rezension des ‚DDR-Rocklexikons' von Eurem Olaf Leitner erschienen", vermeldet einer. „Kritisch natürlich, aber mit guten Zitaten, mit Lob über die Fleißarbeit ... also eigentlich kommt der gar nicht schlecht weg dabei!" Auch unter Jazzfreunden in der „DDR" hat man gelernt, sich zwischen den Zeilen einen musikalischen Reim zu machen.

HERMANN SCHMIDTENDORF

Bellisarios „Airwolf"

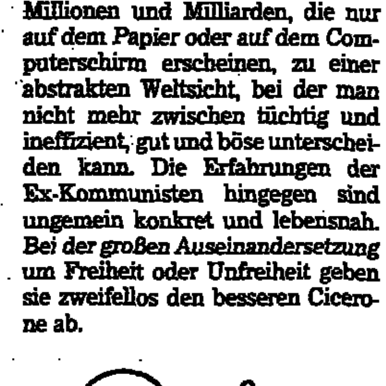
In einem nahen Land ohne Namen

Zumindest eine gesunde Portion Selbstbewußtsein wird man dem hierzulande bisher unbekannten amerikanischen Regisseur Donald P. Bellisario bescheinigen dürfen: Für seinen Film „Airwolf" hat er eine Belisarius-Produktionsgesellschaft gegründet. Möge ob dieses frechen Vergleichs der oströmische Feldherr ihm im Traum erscheinen und ihn aufs Haupt schlagen, wie er dies seinerzeit mit den Wandalen, Goten und Hunnen gemacht hat.

Denn was Bellisario hier mit drei Schauspielern, die eigentlich einen guten Namen haben (oder hatten), fertigbrachte, ist nicht gerade das, was man einen guten Film nennt. Wobei die drei – Jan-Michael Vincent, Ernest Borgnine und David Hemmings – überdies bloß als Anhängsel einer Maschine fungieren, eben jenes „Airwolf", eines Superhubschraubers, der unübersehbar aus dem Film „Das fliegende Auge" abgekupfert ist.

Angesiedelt ist „Airwolf" zum größten Teil in einem arabischen Land, dem die deutsche Synchronisation wegen der unüberbietbaren Naivität, mit der dieses dargestellt ist, schamhaft einen fiktiven Namen gegeben hat. Wer Geduld hat, den Nachspann abzuwarten, erfährt dann allerdings, daß Bellisario glaubte, Libyen abgelichtet zu haben.

Ein Film, in dem es eine ganze Menge blutrünstiger Actionszenen gibt – und der von einer geradezu heillosen Langweiligkeit ist. Denn an



Hilfswillige CIA-Agentin: Belinda Bauer in „Airwolf" FOTO: UIP

den Kunststücken des Hubschraubers hat man sich schnell sattgesehen. Bleibt der Blick auf die Menschen: Vincent als angeheuerter CIA-Agent Stringfellow Hawke, dem Ernest Borgnine mit polternder Bonhomie zur Seite steht, soll Airwolf aus Arabien wieder heimholen. Dort treibt Hemmings alias Moffet als *diabolisch* verfetteter Sadist mit dem Maschinchen sein Unwesen im Dienst einer revolutionären Regierung.

Vincent hat das Pech, alle Menschen, die er liebt, durch Tod zu verlieren. Deshalb sitzt er tragisch am Ufer eines Sees und geigt auf seinem Cello einem Adler Klassisches vor – ein schier unüberbietbarer Einfall. Hemmings dagegen ist böse und sonst gar nichts. Und böse wird auch der bis dahin gähnende Zuschauer im letzten Drittel des Films, wenn Airwolf ein wahrhaft widerwärtiges Massaker anrichtet. Abschießen, das Ding!

SVEN HANSEN

Kein bißchen Frieden: Der Philharmonikerstreit

Alle reden von Gesten

Der Krieg um und mit Herbert von Karajan geht weiter. Auch wenn das Stichwort „Canossagang" noch nicht gefallen ist, so erwartet das Berliner Philharmonische Orchester doch offensichtlich einen (vielleicht rhetorisch gemilderten) Kotau von seinem Chef. Das klang jedenfalls in einem Interview an, das der Orchestervorstand, Rainer Zepperitz, und sein Amtsvorgänger, Dietrich Gerhardt, letzte Woche dem Berliner „Volksblatt" gaben. Da wurde erklärt: „Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist das Orchester nicht bereit, mit Herbert von Karajan zu musizieren. Erst muß ausgeräumt werden, was er aufgehäuft hat." Und der Frage nach einer möglichen Versöhnung wurde entgegengehalten: „Versöhnung? Er müßte die Voraussetzungen dafür schaffen. Wir hoffen ja, daß Karajan den Kontakt zu uns wieder aufnimmt. Er muß auf uns zugehen. Er ist jetzt wirklich am Zuge."

Außerdem wurde in diesem Interview wie auch bei anderen Gelegenheiten angemerkt, Karajan habe sich nicht zu den Vorwürfen und Anfragen des Orchesters geäußert. Dem ist der Dirigent nun in einem Fernschreiben an den Berliner Kultursenator Hassemer entgegengetreten. Er verweist auf sein Telex vom 17. Juni, in dem er seinen Standpunkt in aller Klarheit präzisiert habe. Zugleich bedauert Karajan, daß der Inhalt dieses Fernschreibens nur bruchstückhaft an die Öffentlichkeit gelangt sei. Deshalb wiederhole er jetzt den wirklich *wichtigen Satz: „Anschließend betone* ich noch einmal, daß die Sympathie mit meinem Publikum und dem Orchester der Grundstein meiner Verbundenheit mit Berlin und seinem Kulturleben mir immer oberstes Gebot war." So sei es in der Vergangenheit gewesen, fügt Karajan hinzu, „und so wird es auch in Zukunft sein". Nun sei der „gute Wille des Senators und des Orchesters " gefordert.

Der Kultursenator, dem das Fernschreiben noch nicht vorlag, erklärte in einer ersten Setllungnahme, das sei nicht „die erwartete Geste" Karajans. Ohne diese Geste aber könnten die geplanten Konzerte bei den Sommerfestspielen in Salzburg und Luzern Ende August nicht stattfinden, „das geht schon aus menschlichen Gründen nicht, aber auch aus künstlerischen nicht. Ich kann durch eine administrative Maßnahme kein Musizieren erzwingen." Auf die Frage, ob er dem Wunsch des Orchester entsprechen werde, es gegebenfalls „von diesem Chefdirigenten zu befreien", meinte Hassemer: „Wir leben nicht in einer ultimativen Situation. Es ist aber richtig, daß der jetzige Zustand nicht auf lange Dauer tragbar ist."

Eine entsprechende Zusicherung gab Hassemer auch am vergangenen Donnerstag in der von der SPD geforderten Sondersitzung des Kulturausschusses im Berliner Abgeordnetenhaus ab. Die Berliner FDP, Regie*rungspartner der CDU, hält nach wie* vor eine einvernehmliche Trennung und die Ernennung von Karajans zum „Ehrendirigenten" für geboten. Sie sieht darin den einzigen Ausweg.

Unterdessen liegen die zwischen Karajan und dem Land Berlin auf Lebenszeit abgeschlossenen Verträge *zur juristischen Prüfung beim Senat.* Es wird erwartet, daß in dieser Woche eine Entscheidung fällt, wie die weitere Zusammenarbeit des Orchester mit Karajan in Zukunft aussehen soll oder ob die gemeinsame Arbeit aufgekündigt werden wird.

hrk./dpa

THEATERKALENDER

1. **Stuttgart**, Staatstheater; Theatersommer (bis 8. Juli)
2. **Berlin**, Schiller-Theater; F. Roth: Ritt auf die Wartburg (R: Pflegerl)
3. **München**, Allerheiligenhofkirche; Der Prozeß der Johanna von Orleans *nach Protokollen ihres Richters* (R: Stahl)
5. **Ettlingen**, Schloß-Festspiele (bis 8. September)
7. **Avignon**, Festival (bis 4. August)
Worms, Theaterfest
10. **Dubrovnik**, Festival (bis 25. August)
12. **Berlin**, Freie Volksbühne; Sobol: Ghetto (DE) (R: Zadek)
13. **Freiburg**, Theater; Theaterfestival (bis 17. Juli)
14. **Berlin**, Schiller-Theater; Schiller: Die Jungfrau von Orleans (R: Krämer)
Erlangen, Theater; Internationale Theaterwoche (bis 29. Juli)
Stuttgart, Staatstheater; Nestroy: Frühere Verhältnisse (R: Fischer)
20. **Bregenz**, Festspiele (bis 23. August)
21. **Ludwigsburg**, Schloßfestspiele (Münchner Kammerspiele); Lessing: Nathan der Weise (R: Marquardt)
Mannheim, Nationaltheater; Kaiser: Zwei Krawatten (R: Wagner)
27. **Prinzendorf**/Niederösterreich, Nitsch: Orgien Mysterien Theater (bis 30. Juli)
28. **Salzburg**, Festspiele; Lessing: Nathan der Weise (R: Schaaf)

Berlin: Verdis „Simone Boccanegra" unter Sinopoli

Mit kunstvollem Kalkül

Ein Stück der Verschwiegenheit, der Stille, des Wisperns im Dunkeln; der Konspiration, des Verrats. Verdis „Simone Boccanegra" ist immer vieles zugleich: Aufruf zu nationaler Eintracht, Trompetenstück italienischer Einigung und melodramatisches Versteckspiel, in dem sich Herzenswahrheiten, von Neid, Haß, Mord dreifach umstellt, allmählich ans Licht tasten. Ein Stück von Leben und Sterben in Einsamkeit. Politisches und Privates durchdringen sich. Monumentale Vaterliebe steht gegen unüberwindlichen Adelsdünkel. *Ein Netz krauser Beziehungen*, Ahnungslosigkeiten, vorsätzlicher Dunkelheit wird ausgespannt. „Simone Boccanegra" fängt sich in ihm. Die Oper war ein Fiasko.

Aber sie lag Verdi am Herzen. Von der Alterswarte sah er zurück auf das frühe Stück, klaräugig, nicht liebesblind. Er unterzog mit Arrigo Boitos *Hilfe* das Werk einer Revision. Er beließ ihm die zartfarbige Frische, seinen Lyrismus, die merkwürdige musikalische Statik mancher Szenen. Dann wiederum besserte er buchstäblich mit der Pranke des Löwen nach. Er komponierte in die Schwachstellen des „Boccanegra" Musik aus dem „Othello"-Umkreis hinein. Man hört sie aus den brutalen Orchestertrillern, die überraschend aus Albiani, dem Westentaschen-Verräter, einen anderen Jago machen.

Mit einer vergleichbaren Umwandlung bringt in der Deutschen Oper Berlin Giancarlo del Monaco, der Regisseur, das Werk dem Publikum näher. Er macht die Nacht zum Tage. Er bedient sich sozusagen des Filmtricks der „amerikanischen Nacht". Fackeln lodern, aber sie werfen ihren Schein in die Helle: auf Michael Scotts weiße, weite Treppenanlagen, in hohe Hallen. Weiträumigkeit bestimmt die Szene, Klarheit. Die Auftritte und Abgänge gliedern sich ruhig und überschaubar. Del Monaco komponiert in die kühle Atmosphäre der Macht die Gesten der Leidenschaft fast statuarisch hinein. In ausgewogenen Bildern zieht die Oper vorüber. Man lebt, liebt, stirbt mit Ausdauer auf der Treppe.

Ruhig auch entfaltet Giuseppe Sinopoli die Musik. Er hetzt nicht, er tendiert eher zu breiten Tempi, die allen instrumentalen Reichtum des Werks auszukosten vermögen. Die Duette, die Ensembles dürfen weit ausschwingen. Sie gewinnen dadurch eher an Spannung, als sie zu verlieren. Verdis Kunst wird von Sinopoli gedankenreich und eindringlich vorgestellt. Allein schon wie das atmosphärisch kostbare Vorspiel zum zweiten Bild vielfarbig aufsprüht, war von bestrickender Wirkung.

Aber auch den peitschenden Klang einer banda musicale weiß Sinopoli *dem hingebungsvoll spielenden Or*chester zu entlocken, das jeden gewünschten Akzent, jeden musikdramatischen Gestus mit Genauigkeit setzt. Zum Bellen der Sturmglocken fegt Sinopoli das Finale des Prologs hoch zu straff verdianischem Furor.

Dennoch – der Kopf waltet, das kunstvolle Kalkül dominiert. Sinopoli genießt Verdis Partitur wie ein Feinschmecker, der jedes Aroma sorgfältig kostet. Darauf verstehen sich auch Mara Zampieri und Renato Bruson, zwei hochkalibrige Verdi-Interpreten, die seit Jahren Favoriten Sinopolis sind. Sie wissen, worauf es ihm ankommt, worauf er künstlerisch zielt, und sie singen ihm zu. Der Einklang ist vollkommen.

Die Zampieri ist sensationell. Sie singt, heißblütig, mit der Stimme einer jungen Rysanek. Aber wenn sie will, dann gleicht ihre Stimme einem riesigen Instrument, das vorsichtig Ton an Ton reiht. Das wirkt wie ein Jonglieren mit Klangfarben, und Verdi gibt der Diva reichlich Gelegenheit, es zu üben. Dabei ist die Zampieri mit ihrem mächtigen Stimmvolumen durchaus ein dramatischer Sopran und über den jungen Lyrismus der Rolle entschieden hinaus. Doch von Sinopoli geführt und ihm bravourös antwortend, kommt es *zu einem gemeinsamen Musizieren* von beträchtlichem Reiz.

Bruson ist herrlich. Er gibt der Titelrolle seine markige Autorität, ein Sänger, der imponierend über den großen Verdi-Duktus verfügt, der ihm zudem mit höchster Natürlichkeit vom Mund geht. Bruson leuchtet die Partie singend aus bis in ihre psychologischen Winkel. Seine Sterbeszene, stehend sich in den Tod hinüberreckend, gewinnt sich singschauspielerische Beklemmung.

Kurt Rydl als Dauerhasser Fiesco ersingt sich in dieser Szene der späten Versöhnung jene Bewunderung, die ihm am Anfang entging. Er hat schweren Stand mit seinem deutschen Prachtbaß inmitten des Berliner Opern-Italiens. Veriano Luchetti liefert die Tenorpartie mit hellem Trompetenton ab. Die Rolle des Verräters erhält durch William Murray angemessen Gewicht. Hagen-Grolls Opernchor steigerte wieder einmal glänzend die allseitige musikalische Freude.

KLAUS GEITEL

JOURNAL

Mit Hamlet und Götz begann die Freilichtsaison

DW. **Bonn**

Am Wochenende begann endgültig die Freilichttheatersaison. Bundesinnenminister Zimmermann eröffnete die 34. Hersfelder Festspiele in der Stiftsruine. Auf dem Programm stehen in diesem Jahr „Hamlet" und „König Johann" sowie die Brechtoper „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny" (allerdings nur mit Musik vom Tonband). Bereits am Freitag fand die erste Vorstellung der Burgfestspiele in Jagsthausen mit einer Inszenierung von Goethes „*Götz von Berlichingen*" durch Ellen Schwiers statt. Bei den Agnes-Bernauer-Festspielen im Wittelsbacher Herzogsschloß von Straubing wird von 350 Laiendarstellern das Leben und Sterben der unstandesgemäßen Ehefrau Herzog Albrechts von Bayern vorgeführt. Und in Bad Segeberg spielt man in diesem Jahr bei den Karl-May-Festspielen eine Dramatisierung des Romans „Unter Geiern".

Zwei Bilder von Macke für Bonner Museum

DW. **Bonn**

Das Ölbild „Elisabeth und Walterchen" sowie die dazugehörige Skizze von August Macke hat der Mäzen Herbert Hillebrand dem Städtischen Kunstmuseum Bonn geschenkt. Der Rat der Stadt wird über das Schenkungsangebot allerdings erst nach der Sommerpause *entscheiden können. Die beiden* Bilder waren jüngst bei der Kölner Lempertz-Auktion versteigert worden. Dabei wurde für das Porträt der Frau des Malers mit ihren Sohn der neue Höchstpreis von 750 000 Mark für ein Macke-Gemälde gezahlt. Mit dem 15prozentigen Aufgeld und der 7prozentigen Mehrwertsteuer kostete es dem Erwerber also mehr als 920 000 Mark.

Institut zur Geschichte der deutschen Ostgebiete

dpa, **Neckarsulm**

Eine bessere Verbindung zu den Universitäten der Bundesrepublik wünscht die Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung (Göttingen). Auf der Jahrestagung in Neckarsulm wies ihr Erster Vorsitzender, Prof. Udo Arnold (Bonn), darauf hin, daß es immer schwieriger werde, die von der Kommission bearbeitete Forschungsthematik auch an die junge Generation weiterzugeben: „Uns fehlt ein Institut etwa für ost- und westpreußische Landesgeschichte an einer deutschen Universität, genau wie ein solches für Schlesien fehlt." Die 1923 in Königsberg gegründete Historische Kommission zählt gegenwärtig etwa 75 Mitglieder, die wissenschaftliche Fragestellungen über die Geschichte Ost- und Westpreußens untersuchen.

Peter Schaufuss wird Chef des London Festival Ballet

SAD, **London**

Zum neuen künstlerischen Direktor des London Festival Ballet ist der international bekannte Tänzer Peter Schaufuss (34), der sich auch als Choreograph bewährt hat, bestellt worden. Der Däne wird am 1. September die Nachfolge von John Field antreten.

Wiener Sommer in Volksoper und Staatsoper

DW. **Wien**

Erstmals spielen die Wiener Staatsoper und die Volksoper jetzt auch im Sommer. Bis 15. August zeigt die Wiener Volksoper „Die Fledermaus" von Jahann Strauß und „Die lustige Witwe" von Franz Léhar insgesamt zwanzigmal alternierend in beiden Häusern.

H. A. E. Böhme †

dpa, **Hamburg**

Der Schauspieler Herbert A. E. Böhme ist in Hamburg gestorben. Der 1897 in Breslau geborene Böhme hatte in seiner Heimatstadt Germanistik studiert und nach dem Ersten Weltkrieg mit der Schauspielerei begonnen. Theaterengagements führten ihn unter anderem nach *Bremen, Leipzig und Hamburg.* Zu den Filmen, die ihn bekannt machten, gehörten u. a. „Ein Robinson" von Arnold Fank und „Reitet für Deutschland".

L. Hellman gestorben

DW. **New York**

Die einen kennen sie als die Lebensgefährtin von Dashiell Hammett, anderen hat sie sich als Typ jener fragwürdigen Intellektuellen, die dem Kommunismus huldigten und ihn nicht zu durchschauen vermochten, eingeprägt, manche kennen sie aus Fred Zinnemanns Film „Julia", in dem sie als politisch Naive durch Hitlers Deutschland und Stalins Rußland stolpert. Darüber wird oft vergessen, daß Lilian Hellman sich vor allem in Amerika als Theaterautorin und nicht zuletzt mit ihrer Autobiographie „Eine unfertige Frau" einen Namen gemacht hat. Jetzt ist sie, 79 Jahre alt, in Massachusetts gestorben.

Ein kleines blaues Buch verschreckt in Zürich die Beamten

WALTER H. RUEB, Zürich

Ein blaues Buch macht gegenwärtig in der Schweiz Schlagzeilen. Dabei ist es weder ein Bestseller pikanten Inhalts noch wurden hier von einem Prominenten Enthüllungen und Indiskretionen auf den Markt geworfen. Der „Hayek-Masterplan zur Optimierung von Struktur und Arbeitsabläufen in der Stadtverwaltung Zürich" enthält auf 140 Seiten einen Katalog von 471 Vorschlägen und Anregungen, mit deren Hilfe der städtische Verwaltungsbetrieb verbessert werden soll. Straffung, Entlastung, Personalabbau, Transparenz, Qualität, Führung, Planung, Kontrolle, Produktivität und Organisation sind dabei die meistgebrauchten Begriffe.

Monatelang galt der Masterplan als Geheimsache. Die findigsten eidgenössischen Reporter recherchierten, im Zürcher Stadthaus aber wurde dichtgehalten. Und auch der Verfasser und seine Mitarbeiter schwiegen. Unternehmensberater Nicolas G. Hayek ist an Versuche, die Ergebnisse seiner Arbeit vorzeitig zu erfahren, seit Jahren gewöhnt. Der Star unter Europas Unternehmensberatern beriet in 27jähriger Tätigkeit bereits Audi NSU in Ingolstadt und BMW, AEG und Bosch, Krauss Maffei und Flick, Alfa Romeo und Hitachi. Selbst in Amerika, Mexiko und Zimbabwe baten ihn Unternehmen und Regierungen um Hilfe.

Obwohl die Hayek Engineering AG der Stadt Zürich keine Wunderdinge versprach, bezifferten die Experten in ihrem Bericht das „quantifizierbare Optimierungspotential" auf eine Summe von umgerechnet 120 bis 170 Millionen Mark. Natürlich werden nicht bereits morgen Millionen von Franken mehr in den Kassen der größten und reichsten Schweizer Stadt liegen, doch hoffen die Stadtväter von Zürich auf schnelle finanzielle Auswirkungen.

Die von Hayek und anderen schon vor Jahren gewonnene Erkenntnis, wonach öffentliche Verwaltungen nur dann effizient arbeiten, wenn sie den gleichen Zwängen wie die Privatwirtschaft unterliegen, scheint in der Stadtverwaltung Zürich an zahlreichen Stellen unbekannt zu sein. Immer wieder tauchen im Masterplan die Begriffe „Überkapazität" und Überangebot" auf. Darnach gibt es in Zürich zu viele öffentliche Badeanlagen, Müllverbrennungsanlagen und Personalkantinen für Beamte und städtische Angestellte. Auch bei den industriellen Betrieben der Stadt, öffentlichen Verkehrsbetrieben und Garagen, ja sogar bei der Müllabfuhr ermittelten Hayeks Experten überdimensionierte Kapazitäten.

Hayeks Vorschläge wurden von der Stadtverwaltung in fünf Kategorien unterteilt. Unterschiedliche Stempel signalisieren, was damit bereits geschah oder geplant ist. Mit dem Stempel „Erledigt" konnten erfreulicherweise schon eine ganze Reihe von Vorschlägen markiert werden. Unter anderem Hayeks Vorschlag zu Rationalisierungen im städtischen Bauamt, ebenso seine Anregung, die Stadt müsse ihr „Beschaffungspotential" auf den Märkten als preisbildenden Faktor einsetzen, was nichts anderes heißt, als daß sie beim Einkauf von Material, Geräten und anderem die Preise drücken solle ... Die meisten von Hayeks Vorschlägen sind bisher jedoch noch mit den Stempeln „Realisieren" oder „Prüfen", manche mit dem Stempel „Zurückstellen" und einige auch mit dem Stempel „Streichen" versehen.

Hayek scheute nicht vor unpopulären Vorschlägen zurück. Er forderte eine Erhöhung der Schülerbestände beziehungsweise einen Abbau von Klassen und damit von Lehrern. Der pädagogische und politisch umstrittene Vorschlag würde nach Berechnungen im Masterplan Einsparungen von rund 33 Millionen Mark bringen.

Vorgeschlagen wird auf dem Unterrichts- und Bildungssektor ferner eine Überprüfung von Kosten und Ertrag im schulzahnärztlichen Dienst, möglicherweise eine Reprivatisierung oder gar eine Kostenbeteiligung der Eltern. Hier ermittelte Hayek ein Mißverhältnis von fünf Millionen Mark Ausgaben gegenüber nur 6000 Mark Einnahmen.

Die Unpopularität von Hayeks Vorschlägen erreichten ihren Höhepunkt mit folgenden Anregungen: Die städtischen Sanitäter sollten die stillen Stunden zwischen zwei Einsätzen statt mit Kartenspiel mit EDV-Datenerfassung verbringen und in der Stadtverwaltung sollten die Schreibtische näher zusammengerückt werden. Bisher belegt jeder Beamte und Angestellte eine durchschnittliche Fläche von 16,5 Quadratmeter, fast ein Drittel mehr als in der Privatwirtschaft. Kostenersparnis bei Realisierung der beiden Vorschläge: rund zehn Millionen Mark.

Was den fettesten Brocken an Einsparungen betrifft, so glaubt Hayek die Polizei ausfindig gemacht zu haben. Hier ließen sich nach seinen Recherchen und Analysen annähernd 200 Planstellen streichen. Der Unternehmensberater trat jedoch auch allen anderen städtischen Angestellten und Beamten auf die Füße: das städtische Personal sei überdurchschnittlich viel und oft krank, heißt es im Masterplan. Hayek empfahl den Stadtvätern kühl und furchtlos, dies intensiv zu beobachten und die Ursachen zu analysieren.

Doch sorgte der Einsparungs-Spezialist auch für Bürger-Freuden: Die städtischen Sportanlagen können neuerdings zum Nulltarif benutzt werden, weil die Gebühren-Bürokratie sowieso alle Einnahmen verschlang. Hayeks Bericht kann für den kostendeckenden Betrag von umgerechnet 12 Mark gekauft werden.

Schwerer Unfall trotz ruhigen Ferienbeginns

dpa, Recklinghausen

Bei einem schweren Verkehrsunfall des ersten Ferien-Wochenendes sind auf einer Landstraße im Kreis Recklinghausen sechs junge Leute getötet worden. Die einzige Überlebende des Unfalls, ein 15jähriges Mädchen, schwebt in Lebensgefahr. Das mit drei Jugendlichen besetzte Fahrzeug eines 18jährigen Maurers, der gerade seinen Führerschein erhalten hatte, prallte in einer Kurve mit einem aus Unna kommenden Auto zusammen. Die Insassen dieses Wagens, drei junge Männer im Alter zwischen 24 und 31 Jahren sowie ein 20jähriges Mädchen waren auf der Stelle tot. Auch der Fahrer des Unglückfahrzeugs und dessen 17jähriger Begleiter überlebten das Unglück nicht. Schwer verletzt wurde lediglich eine 15Jährige geborgen. Ansonsten blieben die befürchteten Staus und Unfälle nach Beginn der Ferien in Nordrhein-Westfalen weitgehend aus. Lediglich in Nordbayern kam es zu mehreren Staus, die Wartezeiten an den Grenzübergängen nach Österreich blieben mit 20 Minuten jedoch verhältnismäßig kurz. Nur der Grenzübertritt nach Dänemark währte mehrere Stunden. Auf allen Alpenstrecken wurden – bis auf den Gavia in Italien – die Wintersperren aufgehoben.

Wolkenbruch in New York

AFP, New York

Wegen wolkenbruchartiger Regenfälle wurden am Samstag der Kennedy-Flughafen sowie mehrere U-Bahn-Linien der Millionenstadt für acht Stunden geschlossen.

80 Millionen Dollar

AFP, New Orleans

Zu insgesamt fast 80 Millionen Dollar Schadenersatz sind drei amerikanische Konzerne am Wochenende verurteilt worden. Der Automobilhersteller Ford zahlt der Tochter eines Unfallopfers 47 Millionen Dollar in Raten auf Lebenszeit. Bei einem Auffahrunfall war das damals einjährige Mädchen schwer verletzt worden. 10,9 Milionen Dollar muß die Fluggesellschaft PanAm einer Familie in New Orleans zahlen. Eine Boeing 727 der Gesellschaft stürzte 1982 auf das Haus der Familie. Mehrere Angehörige kamen damals ums Leben. 22 Millionen Dollar schließlich erhält ein zehnjähriger Junge von dem Pharmazie-Hersteller Wyeth Laboratories. Die Behandlung mit einem Medikament gegen Atemnot führte vor acht Jahren zu einer dauernden Hirnschädigung.

Asylgesuch

dpa, Frankfurt

Der enteignete spanische Konzern-Chef José Maria Ruiz-Mateos, zur Zeit in Auslieferungshaft in Frankfurt, hat politisches Asyl beantragt. Sein Anwalt bezeichnete das Auslieferungsersuchen der spanischen Behörden als Teil einer politischen Kampagne gegen seinen Mandanten. Der Konzern-Chef sehe bereits die entschädigungslose Enteignung als politische Verfolgung an, betonte der Rechtsanwalt.

Klasse sitzengeblieben

SAD, Henryetta

Alle 15 Schüler einer Grundschul-Klasse in Henryetta im US-Bundesstaat Oklahoma müssen das Schuljahr wiederholen. Die Lehrerin befand die Kinder für nicht „reif" genug. Einige Eltern wollen ihre Kinder jetzt umschulen.

Triebwerk ausgewechselt

AP, Cape Canaveral

Trotz zahlreicher Tests gelang es der Nasa nicht, die Ursache für den Ausfall des dritten Triebwerks der Raumfähre „Discovery" zu entdekken. Alle Teilen hatten bei nachträglichen Probeläufen einwandfrei gearbeitet, lediglich ein winziges nichtmetallenes Teilchen war im Kabelnetz entdeckt worden. Daher wird nun das gesamte Triebwerk ausgewechselt. Mit einem neuen Start ist nicht vor dem 18. Juli zu rechnen.

Anden-Unwetter

AFP, Buenos Aires

Mindestens 20 Tote forderten die schwersten Schnee- und Regenstürme in den argentinischen Anden-Provinzen seit 40 Jahren. 100 Personen werden vermißt. In den Provinzen Rio Negro und Neuquen sind fünf Indianer-Reservate von der Außenwelt abgeschnitten. Hubschrauber der Luftwaffe fanden keine geeigneten Landeplätze. Die Provinzregierung von Chubut verhängte den Notstand.

Vulkanausbruch

AFP, Hawaii

Der Kilauea auf Hawaii ist am Samstag zum 21. Mal seit seinem schweren Ausbruch im Jnauar vergangenen Jahres tätig geworden. Die Lavafontänen wurden 500 Meter hoch in die Luft geschleudert.

ZU GUTER LETZT

„Die Presse hat das Recht zu berichten, was sie erfährt. Ganz besonders dann, wenn es stimmt." Der SPD-Politiker Egon Bahr im Deutschlandfunk

Niveau-Verlust der deutschen Abiturienten

Verheerende Kritik vom Präsidenten der Rektorenkonferenz

dpa, München

Die Mehrzahl der Studienanfänger ist nach Angaben des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Professor Theodor Berchem, nicht fähig, schwierigen Lernsituationen standzuhalten oder sich zu konzentrieren. Auf einer Tagung der Katholischen Akademie Bayerns zum Thema „Was ist das Abitur noch wert?" erklärte der Würzburger Uni-Rektor, die meisten Studienanfänger seien wenig belastbar, verfügten kaum über Lerntechniken und hätten Kommunikationsschwierigkeiten. Außerdem beklagte er bei den Abiturienten mangelhafte Ausdrucksfähigkeit, schlechte Rechtschreibung und fehlende mathematische und fremdsprachliche Fachkenntnisse.

Bei verschiedenen Studienanfängertests in Göttingen, Hannover, Braunschweig, Köln und München hätte sich ein düsteres Bild ergeben, das zwar nicht überbewertet werden dürfte, dennoch bedenkliche Tendenzen zeige. So sei in Göttingen ein Rückgang der mittleren mathematischen Kenntnisse der Medizinstudenten seit 1972 um ein Drittel festgestellt worden. In Hannover habe sich bei einer Testklausur für Studienanfänger mit dem Berufsziel Diplom-Ingenieur ergeben, daß von 13 Aufgaben, deren Stoff bereits in der Mittelstufe auf dem Lehrplan steht, im Durchschnitt nur ein bis drei Aufgaben fehlerfrei gelöst wurden.

Tests für Studienanfänger der Wirtschaftswissenschaften in Braunschweig seit 1976 ergaben nach Berchem, daß sich die Durchfallquote in sieben Jahren fast verdreifachte. Die durchschnittlich erreichte Punktzahl von 64 Prozent im Jahr 1976 lag 1983 bei 47 Prozent. In Köln wurde festgestellt, daß nur 6,8 Prozent der Studienanfänger die für ein wirtschaftswissenschaftliches Studium notwendigen mathematischen Schulkenntnisse hatten, jeder dritte verfügte höchstens über Mathematikkenntnisse der Mittelstufe.

Schlimmes Fazit

In einem Test der Deutschen Physikalischen Gesellschaft für Studienanfänger der Physik konnten angehende Naturwissenschaftler nur die Hälfte der gestellten Mathematikaufgaben und nur 42 Prozent der Physikaufgaben lösen – Aufgaben, zu deren Lösung nur elementare Kenntnisse vorausgesetzt waren.

Berchem zog aus diesen Feststellungen das Fazit, die Studierfähigkeit der Abiturienten sei nicht mehr in dem Maße gewährleistet, wie es von den Hochschulen gefordert werden muß. Eine der Ursachen für diese Situation sei die reformierte Oberstufe der Gymnasien. Diese Reform habe nicht zu einem Gewinn, nicht einmal zur Beibehaltung des früheren Niveaus, sondern zu einem eindeutigen Profil- und Substanzverlust an allgemeiner und spezieller Studierfähigkeit geführt. Dennoch dürfe der Schule die Schuld für diese Situation nicht alleine gegeben werden. Verschlechterte Arbeitsmarktsituationen, der enorme Anstieg der Schülerzahlen und Zulassungsbeschränkungen für einzelne Studienfächer demotivierten die Schüler.

Verkürzung der Schulzeit?

Um die mangelhafte Studierfähigkeit der Abiturienten wieder an die Anforderungen der Hochschulen anzupassen, schlug Berchem die Verkürzung der 13jährigen Schulzeit auf zwölf Jahre vor und plädierte für die Einfühung eines „studienfeldorientierten einjährigen Propädeutikums". Am Ende dieses Vorbereitungsjahres sollte eine Prüfung die Eignung des Studenten für sein Studienfach ergeben. Als verpflichtend für alle Propädeutika schlug Berchem Deutsch, Mathematik, Englisch und Geschichte vor. Nach bestandener Prüfung wäre dann der Weg für ein Fachstudium an der Universität frei. Berchem stellte damit die generelle Zugangsberechtigung der Abiturienten zu den Hochschulen in Frage, wie sie zur Zeit juristisch einklagbar ist.

Dem widersprach in einem Grundsatzreferat sozialdemokratischer Bildungspolitik Nordrhein-Westfalens Kultusminister Hans Schwier. Schulabschluß und Zugangsberechtigung an Hochschulen dürften bei der Diskussion um die Verbesserung des Abiturs nicht getrennt werden. Es bestünde dann die Gefahr, daß die Schule ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag verkürze und ihr eigentliches Ziel in der Prüfungsvorbereitung sehe. Dies sei aus bildungspolitischen Überlegungen heraus abzulehnen. Außerdem müßten dann Fach-und Hochschulen mehr als 100 000 Profungen durchziehen, deren inhaltliche Festlegung völlig offen sei.

Schwier räumte ein, daß die Studienanfänger Probleme an den Hochschulen hätten. Statt einer Verkürzung der Gymnasialzeit forderte er die Koordinierung der Unterrichts- und Prüfungsinhalte zwischen Schule und Hochschule. Durch einen verstärkten Praxisbezug könnte die Studienvorbereitung verbessert werden. Die Schule in einem demokratischen Staat müsse im übrigen offen sein für jeden.



Schwergewichts-Boxweltmeister Max Schmeling sitzt dem Bildhauer Josef Thorak Modell: Scharmützelsee 1931. FOTO: ALFRED EISENSTAEDT

Aberdeen – „Eisies" Elegie in Grau

Der Altmeister der Fotoreportage, Alfred Eisenstaedt, porträtierte die schottische Ölmetropole

FRITZ WIRTH, London

Ein kleiner Mann – gerade 1,56 Meter groß – ist in die Stadt gekommen, 20 Jahre jünger als es in seinem Paß steht. Sie haben ihn auf einen Stuhl gesetzt, der nicht für ihn gebaut wurde. Seine Beine finden keinen Halt auf dem Boden. So sitzt er in einer Erker-Ecke eines Londoner Hotels am Piccadilly und läßt sich verhören von einem Dutzend Journalisten, die er seine Freunde und Kollegen nennt, und besichtigen von einem halben Dutzend Fotografen, denen er kritisch auf die Finger schaut.

„Eisie" ist in die Stadt gekommen. „Eisie" heißt er, seit er im Jahre 1935 auf der Flucht vor den Nationalsozialisten in den USA eine neue Heimat fand. Sein wirklicher Name Alfred Eisenstaedt lag zu sperrig auf amerikanischen Zungen. „Eisie" nannte ihn Henry Luce, als er diesen kleinen Mann 1936 zu seinem Magazin „Life" holte, für das er mehr als 90 Titelbilder „schoß", und „Eisie" nannte ihn mit fast tadelnder Nachsicht T. S. Eliot, als dieser kleine Mann einst unter einen Tisch kroch, um die richtige Perspektive für ein Portraitfoto des Dichters zu finden.

Alfred Eisenstaedt hat dieses Jahrhundert fotografiert, seine Menschen, seine Kriege und seinen Alltag. Man hat ihn – heute 85 Jahre alt – den „Vater des Photo-Journalismus" genannt, doch das Etikett macht ihn eher zornig. „Der Vater des Photo-Journalismus war Erich Salomon", korrigiert er. „Ich bin bestenfalls der Sohn des internationalen Photo-Journalismus."

Mag sein, daß sein zwergenhafter Wuchs einer der Gründe war, daß er ein so großer Mann mit der Kamera wurde. Er liebte es, unerkannt durch diese Welt zu gehen. Er ist ein Realist mit der Kamera. „Mein Auge ist mein Gehirn", sagt er. „Ich fälle optische Urteile mit der Kamera über diese Welt, keine moralischen."

Er ist nach London gekommen, um sein jüngstes Buch vorzustellen: „Aberdeen, Portrait einer Stadt". Eine internationale Ölgesellschaft hatte die Idee. Sie brauchte nicht lange, Eisenstaedt zu diesem Auftrag zu überreden. Er war noch nie in dieser Stadt gewesen, dieser Bastion aus Granit, dieser architektonischen Elegie in Grau. Aberdeen ist in den vergangenen zehn Jahren zur Ölmetropole Europas geworden, ohne darüber in protzerhafte Allüre zu verfallen. Nicht nur diese Stadt, auch ihre Menschen scheinen aus Granit geformt.

13 Tage hielt sich Eisenstaedt im



Der fotografierte Fotograf: Alfred Eisenstaedt, der Mann, der dieses Jahrhundert auf die Platte gebannt hat. FOTO: CAMERA PRESS

letzten Jahr in der Stadt auf, mit Windjacke, randloser Mütze und einer Leica mit der Fabrikationsnummer 1000 001 vor der Brust. Die Bürger von Aberdeen erkannten ihn nicht. Eisenstaedt war es nur recht so. Er haßt es, bei der Arbeit beobachtet zu werden. Die Ernte dieser Wanderung durch die Granitstadt ist zur Stunde in der Kunst-Galerie in Aberdeen und vom 9. August an während der Edinburgher Festspiele in der schottischen Hauptstadt zu besichtigen.

Eisenstaedt legte zu Recht keine Farbfilme in seine Kamera. Dies ist eine Stadt ohne Farbtupfer. Manche seiner Bilder sind zu scharfkantigen Scherenschnitten geworden, allesamt sind sie „Ansichtsbilder" im besten Wortsinne, Ansichten von einer Stadt im Ölboom, im Fußballstolz und ihrer in Granit eingefaßten Menschen. Selten ein Lächeln, doch auch selten ein anklagendes optisches Urteil über diese kraftstrotzende Insel inmitten einer verarmten schottischen Industriewüste.

Die nächsten Pläne des kleinen großen Mannes? „Zurück nach New York," sagt er und schaut wehmütig auf den Kraftakt in Aberdeen zurück. „Ich weiß nicht, ob ich das noch einmal wiederholen kann." Sein Problem: Nach einer Operation hat er seine Physis nicht mehr so gut unter Kontrolle wie sein „optisches Gehirn". Dieses Auge schaut heute noch so wach, so kritisch und so freundlich auf diese Welt wie in jenen Tagen, da diese Welt ihn liebevoll „Eisie" nannte. Schmerzhaft ist eher für ihn die Selbstbetrachtung dahinschwindender Energiequellen. Das macht ihn unwirsch und unruhig zugleich. Denn es gibt für „Eisie" noch zu viele Dinge in der Welt, die er gern Schwarz auf Weiß entdecken und „nach Hause tragen" möchte.

Lebenslänglich für Versager der High Society

HELMUT VOSS, London

In den Schlössern und Landhäusern, auf den Polofeldern, in den Gestüten und schottischen Jagdrevieren von Englands drittreichster Familie müssen am Wochenende selbst Schwerhörige ohne Mühe das Aufatmen eines ganzen Clans mitbekommen haben. Die Familie Vestey, die gewöhnlich in aller Stille ein weltweites Imperium von 250 Firmen kontrolliert und emsig ihr auf umgerechnet 5,5 Milliarden Mark geschätztes Vermögen mehrt, hat einen neuntägigen Alptraum hinter sich, in dem ein unter dem Stichwort „der Fall der kopflosen Leiche" laufender Mordprozeß die ganze Nation in seinem Bann hielt.

Am Freitag ist im Krongericht der südenglischen Stadt Exeter die Verhandlung gegen einen Vetter zweiten Grades des Familienoberhauptes Lord Sam Vestey (43) zu Ende gegangen. Michael Telling, ein 34jähriger Versager, den der Richter als „Jungen, der nie erwachsen geworden ist" bezeichnete, wurde des Totschlags an seiner amerikanischen Frau Monika (27) für schuldig befunden und zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt.

Pikante Zutaten

Der Fall hatte zum Kummer der erst 1922 in den Adelsstand erhobenen Familie – angeblich als Folge einer großzügigen Wahlspende für die Liberale Partei unter Lloyd George – alle jene Zutaten, die Zeitungen erfreuen. Da war einmal der Täter: Ein trotz allen Reichtums ohne Liebe aufgewachsener Mann, ohne Ausbildung, der als Kind eine seiner Schulen anzündete, später mehrere Selbstmordversuche unternahm und einige Zeit in einer Nervenheilanstalt verbrachte. Er bezog aus dem Familientrust ein monatliches Taschengeld von rund 4500 Mark und konnte obendrein beliebig viel mit Kreditkarten bezahlen. Er hat nie richtig gearbeitet und soll jetzt in seiner Zelle mit einem Teddybären schmusen. Telling wurde vor Gericht als „Feigling, der nie Verantwortung übernehmen wollte" bezeichnet.

Und dann das Opfer: Eine selbstsichere, in Kalifornien aufgewachsene junge Frau, herrisch, mit einem Hang zur Brutalität – eine Frau, die aus dem Vollen schöpfte, als wenn es kein Morgen gäbe. Die ehemalige Computerverkäuferin Monika Zumsteg schnupfte Kokain, trank schon zum Frühstück Benedictine mit Orangensaft und liebte ungeniert Männer und Frauen – auch während der 17 Monate dauernden Ehe. „Ich habe dich nur deines Geldes wegen geheiratet", sagte sie offen zu ihrem Mann.

Tee für die Tote

Im März vorigen Jahres führte diese brisante Ehe zu einer Katastrophe. Als seine Frau ihn wieder einmal aufzog, legte Telling im Wohnzimmer seines Luxuslandhauses mit einem Jagdgewehr auf sie an und tötete sie mit vier Schüssen und ließ die Leiche eine Woche lang liegen. Jeden Morgen brachte er ihr Tee und küßte den toten Körper. Erst als das Opfer in Verwesung überging, beseitigte er den Rumpf, nachdem er zuvor den Kopf abgetrennt hatte. Der Schädel wurde später im Kofferraum seines Mini entdeckt: „Auch da", so formulierte es ein Psychiater, „hat er sich noch nicht endgültig von Monika trennen können".

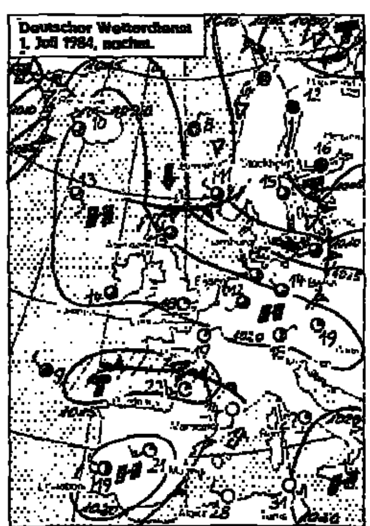
Nach Verkündung des Urteils ließ die Familie Vestey über ihren Anwalt bekanntgeben, daß das schwarze Schaf der Familie in Zukunft kein Geld mehr erhalten werde.

In Kalifornien klagten die Eltern der Toten, daß Lord Vestey, der ein Schloß mit 65 Zimmern und 20 Telefonanschlüssen sein eigen nennt, der sein eigenes Poloteam unterhält und Prinz Charles zu seinen Freunden zählt, ihnen nicht ein einziges Wort des Bedauerns habe zukommen lassen: „Nicht einmal die Beerdigung hat er, wie versprochen, bezahlt".

(SAD)

WETTER: Wechselhaft

Wetterlage: Während der Norden und Osten Deutschlands weiterhin im Zustrom kühler Nordseeluft liegen, wird Süddeutschland von dem französischen Gewittertief erfaßt, das mit seinem Regen ostwärts zieht.



Vorhersage für Montag:

Norddeutschland und Berlin: Wechselnd, meist stark bewölkt, einzelne Schauer. 14 bis 17 Grad, nachts 8 Grad
Westdeutschland: Wolkig mit Aufheiterungen, vereinzelt Schauer. Nachmittags bei 18 Grad, nachts um 9 Grad
Südwest- und Süddeutschland: Wechselnd wolkig, einzelne Schauer oder Gewitter. Bis 23, nachts um 12 Grad

Weitere Aussichten:

Auch im Süden und Westen Übergang zu kühlem und wechselhaf tem Wetter.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	14°	Kairo	32°
Bonn	14°	Kopenh.	13°
Dresden	13°	Las Palmas	22°
Essen	12°	London	18°
Frankfurt	16°	Madrid	21°
Hamburg	12°	Mailand	25°
List/Sylt	12°	Mallorca	31°
München	18°	Moskau	17°
Stuttgart	18°	Nizza	27°
Algier	28°	Oslo	13°
Amsterdam	15°	Paris	19°
Athen	30°	Prag	16°
Barcelona	26°	Rom	27°
Brüssel	14°	Stockholm	15°
Budapest	20°	Tel Aviv	29°
Bukarest	25°	Tunis	31°
Helsinki	16°	Wien	19°
Istanbul	28°	Zürich	20°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 4.55 Uhr, Untergang: 21.49 Uhr; **Mondaufgang:** 10.02 Uhr, Untergang: 0.24 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

LEUTE HEUTE

Reagan lebt gefährlich

Müssen sich die Amerikaner um das Anwesen ihres Präsidenten **Ronald Reagan** sorgen? Drei Seismologen entdeckten, daß die Erdfalten rund um die Ferienranch des Staatsoberhauptes vor knapp 10 000 Jahren ein Beben verursacht haben und nicht, wie bisher angenommen, vor 100 000 Jahren. Damit gilt die Spalte als erdbebenaktiv. Die Wissenschaftler beruhigten den derart eingekreisten Präsidenten jedoch. Ein Grund zur Panik bestände nicht.

Zukunftsmusik

Neil Diamond bereitet sich wieder einmal auf die „letzte" Deutschland-Tournee vor. Der mittlerweile 44 jährige Pop-Sänger trägt sich (publikumswirksam?) mit Rückzugsgedanken: „Singen ist letztlich eine Eintagsfliege." Ballettmusik und Symphonien zu komponieren, steht ganz oben auf seiner Wunschliste. Ein Fehlversuch vor zwölf Jahren hat ihn davon nicht abbringen können. Gleichwohl scheint er es andererseits doch nicht so eilig zu haben. Denn er sagt auch: „Böte mir heute jemand 100 Millionen Dollar mit der



Auflage, nicht mehr zu singen, sagte ich ohne zu zögern Nein." Geld, fügte Diamond mit der unerschütterlichen Ruhe des Multimillionärs hinzu, bedeute ihm ohnehin nichts mehr.

Comeback

Der britische Erfolgssänger **Cliff Richards** hat angekündigt, seine Solokarriere aufzugeben und wieder mit seiner alten Band „The Shadows", gemeinsam Konzerte zu bestreiten. Mit ihr errang er vor nunmehr 25 Jahren Weltruhm und stand an der Spitze der Hitlisten. Richards freut sich auf sich selbst: „Das wird ein nostalgisches Getobe."

Verfrühter Nachruf

Nicht schlecht staunte vor kurzem der italienische Bischof **Giuseppe Brunelli**. Mit tiefem Schmerz habe, las der 83jährige Kirchenobere im Vatikanblatt „Osservatore Romano", die Kongregation seinen Tod zur Kenntnis genommen. Ein zur Beileidsbekundung herbeigeeilter Prälat klärte das Mißverständnis auf.